



EDWARD HALLETT CARR

BERLIN-MOSKAU

DEUTSCHLAND UND RUSSLAND

ZWISCHEN DEN BEIDEN WELTKRIEGEN

Der durch seine große Geschichte der bolschewistischen Revolution berühmt gewordene Historiker behandelt hier ein Thema, das den deutschen Leser auf das Unmittelbarste angeht. Zwar erscheint heute das deutsch-russische Verhältnis in einem anderen Licht als in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen, die Professor Carr schildert. Aber der britische Historiker, der beiden Seiten, der deutschen und der russischen, mit gleichmäßig nüchterner Objektivität gegenübersteht, geht von einer Überzeugung aus, die für ihn unbestreitbare Gültigkeit auch in der Gegenwart besitzt: daß es ein zentrales Erfordernis jeder deutschen Außenpolitik sei, den östlichen Nachbarn in die Rechnung einzustellen. Er betrachtet es als die Hauptursache der beiden deutschen Katastrophen, daß Wilhelm II. und Hitler diese geschichtliche Regel verletzt haben.

Carr beschreibt, wie – nach der anfänglichen Störung des deutsch-russischen Verhältnisses durch die bolschewistische Revolution – das Zusammenspiel zwischen der deutschen Reichswehr und den durch Radek verkörperten Strömungen in Rußland

interessante Perspektiven eröffnete. Sie führten zu Rapallo, zur wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau und schließlich, über die mit dem Herkommen des Nationalsozialismus gegebenen Schwankungen, zum Bündnis Hitler–Stalin. Ein großer Teil dieser Entwicklung erfolgte in den undurchsichtigen Bezirken der Geheimdiplomatie. Der Autor durchleuchtet sie in sicherer Beherrschung des großen Aktenmaterials; unter anderem sind ihm bisher unveröffentlichte Papiere von Seeckt und Trotzki aus den Archiven zugänglich gewesen.

Der zugleich lebendige und präzise Stil des Autors, der es meisterhaft versteht, eine Fülle von Zusammenhängen durch wenige kennzeichnende Details zu beleuchten, macht es dem Leser auf knappstem Raum möglich, sich über einen Abschnitt der Zeitgeschichte zu unterrichten, ohne dessen Kenntnis unsere gegenwärtige Lage nicht voll verstanden werden kann.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

EDWARD HALLETT CARR

BERLIN - MOSKAU

**Deutschland und Russland
zwischen den beiden Weltkriegen**

Mit 12 dokumentarischen Fotos

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT

STUTT GART

Titel der englischen Originalausgabe:
**GERMAN-SOVIET RELATIONS BETWEEN
THE TWO WORLD WARS, 1919-1939**

Copyright 1951 by the John Hopkins Press, Baltimore

Deutsche Übertragung: HERBERT v. BORCH

1954

Alle deutschen Rechte bei der Deutschen Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart.

Einband und Schutzumschlag Peter Schneider.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart.

Papier von der Papierfabrik Salach, Salach/Württ.

Printed in Germany.

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

VORWORT

Die sechs Albert Shaw-Vorlesungen über Diplomatische Geschichte, die ich an der Johns Hopkins-Universität im Februar und März 1951 hielt, bilden die ersten sechs Kapitel dieses Bandes. Einige kurze Abschnitte, die ich aus Zeitmangel nicht vorgetragen hatte, sind wiederhergestellt worden. Hiervon abgesehen, wurden die Vorlesungen für den Druck in ihrer gesprochenen Form belassen.

Ich muss Dank für Hilfe zum Ausdruck bringen, die ich in der Vorbereitung dieser Vorlesungen empfangen habe. Herr Gustav Hilger, der sich fast während der ganzen, hier behandelten Periode in Moskau befand, zuerst als Mitglied der amtlichen deutschen Mission, dann der Deutschen Botschaft, stellte mir seine überreichlichen Erinnerungen und Eindrücke über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zur Verfügung. Herr G.W.F. Hallgarten, dessen in der Quellenanmerkung am Schluss dieses Buches zitierter Aufsatz im *Journal of Modern History* die erste unabhängige Studie über die militärischen deutsch-sowjetischen Bezie-

hungen auf der Grundlage der unveröffentlichten Seeckt-Papiere darstellt, erlaubte mir grosszügig, seine Notizen und Manuskripte zu lesen; er half mir, viele zweifelhafte Punkte aufzuklären. Ich habe auch aus den unermüdlichen Forschungen des Herrn Lionel Kochan Nutzen ziehen können, der mit einer begabten, wenn auch noch nicht publizierten Arbeit über «Deutsch-russische Beziehungen 1921-1934» den philosophischen Doktorgrad der Universität London erwarb.

Während keiner dieser Forscher für irgendeinen Fehler, sei es auf dem Gebiet der Tatsachen oder der Meinungen, verantwortlich ist, der dieser Studie unterlaufen sein mag, wurde mir von allen eine Unterstützung zuteil, für die ich tief dankbar bin.

Welches Licht auch unsere Untersuchung auf gegenwärtige Probleme werfen mag, ursprünglich wurde sie nicht durch ein thematisch begrenztes Interesse ausgelöst. Sie ist ein Teil der vorbereitenden Arbeit für den dritten Band meiner «Geschichte der bolschewistischen Revolution 1917-1923».

E.H. Carr

Erstes Kapitel

GESCHICHTLICHER HINTERGRUND

Friedrich der Grosse, der durch seinen Kampf gegen die Russen im Siebenjährigen Krieg vorgewarnt worden war, gab seinen Nachfolgern den Rat, «die Freundschaft mit diesen Barbaren zu pflegen». Dieser Ratschlag wurde anderthalb Jahrhunderte lang erfolg- und ertragreich befolgt. Der russische Sieg über Napoleon war das Vorspiel der Befreiung Preussens, die wohlwollende Neutralität Russlands eine Vorbedingung des preussischen Sieges über Österreich im Jahre 1866 und über Frankreich 1871. Die russische Freundschaft galt als Eckstein in Bismarcks System; und Bismarck verzeichnet, wie Kaiser Wilhelm I. auf seinem Totenbett, als er den Eisernen Kanzler mit seinem Enkel und späteren Nachfolger Wilhelm II. verwechselte, murmelte: «Mit dem russischen Kaiser musst du immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig.» Diese Anweisung wurde 1914 von Wilhelm II. und 1941 von Adolf Hitler ausser acht gelassen – bei beiden Gelegenheiten mit unheilvollen Folgen für Deutschland. Während dieser ganzen Zeit schien die deutsche Freundschaft ein ebenso wichti-

ger Vorteil für Russland. Die Dynastie der Romanows hatte deutsches Blut in ihren Adern und war durch Heirat mit deutschen königlichen und fürstlichen Häusern verbunden. Männer deutschen Ursprungs erfreuten sich einer Vorzugsbehandlung am Hof und im kaiserlichen Beamtentum. Der Krieg von 1914 mit Deutschland brach nicht in erster Linie durch den Willen Russlands aus, noch weniger der von 1941. Während der letzten zwei Jahrhunderte sind die deutschrussischen Beziehungen ein Schlüssel zur internationalen Politik des europäischen Kontinents gewesen. Die folgenden Kapitel behandeln diese Beziehungen in den zwei Jahrzehnten seit dem Sturz der Hohenzollern am Ende des ersten Weltkrieges, genau ein Jahr nach der bolschewistischen Revolution, bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges im Jahr 1939.

Als Wilhelm II. am 9. November 1918 nach Holland floh und zwei Tage später die deutsche republikanische Regierung den Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnete, gab es keinen deutschen Vertreter in Moskau und keinen Sowjetvertreter in Berlin. Graf Mirbach, der deutsche Botschafter in Moskau nach dem Frieden von Brest-Litowsk, war von den linken Sozialrevolutionären – nicht von den Bolschewisten – Anfang Juli 1918 ermordet worden. Sein Nachfolger Helfferich blieb nur drei Wochen; danach verließ er Moskau aus Furcht, Mirbachs Schicksal zu teilen. Dieses Mal hielt die deutsche Regierung, die bereits der Niederlage im Westen entgegensah, es nicht der Mühe wert, ihn

zu ersetzen. Inzwischen erkannte Joffe, der Sowjetbotschafter in Berlin, die Zeichen des herannahenden deutschen Zusammenbruchs und verdoppelte seine revolutionäre Propaganda und seine Subventionen an die deutsche Linke. Unmittelbar vor dem endgültigen Sturz überliess sich die deutsche kaiserliche Regierung einer letzten Geste rechtschaffener Entrüstung, was sehr wohl, wie die Russen argwöhnten, ein letzter verzweifelter Versuch gewesen sein mag, ihre westlichen Eroberer milder zu stimmen. Man sparte sich die Arbeit, echtes Beweismaterial für die subversive Tätigkeit des Sowjetbotschafters zu sammeln. Die Polizei schmuggelte einige gefälschte revolutionäre Flugblätter in sein Diplomatengepäck und sorgte dafür, dass sein Koffer wie zufällig während des Transports aufsprang. Auf Grund dieser erfundenen Beweise, aber unter der völlig berechtigten Beschuldigung, Propaganda gegen die Regierung, bei der er akkreditiert war, zu treiben, wurden Joffe die Pässe zugestellt. Am 6. November 1918 brachte ein Sonderzug den Botschafter mit seinem Stab zur Grenze. Als der Kaiser drei Tage später abdankte, hatte Joffe gerade die deutsch-russische Grenze erreicht. Dort wartete er einige Tage im Vertrauen, dass die deutsche revolutionäre Regierung ihn nach Berlin zurückrufen werde.

In Moskau zweifelte niemand daran, dass der Sturz der Monarchie unter dem Anprall der Niederlage der Anfang der Revolution in Deutschland und danach im übrigen Europa war – die langerwartete zweite und krönende Phase der proletarischen Revolu-

tion, die im November 1917 angefangen hatte. Die «Prawda» begrüßte am 1. November 1918 die Anzeichen des bevorstehenden Zusammenbruchs mit der triumphierenden Schlagzeile: «Die Weltrevolution hat begonnen.» Arbeiter- und Soldatenräte schossen in Nachahmung der russischen Sowjets in allen wichtigen deutschen Städten auf. Als der Kaiser stürzte, setzte ein Kongress Berliner Sowjets eine provisorische Regierung ein, die aus sechs Volkskommissaren bestand. Ein Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland wurde nach Berlin einberufen. Diese Zeichen wurden in Moskau als Beweis für etwas gedeutet, was den Schülern von Marx bereits selbstverständlich erschienen war: dass die deutsche und russische Revolution im Begriff standen, sich die Hände zu reichen und gemeinsam ruhmreich nach Westen vorzustossen. Das Allrussische Zentralexekutivkomitee – die ständige Körperschaft des Allrussischen Sowjetkongresses – annullierte formell den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und ernannte Bucharin, Joffe, Rakowski, Ignatow und Radek als Delegierte, die ihre Grüße dem erstengesamtdeutschen Kongress überbringen sollten. In Ergänzung eines wortreichen Ergusses von Begrüßungen und Ermahnungen durch Presse und Rundfunk wurden den deutschen Volkskommissaren auf telefonischem Wege sofort zwei Zugladungen Getreide angeboten, um der Nahrungsmittelknappheit in den deutschen Städten abzuhelfen.

Die Aufnahme dieses Angebots war ein wirkungsvoller Dämp-

fer für die sowjetische Begeisterung. Nach einer Woche verlegenen Schweigens kam die deutsche Antwort. Sie brachte den Dank für die Geste zum Ausdruck, aber erklärte, dass die Vereinigten Staaten versprochen hätten, genügend Getreide zu liefern, um die bestehenden Lebensmittelrationen bis zur nächsten Ernte aufrechtzuerhalten. In den ersten Tagen ihrer Existenz sah sich die revolutionäre deutsche Regierung praktisch einer Entscheidung zwischen Ost und West gegenüber – die armseligen zwei Zugladungen von Moskau wurden gegen die Aussichten der transatlantischen Fülle abgewogen; es wäre eine Donquichotterie gewesen, den kärglichen Brocken der Sowjets unter der Gefahr anzunehmen, Washington und die westlichen Alliierten zu erzürnen. Die Antwort wurde in Moskau als eine Ohrfeige empfunden, als ein Beweis, dass die sogenannten sozialistischen Führer Deutschlands die Fleischtöpfe des Kapitalismus der internationalen Solidarität der proletarischen Revolution vorzogen. Die Beleidigung wurde noch schlimmer, als die deutsche Regierung sich weigerte, Joffe als Botschafter wieder zuzulassen, und die russische Delegation an der Grenze aufhielt. Radek, der Herkunft nach ein Jude aus dem österreichischen Polen, der mit der russischen, polnischen und deutschen Sprache völlig vertraut war und drei oder vier andere Sprachen unrichtig aber fließend beherrschte, verkleidete sich als österreichischer Kriegsgefangener und gelangte illegal nach Berlin. Die anderen Delegierten kehrten in trostloser Stimmung nach Moskau zurück.

Die schmerzliche Überraschung, die diese Ereignisse hervorriefen, zeigte, wie wenig man in Moskau verstand, was in Berlin vor sich ging. Die deutsche politische Situation, wie sie sich aus dem Zusammenbruch des November 1918 ergeben hatte, war äusserst vielschichtig; sie spiegelte sich in einer verwirrenden Vielfalt von Haltungen gegenüber Sowjetrußland. Schrittweise nahmen diese Haltungen Gestalt an. Während des ganzen Jahres 1919 waren sie noch jeder Art von Zweifeln und Schwankungen unterworfen. Deutschlands Stellung zwischen Ost und West und der Zwang zur Entscheidung zwischen beiden in den politischen Tagesfragen machten es aber unmöglich, diese Dinge weiter in der Schwebelage zu halten. Bald traten die Hauptpunkte hervor, in denen sich Parteien und Gruppen unterschieden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die grösste organisierte Partei im Land, war auch die am stärksten antirussische Kraft der deutschen Politik. Als die Sozialdemokraten im August 1914 entgegen allen ihren früheren Erklärungen und Programmen sich entschlossen, die nationale Kriegsanstrengung zu unterstützen, war Feindschaft gegen Rußland der populärste Beweggrund gewesen, um diesen Richtungswechsel zu rechtfertigen. Diese tiefwurzelnde und traditionelle Feindschaft verschwand nicht über Nacht mit der Änderung des Regimes in Rußland. Für die deutschen Arbeiter und die meisten ihrer Führer waren die Russen immer noch ein zurückgebliebenes und barbarisches Volk, un-

tüchtig und ungebildet und ohne eine ernsthafte Arbeiter- oder Gewerkschaftsbewegung. Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei von einer revolutionären zu einer reformistischen Partei, die schon vor dem Krieg angefangen hatte, war durch ihr Eintreten für die Sache der nationalen Solidarität im Krieg vervollständigt worden. Sie war nun eine Partei, die den Staat zu erobern und zu gebrauchen, nicht aber umzustürzen suchte. Als einzige unter den politischen Parteien Deutschlands schien die Sozialdemokratische Partei 1919 dem Bild einer linken oder liberalen Partei im westlichen Sinn zu entsprechen. Und ebenso waren die Sozialdemokraten fast die einzigen in Deutschland, auf die Wilsons Programm der liberalen Demokratie, der nationalen Selbstbestimmung und eines Völkerbundes als Hüter des Friedens irgendeinen ernsthaften Eindruck machte. Seit Beginn der Weimarer Republik ist die Sozialdemokratische Partei wesentlich westlich statt östlich orientiert geblieben.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hatte sich 1917 in der Meinungsverschiedenheit über die Frage der Heereskredite abgesplittert. In ihren Reihen befand sich eine kleine Gruppe, vor allem von Intellektuellen, die sich Spartakusbund nannte und ein aktiv-revolutionäres marxistisches Programm vertrat. Abgesehen von diesem Spartakusbund, der für seine zersetzende revolutionäre Geheimpropaganda bekannt wurde, waren die Unabhängigen Sozialdemokraten in ihrer Haltung eher pazifistisch als revolutionär. Die Stimmung der deutschen Arbeiter war solange revo-

lutionär gewesen, als die Revolution der Weg zum Frieden zu sein schien. Aber nachdem nun der Krieg vorbei war, lag ihnen mehr an Ordnung als an Revolution, und sie liehen der Wilsonschen Propaganda eines Friedens durch Demokratie ein geneigtes Ohr. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hatte ihre Stärke aus dem Widerstand gegen den Krieg gezogen; jetzt aber stand nur die Vergangenheit noch zwischen ihrem rechten und nichtrevolutionären Flügel und den Sozialdemokraten. Der deutsche Rat der Volkskommissare setzte sich aus drei Sozialdemokraten und drei unabhängigen Sozialdemokraten zusammen. Es war der unabhängige Sozialdemokrat Haase, der als Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten Moskau die Ablehnung des Getreideangebots übermittelte. Und die unabhängigen sozialdemokratischen Führer, Kautsky, Hilferding und Haase, gehörten zu den bittersten und standhaftesten deutschen Kritikern des bolschewistischen Regimes. Die Sozialdemokratische Partei und der rechte Flügel der Unabhängigen Sozialdemokraten waren zusammen mit dem linken Flügel des Zentrums die einzigen organisierten Parteien in der Weimarer Republik, die einer Ideologie anhängen, die weder bolschewistisch noch deutschnational war, und die westlichen Einflüssen und Vorbildern einiges verdankten. Unglücklicherweise waren diese Ideen zu wenig in der deutschen Tradition verwurzelt, um kommenden Stürmen standzuhalten.

Während der rechte Flügel der Unabhängigen Sozialdemokra-

ten sich langsam wieder seiner ursprünglichen Heimat in der Sozialdemokratischen Partei näherte, verwandelte sich der Spartakusbund in die Deutsche Kommunistische Partei, die in den letzten Tagen des Jahres 1918 ihren Gründungskongress abhielt. Ihre beiden markantesten Führer waren Rosa Luxemburg, die die eigentliche geistige Kraft des Spartakusbundes gewesen war, und Karl Liebknecht, dessen Mut bemerkenswerter war als seine denkerische Fähigkeit. Seine grosse Popularität unter den Arbeitern hatte er durch seine einsame Stimmabgabe gegen die Kriegskredite im Reichstag im Dezember 1914 erworben. Zwischen Liebknecht und Luxemburg gab es bestimmte Nuancen der Einstellung. Liebknecht war für eine Massenpartei der Arbeiter; Rosa Luxemburg hing der intellektuellen Dogmatik des Spartakusbundes an. Liebknecht wurde durch das russische Beispiel angefeuert und würde bereitwillig ein Bündnis mit den Russen eingegangen sein. Rosa Luxemburg hatte ihre Bewunderung für Lenin und die Bolschewisten schon vor langem zum Ausdruck gebracht; das Programm aber, das sie für die junge deutsche Partei entwarf, enthielt keine Bezugnahme auf die Russen und nur einen Hinweis auf die internationale Solidarität der Arbeiter, dies auch nur als unauffälligen Zusatz. Radek, der die Grüsse der Russischen Kommunistischen Partei überbrachte und dem Gründungskongress eine nicht endenwollende Ansprache über die Verwandtschaft zwischen der russischen und der deutschen Revolution hielt, wur-

de offensichtlich ohne viel Begeisterung angehört. Aber diese Anfangsschwierigkeiten wurden bald durch eine grössere Tragödie überschattet. Nach einer Zeit vereinzelter Strassenkämpfe in Berlin wurden Mitte Januar 1919 Liebknecht und Rosa Luxemburg durch die Polizei verhaftet und von nationalistischen Rohlingen «auf der Flucht» ermordet.

Diese unglücklichen Anfänge bestimmten die ganze Entwicklung der Deutschen Kommunistischen Partei. In den beiden ersten Jahren blieb sie eine kleine, zersplitterte und verfolgte Partei ohne Massengefolschaft oder irgendeinen Einfluss auf die politischen Vorgänge. Im Herbst 1920 verursachte ein Riss in der stark uneinigen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, dass sich die Mehrheit ihrer Gefolgsleute der Deutschen Kommunistischen Partei anschloss und ihr zum ersten Male ein Anrecht darauf verlieh, sich als eine Arbeiterpartei zu betrachten. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Katastrophe wuchs später ihre Schar, und zu gewissen Zeitpunkten schien es, als bedrohe sie das schon schwankende und labile Gefüge der Weimarer Republik. Aber ihre Macht und ihr Einfluss waren nie entfernt so gross wie jene – Deutsche und andere – vorgaben, die sich des deutschen Kommunismus als eines Schreckgespenstes bedienten. Einer ihrer ersten war Oberst House, der Ratgeber Woodrow Wilsons, der schon vor Ende Oktober 1918 die Aufmerksamkeit von Clemenceau und Lloyd George auf die Gefahr lenkte, «eine bolschewistische Regierung in Deutschland hervorzurufen, wenn die Bedingungen

des Waffenstillstandes zu hart ausfallen». Falls Rachsucht den Sieg davontrüge, schrieb Walther Rathenau in einem offenen Brief im Dezember 1918 an die siegreichen Alliierten, dann werde einer der einstmals stärksten Pfeiler der europäischen Struktur zerstört und die Grenze Asiens an den Rhein vorrücken. Lloyd George selbst griff das gleiche Stichwort in seinem Geheimmemorandum vom 26. März 1919 auf, das Clemenceau von der Notwendigkeit zur Mässigung in den Forderungen im Friedensvertrag mit Deutschland überzeugen sollte. «Die grösste Gefahr, die ich in der gegenwärtigen Lage sehe», schrieb er, «ist, dass sich Deutschland auf Gedeih und Verderben mit dem Bolschewismus verbinden könnte und Zuflucht bei den revolutionären Fanatikern suchen, seine Intelligenz, seine grosse organisatorische Stärke jenen überantworten könnte, die davon träumen, durch Waffengewalt die Welt für den Bolschewismus zu erobern.» All das würde eintreten, «wenn Deutschland zu den Spartakisten überginge». Die Furcht vor dem Kommunismus in Deutschland wurde von jedem Staatsmann der Weimarer Republik, der mit den Alliierten verhandeln musste, beschworen, einschliesslich Stresemanns, längst ehe Hitler sie zum Mittelpunkt der nationalsozialistischen Propaganda machte. In der ganzen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen spielte das Schreckgespenst des Bolschewismus eine viel bedeutsamere Rolle in der deutschen Geschichte als irgendetwas, was von der Deutschen Kommunistischen Partei je erreicht oder angestrebt wurde.

Die Furcht vor einem deutsch-russischen Zusammengehen, mit der Lloyd George 1919 gearbeitet hatte, war wohl begründet und wurde von allen Friedensmachern in Paris in hohem Masse empfunden. Aber das Schreckgespenst des deutschen Bolschewismus diente dazu, die wahre Quelle, aus der die Gefahr kam, zu verhüllen. Die Scheinrevolution vom November 1918 hatte die Sozialdemokraten auf die Regierungssitze gebracht und zur Bildung einer embryonalen Kommunistischen Partei geführt. Sie spiegelte eine gewaltsame Schwenkung nach links vor, jedoch hatte sie die Grundlagen der sozialen und politischen Ordnung gar nicht berührt. Die Hohenzollernmonarchie hatte in ihren letzten Jahren dem Generalstab und der Schwerindustrie die formelle Fassade geliefert; diese beiden Kräfte bewahrten ihr entschlossenes Bündnis, dem sich die ostpreussischen Junker als Stütze, und nicht mehr als unabhängige Einheit, beigesellten. Die Weimarer Republik verlieh der Herrschaft der gleichen Kräfte eine andersartige Fassade, weniger würdevoll, aber den Erfordernissen der Zeit besser angepasst. Ende 1918 lag Deutschland gedemütigt und hilflos darnieder. Seine Wiederherstellung sollte von der Geschwindigkeit abhängen, mit der Generalstab und Schwerindustrie Gewicht und Autorität zurückerlangen würden.

Die Politik des neuen Deutschlands wurde davon bestimmt, wo *sie* ihre Interessen liegen sahen. Hier und nicht bei den geräuschvollen Parteien der Linken waren auch die ausschlaggebenden

Faktoren für die deutsch-russischen Beziehungen in der Weimarer Republik zu finden.

Während sich die deutsche Armee an der Front auf dem Rückzug und in völliger Auflösung befand, fasste jener Teil des Oberkommandos, der übriggeblieben war, einige rasche Entschlüsse. Am 10. November 1918 wurde zwischen Hindenburg und Ebert, dem sozialdemokratischen Präsidenten des Rats der Volkskommissare, ein Übereinkommen getroffen: Die Armee wird einer sozialdemokratischen Regierung in dem Sinne Hilfe leisten, dass sie in ihrem Namen die Ordnung aufrechterhält und ihre Autorität verteidigt; als stillschweigende Gegenleistung wird die Regierung die Armee stützen und nichts tun, um ihre Rechte zu untergraben¹. In den nächsten drei Monaten bestand die Haupttätigkeit der militärischen Kreise in der Wiederherstellung der Ordnung, wie sie die Armee verstand. Es gibt indessen ein Protokoll über eine allgemeinere Aussprache im Hauptquartier in Berlin vom 20. Dezember 1918. Major Kurt von Schleicher erklärte, dass Deutschlands politische Wiederherstellung von der wirtschaftlichen Stärkung abhinge, und General Hans von Seeckt, der eben von seiner Aufgabe als deutscher Berater beim türkischen Gene-

¹ Die Einzelheiten des Übereinkommens, das zwischen Berlin und dem Hauptquartier der Armee telefonisch abgeschlossen wurde, ebenso wie das Ausmass der persönlichen Beteiligung von Hindenburg und Ebert an ihm, sind noch immer strittig; jedoch wird die Tatsache seines Abschlusses und seines Zwecks nicht bezweifelt.

ralstab zurückgekehrt war, erwiderte scharf, sie sei davon abhängig, dass Deutschland wieder «bündnisfähig» würde. Die Diskussion wurde nicht weiter fortgesetzt. Aber in diesem Zusammenhang und aus dem Munde eines Soldaten konnte das Wort «Bündnis» nur Russland bedeuten. Am 15. März 1919 erging eine Verordnung, die eine neue deutsche Armee, die Reichswehr, auf freiwilliger Grundlage schuf. Der Aufbau der Reichswehr, in der beide, Seeckt und Schleicher, eine bedeutende Rolle spielten, war der erste Schritt zum Wiederaufleben der militärischen Stärke Deutschlands. Seeckt bekleidete als Chef des Stabes im Kommando Ost – in Ostpreussen – den entscheidenden Posten.

Die andere grosse Macht in Deutschland war durch die Katastrophe zunächst ebenso betäubt, reagierte auf sie jedoch mit derselben Raschheit. Am 15. November 1918, fünf Tage nach der Übereinkunft zwischen Hindenburg und Ebert, einigte sich Stinnes, der grösste Industriemagnat, mit dem patriotischen Gewerkschaftsführer Legien. Die Industrie wird die alleinige Zuständigkeit der Gewerkschaften in Arbeiterangelegenheiten anerkennen und sie unterstützen, statt sie, wie in der Vergangenheit, zu bekämpfen; als nicht ausdrücklich verzeichnete Gegenleistung ergab sich, dass die Gewerkschaften ihrerseits nichts unternehmen würden, um die grundlegenden Interessen der Industrie anzutasten. Diese Übereinkunft wurde zu einem Zeitpunkt erreicht, als die Industriellen wie die Armee hoffnungslos diskreditiert zu

sein schienen und die Gewerkschaften auf der Höhe ihrer Macht und ihres Ansehens standen. Dennoch brachte sie hauptsächlich den Industriellen Vorteile. Bald danach setzte eine andere bedeutende Entwicklung ein: die Gründung des Reichsverbands der Deutschen Industrie am 3. Februar 1919. Vor 1914 hatte eine bezeichnende Scheidung der Interessen zwischen den verschiedenen Richtungen der deutschen Industrie bestanden, zwischen Schwer- und Leichtindustrie, zwischen den Industrien, die für den Inlands- oder Auslandsmarkt, für den Export nach Westen und Osten arbeiteten. Diese Unterschiede wurden nun allmählich beseitigt. Der Krieg hatte die Verschmelzung der Organisation der deutschen Industrie zu einer grossen Einheit gefördert; das Wachsen vertikaler Trusts begann gerade, Schwer- und Leichtindustrie zu gemeinsamem Dasein zu verknüpfen; und die weitbekannte Entschlossenheit der siegreichen Alliierten, den deutschen Export aus den westlichen Märkten auszuschliessen, zwang die gesamte deutsche Industrie, nach Osten zu blicken. Alle diese Belange wurden von dem neuen Reichsverband der Deutschen Industrie repräsentiert, der das Übergewicht der Schwerindustrie, besonders hervorragend in der Person von Stinnes, verkörperte. Das Interesse der deutschen Schwerindustrie galt umfangreichen Aufbauarbeiten im Lande und bevorzugt der Rüstung; im Ausland dem Zugang zu den Märkten der industriell unterentwickelten Länder Osteuropas und Asiens.

Die deutsche Haltung Russland gegenüber, die sich aus diesen

Umständen des Sommers 1919 ergab, fasste ein zeitgenössischer britischer Bericht aus Berlin gut zusammen:

«Alle Klassen in Deutschland blicken aus dem einen oder anderen Grunde nach Russland. Die Extremisten der Linken sehen in ihm die Verwirklichung ihrer eigenen politischen Ideale; die Alldeutschen betrachten Russland als einzig vorstellbare Möglichkeit, ein Ventil für die Übervölkerung und einen Ersatz für die verlorenen Kolonien zu finden; die Offiziere glauben, dass es ihnen Beschäftigung ermöglicht, die ihnen im eigenen Lande verlorengegangen ist. Die Industriellen denken, dass es Anlagemöglichkeit für das Kapital schaffe und letzten Endes die Mittel zur Tilgung der Reparationen bereitstelle. Die Verwirklichung dieser Ideen liegt jedoch in weiter Zukunft, und gegenwärtig ist die Verbindung viel zu schwierig, um irgendwelche praktischen Schritte zu gestatten.»

Im Deutschland des Jahres 1919 führten alle Wege nach Russland, alle Wege, auf die es ankam, alle Wege, die offen waren. Aber es waren lange Wege zu einem fernen Ziel, und noch war die Kraft nicht gross, sich auf ihnen zu bewegen. Der erste Anstoss kam von den Ereignissen im Baltikum, der grossen Land- und Seebrücke zwischen Deutschland und Russland, dort, wo Deutschland nach Russland vorgerückt war und die Russen ihre Vorposten nach Deutschland vorgeschoben haben, wo die territoriale und menschliche Schranke zwischen den beiden grossen Na-

tionen am schwächsten und am wenigsten verlässlich ist. Hier und nur hier lösten sich die deutschen Armeen in der Stunde der Niederlage nicht auf und hielten unter dem Befehl des Generals von der Goltz ihren Zusammenhalt als disziplinierte Streitkraft aufrecht. Dafür waren die Alliierten selbst zum Teil verantwortlich. Sie wurden von zwei Vorstellungen verfolgt – der Furcht vor einem über Deutschland westwärts vordringenden Bolschewismus und der Sorge vor einem Bündnis zwischen Deutschland und Russland. Im November 1918 hatte die erste Sorge vor der zweiten Übergewicht. Artikel XII des Waffenstillstandes verpflichtete Deutschland, alle Territorien, die früher zum Russischen Kaiserreich gehörten, zu räumen, «sobald die Alliierten den Zeitpunkt im Hinblick auf die innere Lage jener Gebiete für geeignet erachten». Es wurde angedeutet, dass der Augenblick der Räumung des Baltikums noch nicht gekommen sei; und dankbar verschanzten sich die deutschen Truppen in ihren Stellungen.

Sechs Monate später war die Lage verändert. Deutschland schien gefestigt, und die bolschewistische Gefahr war weniger drohend. Die britische Politik im Baltikum ging dazu über, kleine unabhängige Staaten in Estland, Lettland und Litauen zu errichten, die gemeinsam mit Polen eine dauerhafte Schranke darstellen sollten, um Deutschland und Russland getrennt zu halten. Für dieses Vorhaben bildete von der Goltz ein ernsthaftes Hindernis. Am 3. Mai 1919 wurde die Alliierte Waffenstillstandskommission an-

gewiesen, der Deutschen Waffenstillstandskommission mitzuteilen, die Zeit sei gekommen, von der Goltz und seine Armee zurückzurufen. Als nichts geschah, wurde der deutschen Regierung am 18. Juni ein formeller Befehl erteilt, die deutschen Armeen im Baltikum zurückzuziehen und aufzulösen.

Aber zu dieser Zeit war es einfacher, den Befehl zu geben, als ihn durchzusetzen. General von der Goltz stand nun an der Spitze einer mächtigen und gut disziplinierten Armee. Er war durch eine starke Landwehr, die sich aus den deutschen Siedlern rekrutierte, verstärkt worden, die mit ganzem Herzen seinen Ehrgeiz teilten, die Bolschewisten zu vernichten und das Russische Kaiserreich wiederherzustellen, und die gegen jeden Plan der Errichtung unabhängiger baltischer Staaten waren. Er hatte einige mehr oder weniger organisierte «weiss»-russische Einheiten auf seine Seite gezogen, die auf eine Teilnahme am antibolschewistischen Kreuzzug erpicht waren. Am wichtigsten aber: er war zum Sammelpunkt und Symbol aller jener Elemente in Deutschland selbst geworden, die der neuen Regierungsform feindlich gegenüberstanden und die mit ihr verknüpfte Politik des Kompromisses, wie sie das Oberkommando trieb, ablehnten. Seine Formel war klar und mitreissend: Während von der Goltz sich mit Deutschlands Feinden im Osten schlug, schickte sich die deutsche Regierung in die feige Unterwerfung unter Deutschlands Feinde im Westen. Zum erstenmal seit der deutschen Niederlage nahm von der Goltz

den Kurs einer kühnen und unabhängigen Aussenpolitik – Niederwerfung der Bolschewisten, Wiederherstellung der Monarchie in Russland und dann gemeinsam mit einem wiedererrichteten Russland dem Westen Trotz bieten. Es war ein phantastisches Vorhaben, aber es fand 1919 Widerhall in vielen deutschen Herzen. Wie von der Goltz es später erläuterte, «steht und fällt unsere gesamte Politik mit der deutsch-russischen Brücke»; und einer seiner Untergebenen setzte hinzu, dass die Engländer durch die gewaltsame Durchsetzung einer Zurückziehung nur versuchten, «Deutschland der Möglichkeit zu berauben, binnen Kurzem einen grossen und mächtigen Alliierten – Russland – zu haben». Im Sommer und Herbst des Jahres 1919 wurden mehr oder weniger Tausende entlassener Soldaten in Berlin zur Vermehrung der deutschen Armee im Baltikum angeworben, und demselben Zweck wurden freigelassene russische Kriegsgefangene zugeführt.

Drei Monate lang widersetzte sich von der Goltz dem alliierten Bestreben, ihn zu entfernen. Während die sozialdemokratische Regierung in Berlin vielleicht in ihrem Bemühen, die alliierte Forderung zu unterstützen, aufrichtig war, arbeitete der Reichskommissar für Ostpreussen, Winnig, Hand in Hand mit den östlichen Armeen. Auf der anderen Seite berichtete zur gleichen Zeit der im Herbst 1919 nach Kowno abkommandierte Major Tschunke, ein Offizier aus dem Stabe Seeckts, dass die Operationen im Baltikum nicht eine Brücke, sondern einen Wall «zwischen uns

und den Russen» schüfen, und Seeckt schloss sich dieser Ansicht an. Es ist sicher, dass der neue Stab im Hauptquartier der Reichswehr eifrig bestrebt war, das baltische Abenteuer zu beenden und seinen Einfluss gegen seine Fortsetzung in die Waagschale zu werfen. Als von der Goltz endlich gezwungen war, sich zurückzuziehen, verwandelte sich die Hälfte seiner Armee in Freiwillige und nahm mit einigen «Weiss»-Russen Dienst unter einem Abenteuerer kaukasischen Ursprungs, der sich selbst Graf Avalov-Bermondts nannte und den Krieg gegen die Bolschewiken noch einige Monate länger fortsetzte. Nachdem die Truppen nicht mehr aus Regierungsquellen bezahlt werden konnten, wurde die Finanzierung Avalov-Bermondts von einer «Anti-Bolschewistischen Liga» übernommen, deren grosse Geldmittel aus den wohlgefüllten Schatzkammern des neugegründeten Reichsverbands der Deutschen Industrie stammten.

Der Ehrgeiz der deutschen extremen Rechten, durch die Niederwerfung der Bolschewiken eine Brücke zu Russland zu bauen und mit der wiedererrichteten russischen Monarchie eine deutsch-russische Allianz zu schaffen, war ebenso wirklichkeitsfremd wie der Ehrgeiz der deutschen extremen Linken, durch den Sturz der bourgeoisen deutschen Regierung und die Schaffung einer deutsch-russischen Allianz auf der Basis der gemeinsamen proletarischen Revolution eine Brücke zu Russland zu schlagen. Damals aber begriff kaum jemand auf deutscher Seite und niemand auf alliierter, dass eine deutsch-russische Allianz in einer anderen

Form erhofft, oder befürchtet, werden konnte. Beide Lager waren von ideologischen Widersprüchen hypnotisiert. Die deutsche Rechte hätte die Bolschewisten besiegen und mit einer wiederhergestellten Rechten in Russland ein Bündnis eingehen können; die deutsche Linke in Deutschland eine Revolution anstiften und dann ein Bündnis mit der russischen Linken in Gestalt der Bolschewisten schliessen können. Aber es schien undenkbar, dass die deutsche Rechte mit der russischen Linken ein Bündnis eingehen sollte. Diese Überschätzung des ideologischen Faktors war sehr hartnäckig, besonders im westlichen Lager. Noch 1925 hielt der britische Botschafter in Berlin, obwohl er den Beweis von Rapallo vor Augen hatte, an dem Glauben fest, dass «anhaltende Zusammenarbeit zwischen der deutschen Rechten und der russischen Linken undenkbar ist». 1919 wies nur ein Ereignis in die entgegengesetzte Richtung; und diese Episode blieb den Alliierten unbekannt, wurde augenscheinlich nicht nach Moskau berichtet, und nur eine Handvoll Leute in Berlin wusste um sie. Jedoch enthielt sie den Keim der ganzen Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen in den nächsten drei Jahren und auch noch den späteren. Es ist eine der seltsamsten und vielsagendsten Episoden der neueren Geschichte.

Nach dem Mord an Liebknecht und Luxemburg warf die deutsche Polizei ihr Netz nach anderen kommunistischen Führern aus und verhaftete Anfang Februar 1919 Radek, den Delegierten der

bolschewistischen Partei beim Gründungskongress der Deutschen Kommunistischen Partei. Er wurde im Moabiter Gefängnis in der Lehrter Strasse festgesetzt und, nach seinen eigenen Worten, in «schwere Ketten» gelegt. Es folgte ein ausgedehntes Verhör, während dem Radek in Haft verblieb. Welche Macht zu seinen Gunsten eingriff, kann man nur erraten. Aber bei Beendigung des Verhörs, offensichtlich im August 1919 \ nahm ihn der Kriegsminister unter seine Obhut und versetzte ihn in einen bevorzugten Raum, in dem er zwei Monate lang eine Mittelstellung zwischen einem Gefangenen und einem Ehrengast einnahm. Nach Radeks eigenen Worten begründete er einen «politischen Salon». Um ihn zu besuchen, konnte man sich Passierscheine vom Kriegsministerium beschaffen. Im Oktober 1919 wurde er freigelassen und durfte sich in Privatwohnungen aufhalten, zuerst in der eines verabschiedeten Generals und später eines Polizeikommissars; und Anfang Dezember kehrte er nach Moskau zurück. In diesem Zeitraum sah er alle führenden deutschen Kommunisten und spielte in den Angelegenheiten der Kommunistischen Partei Deutschlands eine aktive Rolle; eine junge Kommunistin aus Wien besuchte ihn wiederholt und sagte von sich selbst, dass sie von ihm «einen ganzen Lehrgang in Kommunismus» erhalten habe. Er empfing viele Führer der Unabhängigen Sozialde-

¹ Der einzige Hinweis auf das Datum, den Radek für seine Überführung in das bevorzugte Zimmer gibt, ist, dass «die heroische ungarische Revolution bereits niedergeworfen war». Dies geschah in den ersten Augusttagen des Jahres 1919.

mokratischen Partei, einschliesslich Hilferdings, und einige Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Der berühmte deutsche Journalist Maximilian Harden überredete Radek, für seine Zeitschrift «Die Zukunft» einen Artikel zu schreiben. Ein anderer Besucher war ein englischer linksstehender Journalist, Philips Price, mit dem er über die Weltrevolution sprach.

Radeks interessanteste und wichtigste Kontakte waren jedoch nicht die mit der Linken. Es geschah kaum aus Rücksicht auf diese, dass ihn die Militärbehörde mit solcher Nachsicht behandelte. Unter seinen ersten Besuchern befanden sich der frühere türkische Premierminister Talaat und der Kriegsminister Enver. Der Anlass war pikant. Vor etwas mehr als einem Jahr hatte Talaat als Bevollmächtigter eines siegreichen Staates Radek am Verhandlungstisch von Brest-Litowsk gegenübergesessen. Radek legte den Türken den Plan für ein Bündnis zwischen dem russischen Bolschewismus und dem türkischen Nationalismus gegen den britischen und westlichen Imperialismus vor; wie ungewöhnlich und kühn dieses Projekt wirken musste, kann daran ermessen werden, dass die Bolschewisten sich zu jener Zeit von ganzem Herzen der Ermutigung der kommunistischen Revolution – in der Türkei ebenso wie anderwärts – hingaben. Radek riet seinen Besuchern, sich nach Moskau zu begeben, um die Angelegenheit zu erörtern – ein Kurs, den sie schliesslich einschlugen. Radek hatte jedoch auch andere militärische Besucher. Ihr hartnäckigster war

ein General von Reibnitz¹, ein ehemaliger Mitarbeiter Ludendorffs, von dessen fanatischen antibolschewistischen Anschauungen er jetzt indessen stark abwich. Er hatte Lenin gelesen und befürwortete «nicht nur ein Bündnis mit Sowjetrußland, sondern auch eine sogenannte friedliche Revolution». Radek beschrieb ihn etwas geringschätzig «als den ersten Vertreter einer Spezies, bekannt als ‚Nationalbolschewisten‘, mit der ich mich befassen musste».

Einen ernster zu nehmenden Eindruck hinterliess der Besuch Walther Rathenaus, des Sohnes des Begründers des grossen deutschen Elektrizitätstrusts, der AEG. Walther Rathenau war Schöpfer der Rohstoffabteilung im deutschen Kriegsministerium im ersten Weltkrieg – Gegenstück und Vorläufer der britischen und französischen Rüstungsministerien. Seine jüdische Abkunft, sein scharfsinniger und wissbegieriger Verstand und sein labiles Temperament machten ihn zu einem untypischen Repräsentanten sowohl der deutschen Industrie als auch des deutschen Beamten-tums; aber er stand in diesen beiden Lagern. Nicht zu Unrecht fand Radek in ihm «eine grosse abstrakte Intelligenz, das Fehlen jeglicher Intuition und eine morbide Eitelkeit». Obwohl der erwähnte offene Brief an die Alliierten eine echte Furcht vor dem Bolschewismus ausdrückte, übte die russische Revolution eine starke intellektuelle Faszination auf Rathenau aus. Schon im Ap-

¹ Radek nennt ihn sieben Jahre später an einer Stelle Raivnitz und an einer anderen Reignitz.

ril 1919 schickte er einen «zuverlässigen jungen Mann» nach Russland, um «über Lenins System Informationen zu sammeln»; und er war der Urheber einer «Studienkommission» für Russland, die eine kleine Gruppe von Industriellen gründete. Er kam nun zu Radek ohne irgendwelche Vorverhandlungen, liess sich bequem mit übergeschlagenen Beinen nieder, und über eine Stunde lang «entwickelte er seine Ansicht über die Weltlage». Er gab zu, dass es keine Rückkehr zum Kapitalismus geben könne, und beanspruchte, in seinen Schriften einen «konstruktiven Sozialismus» vorgeschlagen zu haben – den ersten wissenschaftlichen Schritt über Marx hinaus, der nur eine «Theorie der Zerstörung» gegeben habe. Die Arbeiter könnten zerstören; aber der Aufbau erfordere die Führung der «geistigen Aristokratie». Es würde keine lange Jahre währende Revolution in Deutschland geben, da der deutsche Arbeiter ein «Spiessbürger» sei. Sich Russland zuwendend, setzte Rathenau hinzu: «Ich werde vielleicht schon in wenigen Jahren als Techniker zu Ihnen kommen, und Sie werden mich in seidenen Gewändern empfangen.» Radek wies die Vorstellung von sich, dass Bolschewisten jemals seidene Gewänder tragen würden. Aber das verheissungsvolle Angebot der Dienste deutscher Techniker eröffnete neue Gedankenreihen. Die Gewohnheit, nach Osten zu blicken, hatte sich bei den deutschen Industriellen schnell festgesetzt.

Nachdem Radek das Gefängnis verlassen hatte, hielt der Besucherstrom an. Er sprach die Führer der Deutschen Kommunisti-

schen Partei, Paul Levi und Klara Zetkin, die befürchtet hatten, sich zu kompromittieren, wenn sie ihn im Gefängnis besuchten. Rathenau kam wieder und brachte Felix Deutsch, den Generaldirektor der AEG., mit. Deutsch jedoch, der mit der Tochter eines amerikanischen Bankiers verheiratet war, äusserte grösseres Vertrauen in die Aussichten des Kapitalismus als Rathenau, und die Unterredung scheint kein Ergebnis gehabt zu haben. Unter Radeks neuen Besuchern waren zwei von ganz besonderer Bedeutung. Oberst Max Bauer, Ludendorffs einstiger Abwehrchef, hoffte auf eine Machtergreifung durch die Rechte oder genauer durch die Armee, aber nicht früher, als bis «die Arbeiter über die bürgerliche Demokratie enttäuscht und zu der Folgerung gekommen sind, dass in Deutschland nur durch ein Übereinkommen zwischen der arbeitenden Klasse und der Offiziersklasse eine ‚Diktatur der Arbeit‘⁴ möglich ist». Radek berichtet: «Er gab mir zu verstehen, dass auf dieser Grundlage die Offiziere mit der Kommunistischen Partei und mit Sowjetrussland handelseinig werden könnten; sie begreifen, dass wir nicht bezwungen werden können und im Kampf gegen die Entente Deutschlands Verbündete sind.» Admiral Hintze, früher deutscher Marineattaché in Petersburg und im Sommer 1918 eine kurze Zeitlang Staatssekretär des Auswärtigen, in welcher Eigenschaft er eine Anzahl Zusatzverträge zu Brest-Litowsk mit Russland unterzeichnete, «trat jetzt für ein Geschäft mit Sowjetrussland ein». Er fragte Radek, ob die

Weltrevolution im Westen «rechtzeitig, um Deutschlands Erdrosselung durch die Entente zu verhindern», kommen würde. Es war Heilmann, einer der wenigen Besucher Radeks aus der Sozialdemokratischen Partei, der die Kehrseite der Medaille aufdeckte und darauf bestand, dass Deutschland ebenso ein westliches wie ein örtliches Schicksal habe; da «Deutschlands Industrie ohne Rohstoffe und das Land ohne Brot ist», gab es nichts anderes als Unterwerfung unter das Diktat des amerikanischen Kapitals. Es war eine auf den Kopf gestellte Welt, in der die deutsche Rechte mit dem Bolschewismus und der Weltrevolution spielte und die deutschen Sozialdemokraten ihr Heil im amerikanischen Kapitalismus sahen.

Die deutsche Haltung Russland und dem Bolschewismus gegenüber war im Herbst 1919 immer noch gänzlich verworren. Aber als mehr und mehr praktische Fragen gelöst werden mussten, begannen gewisse Züge scharf hervorzutreten. Die kommunistische Linke verharrte in ihrem Glauben, dass eine kommunistische Revolution und das Bündnis mit Russland untrennbare Seiten *einer* Politik seien. Sie war durch die Unfähigkeit, zwischen ihnen zu unterscheiden, zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Derselbe Fehler war für jene Gruppen der extremen Rechten verhängnisvoll, die Ludendorff, von der Goltz und viele andere repräsentierten. Sie hielten die Vernichtung des Bolschewismus und die Wiederherstellung der Monarchie in Russland für die notwendige Be-

dingung einer deutsch-russischen Allianz. Andere Gruppen der Rechten, für die Reibnitz und Bauer typisch waren, bewegten sich auf die Konzeption eines Bündnisses mit Russland zu, das zwar von irgendeiner Art Revolution in Deutschland abhing, jedoch von einer Revolution, bei der die Armee in ihrer Befehlsstellung verblieb. Diese Gedanken waren in sich phantastisch, aber von ihnen führte ein verhältnismässig kleiner Schritt zu der Idee, dass das russische Bündnis überhaupt, auch ohne eine Revolution in Deutschland, zu erzielen sei. Allmählich wurde dieser Schritt getan. Er war mit dem Namen Seeckts, des Schöpfers der neuen Reichswehr, verknüpft, des Fürsprechers eines arbeitsfähigen Kompromisses zwischen dem Heer und dem sozialdemokratischen Regime, des scharfen Kritikers an jeder Politik des Abenteurers und des stärksten militärischen Gegenspielers der antibolschewistischen Linie Ludendorffs und von der Goltz'.

Es gibt keinen Beweis dafür, dass zu dieser Zeit eine Berührung zwischen Seeckt und Radek bestand. Aber Seeckt könnte wohl als Freund und Bundesgenosse Envers in seinen türkischen Tagen um dessen Unterredung mit Radek gewusst haben, und Radek verzeichnet besonders, dass Enver «der erste war, deutschen Militärs klarzumachen, dass Sowjetrussland eine neue und wachsende Weltmacht ist, mit der sie rechnen müssen, wenn sie wirklich gegen die Entente kämpfen wollen». Die Vorstellung einer möglichen Allianz zwischen deutschem Nationalismus und russi-

schem Bolschewismus hat wahrscheinlich zu dieser Zeit in Seeckts aufnahmefähigem Geist Platz gegriffen, wie phantastisch und unrealisierbar solch ein Projekt für die unmittelbare Zukunft auch erscheinen musste. Da eine Verständigung mit Russland «ein ständiges Ziel der deutschen Politik» sei, schrieb er an einen militärischen Kollegen kurze Zeit später, wäre es «unangemessen, sich die Herren Russlands zu Gegnern zu machen». Es war ein bedeutsamer Augenblick, als er im November 1919 zum Chef des sogenannten Truppenamtes im deutschen Kriegsministerium – einer verschleierte Form des Generalstabs, den der Versailler Vertrag verboten hatte – ernannt wurde. In den nächsten vier Jahren sollte die deutsche Russlandpolitik die Politik Seeckts sein.

Auf russischer Seite ist das Bild in dieser Zeit viel einfacher. Wie weit Radek in den Unterredungen mit seinen deutschen Besuchern ging, ist nicht genau bekannt. Aber seine Schlussfolgerungen wurden in einer Flugschrift, die er vor seiner Abreise aus Deutschland Anfang Dezember 1919 verfasste, klar und unmissverständlich formuliert. «Das Problem der Aussenpolitik Sowjetrusslands», verkündete er, «... besteht darin, einen modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten zu finden.» Und in seinem Aufsatz in der «Zukunft», der sich an das «aufrecht gesinnte Bürgertum» wandte, verkündete er, dass «Deutschland und Russland wirtschaftliche Beziehungen miteinander nötig haben, weil keines der Länder hoffen kann, das, was es braucht, allein von der Entente zu bekommen, und weil sie sich gegenseitig in vieler Bezie-

hung helfen können». Noch aber dachte in Russland niemand in dieser Richtung. Niemand ausser Radek war in der russischen Kommunistischen Partei gut genug unterrichtet oder ausreichend objektiv, um in anderen Begriffen als denen einer baldigen deutschen Revolution zu denken. Zwischen Moskau und Berlin bestand praktisch während des ganzen Jahres 1919 keine Verbindung. Radek hatte weder eine Gelegenheit, dem Kreml Bericht zu erstatten, noch Weisungen zu empfangen. Als er im Dezember 1919 nach Moskau zurückkehrte, begegnete man seiner Konzeption eines deutsch-russischen Bündnisses in der Form eines modus vivendi zwischen Kommunismus und Kapitalismus ohne Wohlwollen oder Verständnis. Der Bürgerkrieg, der sich noch immer in einem kritischen Stadium befand, war die alles andere verdrängende, vordringliche Beschäftigung der bolschewistischen Führer; nur eine weltweite proletarische Revolution – so schien es – könnte der alliierten Unterstützung der «Weissen» ein Ende bereiten. Daher machte die Idee des deutsch-russischen Zusammengehens – obwohl Radek Ende 1919 eine klarere Vorstellung von der Zukunft hatte als irgendjemand sonst – in Russland langsamere Fortschritte als in Deutschland. Die sowjetische Außenpolitik strömte im Augenblick durch ganz andere Kanäle.

Zweites Kapitel

RUSSLAND, DEUTSCHLAND UND DIE WELTREVOLUTION

Für die Bolschewisten war Deutschland von allen Ländern der Welt dasjenige, dem sie sich am schwierigsten realistisch und empirisch nähern konnten. Von Anfang an und noch für eine lange Zeit sahen sie es durch einen Nebel ideologischer Vorurteile. Aus dem marxistischen Blickwinkel war Deutschland das fortschrittlichste kapitalistische Land – höchst fortschrittlich nicht nur in seiner Leistungsfähigkeit, sondern auch in seiner Organisation und seinem Aufbau. Es war das Land, in dem das Industriekapital in den wenigsten Händen konzentriert war; Hilferding, der führende ökonomische Kopf unter den deutschen Sozialdemokraten, hatte vor dem Kriege geschrieben, es genüge, sich der sechs grössten Berliner Banken zu bemächtigen, um die ganze deutsche Industrie zu beherrschen. Es war das Land, in dem die Planwirtschaft im ersten Weltkrieg den reibungslosesten, raschesten Fortschritt gemacht hatte. Deutschland war daher das Land, das am ehesten für eine sozialistische Revolution reif war. Es erschien fast wie eine unvernünftige Laune, dass diese Revolution zuerst

im rückständigen Russland ausgebrochen war. Nach der Oktoberrevolution bestand Lenin entschiedener als je zuvor darauf, dass die europäische Revolution und ganz besonders die deutsche Revolution unmittelbar vor der Türe stünde; er lehnte es ab, zu glauben, dass sie sich noch um mehr als einige wenige Wochen oder Monate verzögern würde, oder dass die russische Revolution ohne sie lange überleben könnte. Das bolschewistische Regime ging zu Beginn des Jahres 1918 fast daran zugrunde, dass es in Brest-Litowsk in der Überzeugung, die deutsche Revolution stehe nahe bevor, alles aufs Spiel setzte. Der bolschewistische Jubel, als die deutsche Revolution im November 1918 tatsächlich ausbrach, wurde schon beschrieben. Sogar als sie mit einer Enttäuschung endete und die deutschen Sowjets zugunsten der parlamentarischen Verfassung der Weimarer Republik abgelehnt wurden, erloschen die bolschewistischen Hoffnungen noch nicht. Die Ereignisse des November 1918 wurden rückblickend als die deutsche «Februar»-Revolution gedeutet, die den deutschen Kaiser ebenso wie die russische Februarrevolution den Zaren stürzte; die deutsche «Oktober»-Revolution konnte nun nicht mehr fern sein.

Diese Stimmung des revolutionären Optimismus hielt sich während des ganzen Jahres 1919; sie half dem bolschewistischen Regime, die dunkelsten Tage des Bürgerkriegs zu überleben. Die Kommunistische Internationale (Komintern) wurde im März 1919 in Moskau gegründet, obwohl der einzige deutsche Dele-

gierte, der sich durchschlagen konnte, mit dem Auftrag erschien, der sofortigen Gründung einer neuen Internationale zu widersprechen. Er wurde überredet, sich der Stimme zu enthalten, nur um die Einstimmigkeit des Beschlusses nicht zu beeinträchtigen. Zu dieser Zeit gab es keine Unterscheidung zwischen der revolutionären Politik der Komintern und der Aussenpolitik des Sowjetstaates, die der Volkskommissar des Auswärtigen (Narkomindel) leitete. Tschitscherin, der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, nahm auf dem ersten Kongress der Komintern und in ihrem Exekutivkomitee einen prominenten Platz ein. Als die Bestimmungen des Versailler Vertrages verkündet wurden, unterzeichnete Tschitscherin einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, der von der Komintern in deutscher Sprache herausgegeben wurde und sie aufforderte, sich den Reihen der «revolutionären kommunistischen Kämpfer» als der einzigen Möglichkeit der «Errettung aus Eurem gegenwärtigen Elend» anzuschliessen. Für die Sowjetregierung, vom Bürgerkrieg umgeben und von regelmässigen Kontakten mit der Aussenwelt abgeschnitten, war es unwahrscheinlich, dass sie ihre Hoffnung auf die Weltrevolution oder ihre Verwendung als einzige wirksame Waffe der revolutionären Propaganda preisgeben würde. Sie glaubte an das Herannahen der deutschen Revolution, denn eine andere Möglichkeit, an ihre eigene Zukunft zu glauben, konnte sie nicht finden. Das war sowohl in wirtschaftlicher wie in militärischer Beziehung zutref-

fend. Lenins berühmter Ausspruch, dass durch eine sonderbare List der Geschichte der Sozialismus in unserer Zeit in zwei Hälften Wirklichkeit würde – die wirtschaftliche Hälfte in Deutschland, die politische Hälfte in Russland –, barg die stillschweigende Schlussfolgerung, dass zur Herbeiführung einer vollständigen sozialistischen Gesellschaft die Wiedervereinigung der beiden Hälften durch die nach Deutschland getragene politische Revolution erforderlich sei.

Daher bestand im Winter 1919-1920, als der Bürgerkrieg endlich eine entscheidende Wendung zugunsten der Bolschewisten nahm, ein scharfer Gegensatz zwischen dem Optimismus Moskaus und dem Pessimismus der kleinen und entmutigten Deutschen Kommunistischen Partei. Im März 1920, wenige Tage nachdem die Komintern den ersten Jahrestag ihrer Gründung gefeiert und Lenin proklamiert hatte, dass «die Massen der Arbeiter in Deutschland, England und Frankreich auf die Seite der Kommunisten herüberströmen», ereigneten sich in Deutschland widrige Vorfälle. Die schwache und unschlüssige Deutsche Kommunistische Partei wurde – wie schon einmal im Januar 1919 – durch eine revolutionäre Lage, zu deren Entstehung sie nichts getan hatte und die ihre Führer insgeheim bedauerten, zur Aktion gedrängt. General von Lüttwitz und Kapp, ein Staatsbeamter, organisierten einen Aufstand – den sogenannten Kapp-Putsch – gegen die sozialdemokratische Regierung in Berlin. Einige der militäri-

schen Einheiten, die den Putsch durchführten, wie die berühmte Brigade Erhardt, hatten an den Kämpfen im Baltikum teilgenommen und waren nie aufgelöst worden; andere setzten sich aus nationalistischen Soldaten oder Abenteurern eines ähnlichen Typs zusammen, die zu den Fahnen zurückkehrten, um die Weimarer Demokratie zu bekämpfen. Am 13. März 1920 flohen die Reichsminister von Berlin nach Stuttgart, und eine nationalsozialistische Regierung der Rechten wurde unter Kapp in Berlin ausgerufen. Ihre Schwäche wurde jedoch bald offenbar. Die Reichswehr blieb passiv. Es war undenkbar, dass deutsche Soldaten auf ihre ehemaligen Kameraden schiessen würden; aber während sich die Rebellen der Sympathie der Generale alter Schule wie Ludendorff und von der Goltz erfreuten, brachten Seeckt und der neue Generalstab – die Männer, die bereits von der Goltz' baltischem Abenteuer ein Ende bereitet hatten – ihre Gegnerschaft gegen den Aufstand klar zum Ausdruck, und die 1919 unter der Führung von Stresemann als Partei der Schwerindustrie und des Handels gebildete Deutsche Volkspartei trat mit einer energischen Erklärung gegen Kapp und für die verfassungsmässige Regierung hervor. Der Staatsstreich hätte immer noch Erfolg haben können, wenn nicht die Gewerkschaften den Generalstreik ausgerufen hätten, der die neue Macht daran hinderte, sich zu konsolidieren, und der schliesslich die Wiedereinsetzung der alten Regierung erzwang. Als der Streik verkündet wurde, hatte das Berliner Hauptquartier

der Deutschen Kommunistischen Partei offiziell erklärt, dass die Zeit zum Handeln noch nicht reif sei – eine Einstellung, die man später verzieh und die nur durch Berufung auf die zahlenmäßige Schwäche der Partei entschuldigt werden konnte. Im Stillen lehnten die Führer den Streik ab, dessen Organisator, der Gewerkschaftler Legien, mehr als einmal von Lenin als typischer «Sozialpatriot» angegriffen worden war. Sie behandelten den Kampf zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten hochmütig als eine Angelegenheit, die für die Kommunisten, die beiden gleich feindselig gegenüberstanden, unwichtig sei. Erst am zweiten Tag, als man die breite Masse der Partei dem Beispiel ihrer Gewerkschaftskameraden folgen sah, schwenkte die offizielle Parteilinie zugunsten einer ziemlich zaghaften Unterstützung des Streiks um. Aber örtliche Aktionen der Kommunisten gingen weiter, vor allem in Sachsen und an der Ruhr, wo Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam gegen die Nationalisten vorgingen; in Sachsen vereinigten sie sich sogar zur Bildung einer Sowjetregierung, die erst zurücktrat, als der Putsch endgültig niedergeschlagen war. Als die Gefahr jedoch vorüber war, verloren die Kommunisten die Sympathie der Linksparteien, die wieder eine Koalitionsregierung mit dem Zentrum bildeten. Der wahre Sieger des März 1920 war die Reichswehr, und die nachfolgenden Vergeltungsmassnahmen trafen weniger die Initiatoren des Putsches als die Arbeiter, die sich gegen ihn gestellt hatten. Der Sieg der Reichswehr

wurde durch Seeckts Ernennung zu ihrem Oberbefehlshaber gekrönt: «Chef des Armeekommandos» lautete jetzt sein Titel.

Der Kapp-Putsch war ein bedeutsamer Markstein; aus ihm konnten einige Lehren gezogen werden. Die Schwäche der Deutschen Kommunistischen Partei war deutlich geworden. Ihre Mitglieder schwankten zwischen zwei Haltungen. Einerseits behandelten sie Nationalisten und Sozialdemokraten gleichermassen als Agenten des bürgerlichen Kapitalismus und wiesen eine Unterscheidung zwischen ihnen zurück: dies war die offizielle Linie der Partei. Andererseits neigten sie zu einem Verteidigungsbündnis mit den Sozialdemokraten gegen den gemeinsamen nationalistischen Feind: dies war eine in der breiten Masse lebendige Strömung. Ein ähnlicher Zwiespalt sollte sich in den letzten Tagen der Weimarer Republik wiederholen. Die Sozialdemokratische Partei war mit Hilfe der Gewerkschaften gegen den Kapp-Putsch in energischer und organisierter Art auf getreten, indem sie sich der traditionellen Widerstandswaffe des Arbeiters – des Streiks – bediente. Aber sie hatte keinen positiven Aktionsplan; es fehlte ihr nicht nur an jeglichem Ehrgeiz, durch revolutionäre Mittel die Macht zu ergreifen, sondern sie schrak vor der Machtausübung zurück, als ihr die Macht zufiel. Die Ereignisse des März 1920 bestätigten die Hauptlehre vom November 1918: die Unfähigkeit der grössten und am besten organisierten politischen Partei Deutschlands, das Land zu regieren. Was die Rechte betrifft, so hatte der Kapp-Putsch – und darin besteht seine grosse Bedeutung

in der Geschichte deutsch-sowjetischer Beziehungen – die Auseinandersetzung zwischen den beiden Elementen in der deutschen Armee offenbart. Es war die alte preussische Tradition, die ihre letzten Sdilachten im Baltikum schlug, die Weimarer Republik von Grund auf verwarf und das letzte Mal ernsthaft im Kapp-Putsch nach der Macht griff; die «korrekten» preussischen Generale hatten nichts gelernt und nichts vergessen. Die neue Reichswehr und ihr getarnter Generalstab in Gestalt von Männern wie General von Seeckt und Major von Schleicher, die sich der Unterstützung der Industrie erfreuten, betrachteten die Weimarer Republik als eine nützliche Regierungsfassade, hinter der die deutsche Militärmacht auf jeden Fall wieder aufgebaut werden konnte, legal oder illegal; der Ausgang des Kapp-Putsches war der Sieg dieser neuen deutschen Militärs über das, was von der alten preussischen Tradition übriggeblieben war. Auf das Gebiet der deutsch-sowjetischen Beziehungen übertragen, bedeutete dies den Sieg von Männern, die glaubten, dass die traditionelle deutsch-russische Allianz durch eine Übereinkunft mit den Bolschewisten wiederhergestellt werden könnte, über jene Männer, die es nur durch die Niederwerfung der Bolschewisten für möglich hielten, das deutsch-russische Bündnis wiederherzustellen.

In Moskau begriff man im Frühling 1920 von all dem nichts. Die Diagnose des Kapp-Putsches schien die Einfachheit selbst. Im August 1917 hatte ein zaristischer General, Kornilow, einen Staatsstreich gegen die provisorische Regierung versucht, die die-

sen ohne grosse Schwierigkeit zurückschlug. Der Kapp-Putsch war die «deutsche Kornilow-Affäre». Der deutsche Revolutions-Kalender hatte sich langsam aber sicher vom Februar zum August bewegt; das Herannahen des Oktobers war nur umso sicherer und unausweichlicher. Der Glaube an das Bestehen allgemeiner Regeln, die den revolutionären Prozess bestimmen, und folgerichtig an Parallelen zwischen Revolutionen in verschiedenen Ländern, war dem Marxismus eingeboren. Aber die unbedenkliche und dogmatische Anwendung dieses Glaubens zu einer Zeit, in der die bolschewistischen Führer wenige Informationsquellen und noch weniger unmittelbare Kontakte hatten, um sich die politische Wirklichkeit klarzumachen, züchtete viele Illusionen. Dies galt besonders hinsichtlich der Parteien und Bewegungen der Linken in Deutschland und anderen westlichen Ländern. Es war unbesonnen, eine enge und unerschütterliche Analogie zwischen dem Revolutions-Fahrplan in Russland, das einen fast unvermittelten Übergang von der Autokratie zur proletarischen Revolution vollzogen hatte, und Ländern, in denen das Proletariat eine lange Unterweisung in Theorie und Praxis des bürgerlichen Staates erfahren hatte, anzunehmen. Die Bolschewisten unterschätzten ständig jenen Teil der deutschen Arbeiterschaft, dem Vorteile aus gewerkschaftlichen und parlamentarischen Verfahrensweisen erwachsen waren und der nicht leicht vom Glauben an die Richtigkeit dieses Weges abgebracht werden konnte. Lenin verstand nie-

mals wirklich, warum «Reformismus», der in Russland nichts bedeutete, ein hartnäckiger und gefährlicher Rivale des revolutionären Marxismus in der Deutschen Sozialdemokratischen Partei war, und warum die illegale Aktion, von den russischen Arbeitern als selbstverständlich anerkannt, bei vielen deutschen Arbeitern auf grosse Voreingenommenheit stiess.

Die Verwicklung wurde in der Frage der Beziehung zwischen Parteiführung und den Massen deutlich. In Russland war es notwendig, einen revolutionären Bewusstseinszustand bei den Massen der bisher politisch apathischen Arbeiter zu schaffen, und zu diesem Zweck war die Stosskraft einer starken und absolut revolutionären Führerschaft eine ausschlaggebende Notwendigkeit. Aber dieselbe Konzeption war nicht, oder doch nur mit weitreichenden Einschränkungen, auf ein Land wie Deutschland anwendbar, wo die Schwierigkeit nicht darin bestand, der tabula rasa politisch unbewusster Massen ein revolutionäres Bewusstsein aufzuprägen, sondern ein durch Gewerkschaftsbewegung und parlamentarische Tradition bereits hochentwickeltes politisches Bewusstsein zu durchdringen und zu verwandeln. Diese Aufgabe unterschied sich von allem, was die russischen Bolschewisten zu bewältigen hatten; sie war viel subtiler und verwickelter. Das Nichtverstehen dieses Unterschiedes erklärt, warum die Rezepte, die der Deutschen Kommunistischen Partei von den Bolschewisten und später von der Komintern angeboten wurden, so oft unge-

eignet waren, und warum die bolschewistische Diagnose der deutschen politischen Lage so oft falschen Fährten nachging.

Der russische Optimismus über die Aussichten der europäischen Revolution erhielt bald Verstärkung. Mitte Mai 1920, als der Bürgerkrieg beendet zu schein schien, begann Piłsudski einen Angriff auf Sowjetrussland, und polnische Truppen drangen bis nach Kiew in die Ukraine ein. Die Rote Armee jedoch schlug rasch zurück und trieb gegen Mitte Juli die wild fliehenden polnischen Truppen in Richtung Warschau vor sich her. In diesem Augenblick eröffnete die Kommunistische Internationale in Moskau ihren zweiten Kongress. Eine grosse Europakarte hing in der Kongresshalle, und auf ihr wurden Tag für Tag die Fortschritte der Roten Armee auf ihrem triumphalen Marsch gen Westen eingezeichnet. Der Glaube an die nahe bevorstehende deutsche und europäische Revolution schien gerechtfertigt zu werden. Viele in Westeuropa ebenso wie in Moskau glaubten, dass Polens Untergang besiegelt sei und die Revolution über Deutschland westwärts weiterfluten würde. Aber als sich im August der Kongress bereits aufgelöst hatte, wandte sich das Kriegsglück plötzlich. Die Rote Armee erlitt eine dramatische Niederlage vor Warschau und zog sich ebenso schnell zurück, wie sie vorwärtsgeeilt war. Der Rückzug dehnte sich bis auf russisches Gebiet aus, wo im Oktober ein Waffenstillstand angenommen wurde. Der revolutionäre Eifer kühlte ab, gefolgt von einer Stimmung nüchterner Überlegung in Moskau.

Es wäre ein Anachronismus, für jene Zeit von einem Gegensatz zwischen revolutionären und nationalen Aspekten der russischen Politik, zwischen den Zielen der Komintern und denen des Narkomindel zu sprechen. Aber der polnische Krieg vom Sommer 1920 hatte eine weitreichende direkte und indirekte Wirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen. Für diese Beziehungen war Polen immer ein empfindlicher Punkt gewesen. Anderthalb Jahrhunderte nach der ersten Teilung Polens blieb die polnische Frage als ständige Drohung einer Intervention Westeuropas zugunsten der Polen akut; und solange diese Drohung andauerte, hielt ein gemeinsames Interesse an der Unterdrückung der polnischen Freiheit und an der Ausschliessung der westlichen Mächte aus Osteuropa Deutschland und Russland zusammen. Aber nach dem Scheitern des letzten grossen polnischen Aufstandes im Jahre 1863 gab es keine polnische Frage mehr. Sie schien aus dem öffentlichen Bewusstsein Europas gelöscht; und die Ausschaltung dieser Gefahr war einer der Faktoren, die es Deutschland und Russland nach Bismarcks Sturz gestatteten, sich zu trennen. Der Krieg von 1914 erweckte sofort die polnische Frage wieder zum Leben. Der unerwartete gleichzeitige Zusammenbruch beider, Russlands und Deutschlands, brachte Polen am Ende des Krieges automatisch eine Vormachtstellung in Osteuropa zurück, die es seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr innegehabt hatte. Es wurde ein Vorposten der westlichen Alliierten und die wichtigste östli-



Empfang der russischen Delegation zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk (1917)



Am Konferenztisch von Brest-Litowsk

che Bastion des Versailler Vertrages. Polens territoriale Bereicherung auf Kosten Deutschlands im Jahre 1919 machte Deutschland zu seinem dauernden Feind. Auch ostwärts rückte es ein Stück auf russisches Gebiet vor. Aber der Umfang seiner Begierde auf russisches Gebiet enthüllte sich erst, als Piłsudski 1920 in die Ukraine eindrang. Wenn man die Folgen seiner Handlung genau abwägt, könnte man sagen, dass Piłsudskis Schritt Polens Schicksal besiegelte; denn es ist eine Konsequenz der geographischen Lage Polens, dass es sich nicht leisten kann, mit seinen beiden grossen Nachbarn gleichzeitig auf schlechtem Fusse zu leben.

Die polnische Offensive gegen Russland im Mai 1920 rief kein sehr lebhaftes deutsches Interesse hervor. Aber als die Rote Armee unerwartet zurückschlug und Anfang Juli den triumphalen Marsch nach Polen begann, setzte in Deutschland eine erregte Stimmung ein. Deutschlands Hauptgegner im Osten war in tödlicher Gefahr, die Niederwerfung der östlichen Bastion von Versailles durch Russland schien unmittelbar bevorzustehen. Die alliierten Mächte kamen zu dem gleichen Schluss und organisierten eilig Hilfe für Polen in Form von militärischen Beratern und Munitionslieferungen. Deutschland antwortete mit einer Neutralitätserklärung, die ein Verbot für den Durchgangsverkehr von Munition durch Deutschland nach Polen einschloss. In der Freistadt Danzig, ehemals deutsch und jetzt unter alliierter Verwaltung, traten die deutschen Hafentarbeiter in den Streik und weigerten sich, die durch diesen Hafen nach Polen verschifft Muniton ab-

zufertigen. Deutsche Freiwillige (Tuchatschewski, der Befehlshaber der Roten Armee, spricht von «Hundertern und Tausenden») strömten der Roten Armee zu – eine merkwürdige Umkehrung der Situation des vorangegangenen Herbstes, als deutsche Freiwillige nach dem Baltikum eilten, um die Bolschewisten zu bekämpfen. Die kommunistische «Rote Fahne» nahm eine so kämpferische Haltung in der Befürwortung eines deutschen Bündnisses mit Sowjetrußland ein, dass sie sich der Anschuldigung anderer Linksparteien aussetzte, die deutschen Arbeiter in einen Krieg mit Frankreich verwickeln zu wollen.

Die deutsche Sympathie blieb im sowjetischen Lager nicht unbeachtet. Beweise für unmittelbare Kontakte sind spärlich. Ein zeitgenössischer Bericht der Londoner «Times» über einen Besuch Trotzki in Ostpreussen, um mit deutschen Staboffizieren über «politische und strategische Fragen» zu verhandeln, ist bestimmt falsch. Aber es scheint authentisch zu sein, dass sich in Soldau, diesseits der ostpreussischen Grenze, Offiziere und Kommissare der Roten Armee und «deutsche Nationalisten» trafen, wobei sich die Russen brüsteten, dass die Rote Armee Westpreussen, das im Versailler Vertrag an Polen abgetreten worden war, befreien und dem deutschen Vaterland zurückbringen würde. Nach Piłsudskis Memoiren war die vierte Sowjetarmee so erpicht darauf, auf den polnischen Korridor vorzustossen, dass sie die Verbindung mit den anderen Sowjetarmeen verlor und damit einen Pfad für Piłsudskis triumphale Gegenoffensive vor Warschau

öffnete. Er führt die spöttische Bemerkung eines französischen Offiziers an, die vierte Sowjetarmee kämpfe «lieber gegen den Versailler Vertrag als gegen Polen». Ein seltsames Dokument dieser Zeit ist ein Brief Envers an Seeckt, den er aus Moskau am 26. August 1926 schrieb. Enver berichtet, dass er eben «Trotzkis wirklich bedeutenden Gehilfen» getroffen habe (wahrscheinlich den stellvertretenden Kriegskommissar Sklianski), und fährt fort:

«Es gibt hier eine Gruppe, die über wirkliche Macht verfügt und der Trotzki angehört, die für ein Abkommen mit Deutschland ist. Diese Gruppe würde bereit sein, die alte deutsche Grenze von 1914 anzuerkennen. Und sie sieht nur einen Weg, der aus dem gegenwärtigen Weltchaos herausführen könnte: Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Türkei. Sollte es nicht möglich sein, Russland unofficial Hilfe zu leisten und, wenn möglich, Waffen zu verkaufen, um die Stellung dieser Gruppe zu stärken und die ganze Sowjetregierung für diese Sache zu gewinnen? ... Ich glaube, es ist wichtig, dass Sie zu einer Verständigung mit seinen Vertretern gelangen, damit auch Deutschlands Position klar und eindeutig ist. Um den Russen zu helfen, könnte man im Korridor oder an einer anderen geeigneten Stelle eine freiwillige Armee oder eine Aufstandsbeziehung ins Leben rufen ...»

Wenn auch diese Empfehlungen nicht verwirklicht wurden, so kann man doch annehmen, dass ihr Geist und Envers Bericht über die Meinung einflussreicher Kreise in Moskau Pläne bekräftigten, die bereits in Seeckt Gestalt annahmen. Der Vorschlag, «die alte deutsche Grenze von 1914 anzuerkennen», das heisst die Rückkehr deutschen Gebietes, das unter dem Versailler Vertrag abgetreten worden war, konnte kaum die beabsichtigte Wirkung verfehlen. Es lag im Wesen der Situation, dass ein Handel nur auf Kosten Polens zustande kommen konnte. Der polnische Krieg hatte noch andere, weniger direkte aber vielleicht nicht weniger wichtige, Rückwirkungen auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Zum erstenmal wurden den deutschen militärischen Führern die Schlagkraft der Roten Armee und die Grösse der Leistung, die in der Schaffung dieser Armee lag, bewusst. Militärische Tüchtigkeit hat immer auf deutsche Gemüter einen besonders starken Eindruck gemacht. Max Bauer, der Besucher Radeks im Herbst 1919, schrieb über Trotzki in seinen Memoiren, er sei ein «geborener militärischer Organisator und Führer». Er fügte hinzu:

«Wie er aus dem Nichts mitten in schweren Schlachten eine neue Armee aufbaute und diese dann organisierte und ausbildete, das ist absolut napoleonisch.»

Und General Hoffmann gab in seinen Erinnerungen das gleiche Urteil ab:

«Auch von einem rein militärischen Standpunkt aus ist es erstaunlich, dass es den neu einberufenen Roten Truppen gelang, die zeitweilig noch starken Streitkräfte der weissen Generale niederzuschlagen und sie völlig auszuschalten.»

Auf der sowjetischen Seite fand der Krieg gegen Polen einen patriotischen Widerhall bei zahllosen Angehörigen der früheren Aristokratie und Bourgeoisie und führte sie zu einer bedingten Versöhnung mit dem neuen Regime. Der Bürgerkrieg hatte schon Tausende von ehemals zaristischen Offizieren zum Eintritt in die Rote Armee bewogen; mehr und mehr von ihnen eilten zu den Fahnen, um gegen die polnischen Eindringlinge zu kämpfen, an ihrer Spitze Brussilow, der frühere zaristische Oberkommandierende. Eine englische Labour-Delegation, die Russland in den ersten Tagen des polnischen Krieges besuchte, berichtete über «die Geburt und das Wachstum eines neuen Patriotismus». Selbst Sinowjew, der Vorsitzende der Komintern, ein begeisterter Vorkämpfer der Weltrevolution, bemerkte, dass «der Krieg national wird», und erklärte, «wir Kommunisten müssen an der Spitze dieser nationalen Bewegung stehen, die die Unterstützung der gesamten Bevölkerung gewinnen wird und täglich an Stärke zunimmt». Dieses neue Leitmotiv des nationalen Patriotismus wurde seit 1920 ein dauernder Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik.

Der freudlose Winter von 1920/21 führte endlich einen Hal-

tungswechsel der bolschewistischen Führer in vielen Fragen herbei, darunter in solchen der Weltrevolution und Aussenpolitik. Die Lage in Russland hatte eine für die Sowjetregierung ungünstige Wendung genommen. Der Bürgerkrieg war gewonnen worden; der letzte der «weissen» Generale, Wrangel, hatte im November kapituliert. Aber die Bauern, die angesichts der dauernden Beschlagnahme ihres Getreides immer unruhiger wurden, gingen in mehr als einer Provinz zum offenen Aufstand über. Überall drohten sie damit, die Lieferungen für die hungrigen Städte zurückzuhalten. Anfang März brach eine schwere Meuterei in Kronstadt aus, der Festung an der Mündung der Newa, ein paar Meilen von Petrograd entfernt; sie wurde mit einiger Schwierigkeit unterdrückt. Auf dem Kongress der Russischen Kommunistischen Partei Mitte März 1921 führte Lenin die Massnahmen ein, die später als NEP oder Neue ökonomische Politik bekannt wurden. Ihr Kern war die Wiederherstellung der Grundsätze des freien Handels im Verkehr mit den Bauern – wie Lenin zugab, eine teilweise Rückkehr zum Kapitalismus. Während hieraus zwar keine direkten Schlüsse für das Gebiet der Aussenpolitik gezogen wurden, so rückte doch ein Kompromiss mit dem Kapitalismus zu Hause unweigerlich die Möglichkeit verbesserter Beziehungen zu kapitalistischen Regierungen im Ausland näher. Eine auffallendere Etappe in diesem Frontwechsel war der im gleichen Monat – am 16. März 1921 – erfolgende Abschluss des ersten grösseren inter-

nationalen Abkommens mit einer kapitalistischen Macht, des Handelsvertrages mit Grossbritannien, der die de facto-Anerkennung der Sowjetregierung mit sich brachte. Dieses Abkommen fand rasch Nachahmer. Es konnte nicht verfehlen, die Entwicklung «normaler» Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den kapitalistischen Ländern zu fördern und auf diese Weise die internationale Revolution als ein Element der sowjetischen Diplomatie in den Vordergrund zu drängen.

Diese Wandlungen mussten sich früher oder später in der sowjetischen Haltung gegenüber Deutschland spiegeln. Die Niederlage der Roten Armee in Polen unterbrach im Herbst 1920 die sich anbahnende deutsch-sowjetische Annäherung. Die Siege des Sommers erschienen im Rückblick wie die Helligkeit eines Blitzes, der eine Möglichkeit aufscheinen lässt, die nun aufs Neue in Dunkelheit versank. Aber diese vorübergehende Vision einer aktiven Zusammenarbeit zwischen den beiden grossen Anti-Versailler Mächten leistete doch ihren Dienst. Lenin erinnerte daran, als er zwei Monate später auf diese Ereignisse zurückblickte, dass «jedermann in Deutschland, selbst die schwärzesten Reaktionäre und Monarchisten, als sie den Versailler Vertrag in den Fugen wanken sahen, sagten, die Bolschewisten würden sie retten». Auf dem allrussischen Sowjetkongress im Dezember 1920 erörterte Lenin zum erstenmal öffentlich die Frage der sowjetisch-deutschen Beziehung in einem anderen Zusammenhang als dem der

Weltrevolution. Nachdem er Deutschland «das fortgeschrittenste Land mit Ausnahme Amerikas» genannt hatte, fuhr er fort:

«Dieses Land, das durch den Versailler Vertrag gebunden ist, lebt unter Bedingungen, die es ihm nicht erlauben zu existieren. Und in dieser Lage wird Deutschland natürlicherweise zu einem Bündnis mit Russland gedrängt. Als die russischen Armeen sich Warschau näherten, war ganz Deutschland in Gärung. Ein Bündnis mit Russland war für ein unterdrücktes Land, das die Möglichkeit hat, gigantische Produktionskräfte in Bewegung zu setzen, eine Aussicht, die dazu diente, in Deutschland politische Verwirrung hervorzurufen; die deutschen schwarzen Hundertschaften marschierten Seite an Seite mit den russischen Bolschewisten und den Spartakisten.

Unsere Aussenpolitik besteht – solange wir noch allein sind und die kapitalistische Welt stark ist – in dem Zwang, Uneinigkeiten auszunützen. Unsere Existenz hängt erstens von dem Bestehen einer radikalen Spaltung im Lager der imperialistischen Mächte ab und zweitens von der Tatsache, dass der Sieg der Entente und der Versailler Frieden die grosse Mehrheit der deutschen Nation in eine Lage geworfen hat, in der sie nicht leben kann ... die deutsche Bourgeois-Regierung hasst die Bolschewisten tödlich, aber die Interessen der internationalen Lage treiben sie gegen ihren eigenen Willen zum Frieden mit Russland.»

So hatte Lenin, drei Monate vor der Einführung des NEP und dem Abschluss des anglo-sowjetischen Handelsabkommens in deutlicher Weise auf die Bereitschaft der Sowjetregierung angespielt, deutsche Avancen entgegenzunehmen, falls sie erfolgen sollten. Der erste Schritt auf der Strasse, die später nach Rapallo führen sollte, war getan.

Immerhin gab es noch Hindernisse. Die Sowjetregierung hatte niemals grundsätzliche Bedenken gehabt, die Hilfe eines kapitalistischen Landes oder einer Gruppe solcher Länder gegen andere einzuspannen. Anfang 1918, zur Zeit von Brest-Litowsk, hatte man vorgefühlt, ob es möglich wäre, alliierte Unterstützung zu erhalten, um den Krieg gegen Deutschland fortzusetzen; später in diesem Jahre war ebenso versuchsweise ein Projekt erwogen worden, deutsche Truppen nach Nordrussland einzuladen, um die gerade in Murmansk und Archangelsk gelandeten alliierten Truppen zu vertreiben. Dieses Hilfsmittel, einen Keil zwischen die kapitalistischen Mächte zu treiben und das Bündnis mit den einen gegen die anderen zu suchen, wurde nun zu einem dauernden Element der sowjetischen Aussenpolitik. Jedoch gab es peinliche Verwicklungen. Deutschland hatte immer in dem bolschewistischen Programm der Weltrevolution einen einzigartigen Platz eingenommen. Die proletarische Revolution schien in Deutschland stets am unmittelbarsten bevorzustehen und am bedeutsamsten. Die Sowjetpolitik jener Zeit war weit von dem monolithischen Charakter entfernt, den man ihr später zuschrieb. Jede politische

Wendung, die das festgesetzte Programm der Weltrevolution bedrohen konnte, stiess auf starken Widerstand in Kreisen der Komintern, und die Stimme Sinowjews gebot immer noch über eine grosse Gefolgschaft in der Partei. So kam es, dass in dem gleichen Monat März 1921, in dem die Einführung der Neuen ökonomischen Politik und der Abschluss des anglo-sowjetischen Handelsabkommens in die Richtung zeitweiliger Übereinkünfte mit der kapitalistischen Welt wiesen, ein weiterer Versuch unternommen wurde, das Drama der proletarischen Revolution auf der deutschen Bühne aufzuführen. Erst nach dem rühmlosen Scheitern dieses Versuches konnte die sowjetische Deutschlandpolitik zu einer beständigeren Linie finden.

Was in der Geschichte der Deutschen Kommunistischen Partei als die «Märzaktion» von 1921 bekannt werden sollte, war ein verspäteter Rückstand aus dem revolutionären Enthusiasmus, der im vorhergegangenen Sommer durch den polnischen Krieg erzeugt worden war. Während des ganzen Sommers 1920 weitete sich der Riss zwischen rechts und links innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Auf einem Parteikongress in Halle vom Oktober 1920, an dem Sinowjew teilnahm und eine noch lange erinnerte Ansprache von vierstündiger Dauer hielt, beschloss die Mehrheit der Partei, sich mit der Kommunistischen Partei zu vereinigen und mit ihr Mitglied der Kommunistischen Internationale zu werden. Diese Entscheidung liess die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei von mageren 50'000 zu der res-

pektablen Höhe von 350'000 schnellen – aber der Massenzustrom neuer Mitglieder änderte ihren Charakter ziemlich unvermittelt. Unter der Führerschaft von Paul Levi, einem hochkultivierten Intellektuellen und Schüler Rosa Luxemburgs, hatte sie die Tradition des Spartakusbundes fortgeführt; sie blieb ein Zentrum geistiger Aktivität und Propaganda und betrachtete die Möglichkeit rascher revolutionärer Aktion skeptisch. Nun wurde sie plötzlich zu einer Massenpartei, vorwiegend von Arbeitern, die sich nicht um die Verfeinerungen der Theorie kümmerten und eine gradlinige Politik forderten. Dieses neue Verlangen fand Sympathie bei Sinowjew, der sich selbst verantwortlich für die Erweiterung der Partei fühlte. Aber Radek war dagegen; als Vertreter der Komintern in Deutschland teilte er die Skepsis von Levi über die Aussichten der Revolution und hatte andere Ideen über die Deutschlandpolitik des Kreml. Im Januar 1921 richtete das Zentralkomitee der KPD unter der Führung Levis und mit Radeks aktiver Unterstützung einen «offenen Brief» an alle deutschen Linksparteien und die Gewerkschaften. Es appellierte zugunsten einer gemeinsamen Kampagne, die drei Ziele verfolgen sollte: Verbesserung des Loses der Arbeiter durch Lohnerhöhungen und Preiskontrolle; Auflösung der ungesetzlichen militärischen Formationen des Bürgertums und Schaffung von «Organen der proletarischen Selbstverteidigung»; und schliesslich Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen mit Sowjetrußland. Dies war

kein revolutionäres Programm und zielte auf die Schaffung einer, wie man später sagte, «Einheitsfront» mit Parteien und Organisationen ab, die noch vor Kurzem als Verräter an der proletarischen Sache gebrandmarkt worden waren. Lenins Billigung des «offenen Briefes» wurde gegen die Opposition von Sinowjew und Bucharin erlangt. Aber als er völlig wirkungslos blieb und keinerlei Echo in Deutschland fand, war es sein Ergebnis, Levis Stellung zu schwächen und jene Elemente in der Kommunistischen Partei zu ermutigen, die durch Levis Vorsicht und Zurückhaltung ungeduldig geworden waren. Doch erfolgte Levis Sturz durch eine andere, abseitige Angelegenheit. Als er an einem Kongress der italienischen Partei in Livorno teilnahm, geriet er in einen Meinungsstreit mit den Abgeordneten der Komintern, die sein Vorgehen als Bruch der Disziplin anprangerten und ein Misstrauensvotum gegen ihn im Zentralkomitee der KPD forderten. Levi hatte damals schon viele Feinde. Das Misstrauensvotum ging mit einer knappen Mehrheit durch; er und vier seiner engsten Mitarbeiter traten zurück. Das Votum wurde innerhalb der Partei allgemein als Stellungnahme für eine aktivere Politik aufgefasst. Am Tage darauf, am 4. März 1921, veröffentlichte das Zentralkomitee einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, der zum «Sturz der deutschen Bourgeois-Regierung» aufforderte.

In diesem Augenblick traf aus Moskau in Berlin als Delegierter der Komintern Bela Khun, einst Chef der kurzlebigen ungarischen Sowjetregierung, mit Weisungen von Sinowjew ein, die

KPD zur Aktion anzutreiben. Dies lag auf derselben Linie, die Sinowjew während der letzten zwei oder drei Monate eingeschlagen hatte. Es mag aber auch sein, wie man später sagte, dass die Meuterei in Kronstadt und andere innere Schwierigkeiten Sinowjew veranlassten, besonders auf die Durchführung eines Ablenkungsmanövers in Deutschland zu drängen. Bela Khun sprach nicht nur zum Zentralkomitee der KPD, sondern auch mit Levi und Klara Zetkin, die gerade von ihm zurückgetreten waren. Nach Levi erklärte er, dass die Partei handeln müsse und, wenn nötig, den Anlass hierfür provozieren. Als der Aufstand gescheitert war, mussten Sündenböcke gefunden werden; viele spätere Berichte gaben den Eindruck, als habe es sich um einen Coup gehandelt, der in Moskau russischer Interessen wegen geplant und einer widerstrebenden Deutschen Kommunistischen Partei auferlegt worden war. Zwei Monate danach behauptete ein deutscher Kommunist, der auf einem Gewerkschaftskongress in Moskau sprach, dass sich «die deutschen Kommunisten totschiessen und ins Gefängnis werfen liessen, weil sie dem russischen Proletariat Hilfe leisteten». Dieses Bild ist einigermaßen verzeichnet. Was mit einiger Berechtigung gesagt werden kann, ist, dass Sinowjew als Präsident der Komintern einige Monate lang gegen den Widerstand Radeks jene Gruppe der KPD unterstützt hatte, die ungeduldig zur Aktion drängte; dass Lenin und Trotzki damals zu sehr mit der inneren Krise beschäftigt waren, um den deutschen Ange-

legenheiten ernsthafte Aufmerksamkeit zu schenken; und dass Sinowjew die Gelegenheit der Meuterei in Kronstadt benutzte, um Bela Khun als Vertreter seiner Anschauungen nach Berlin zu senden. Da dies gerade mit dem Rücktritt Levis zusammenfiel, durch den die Aktivisten die Übermacht im Zentralkomitee gewannen, fanden die Empfehlungen Sinowjews ein geneigtes, ja eifriges Ohr. Aber wenn man den deutschen Märzaufstand als einen überlegten Akt der russischen Politik, ausgeführt durch eine gehorsame Deutsche Kommunistische Partei, darstellt, so datiert man eine Lage ins Jahr 1921 zurück, die erst in einer sehr viel späteren Zeit eintrat.

Auch der Gang der Ereignisse, der zu dem Aufstand führte, ist im Einzelnen strittig. Mitte März waren Unruhen im Mansfelder Grubengebiet ausgebrochen. Die Bergleute hatten den Ruf, zum Aufruhr zu neigen; viele von ihnen waren Kommunisten. Ob die Unruhen spontan oder durch das Zentralkomitee organisiert waren, ist niemals ganz geklärt worden. Am 16. März 1921 rückte die Reichswehr in das Gebiet ein und unterdrückte die Unruhen mit beträchtlicher Härte, indem sie Hinrichtungen und Verhaftungen in grösserem Ausmass durchführte. Dies wurde als die «Provokation» genommen, auf die die Partei gewartet hatte. Am nächsten Tag proklamierte das Zentralkomitee der KPD eine Erhebung gegen die Regierung und rief die Arbeiter auf, zu den Waffen zu greifen. Die Organisation war mittelmässig. An vielen Orten kam es zu vereinzelt Zusammenstössen zwischen Arbei-

tern und Polizei oder Reichswehr. Ernsthafte Kämpfe gab es nur in Mitteldeutschland, wo der Aufruhr begonnen hatte. Eine Woche später, als die Revolte abebbte, verkündete das Zentralkomitee den Generalstreik. Aber dies verschlimmerte nur das Unheil, indem kommunistische Streikende nicht nur mit der Polizei, sondern mit der Masse der Werktätigen in Streit gerieten, die es vorzog, in Arbeit zu bleiben. Am 31. März, als die Niederlage der Kommunisten mit vielen Toten und Tausenden von Verhaftungen vollständig war, blies das Zentralkomitee die ganze Aktion ab.

Der Zusammenbruch des Märzaufstandes war der deutsche Angelpunkt des breiten Frontwechsels, der in Moskau durch zwei andere wichtige Ereignisse des März 1921 bezeichnet wurde: die Einführung der NEP und den Abschluss des anglo-sowjetischen Handelsabkommens. Der positive Zug zu einer zeitweiligen Anpassung an die kapitalistische Welt wurde durch einen neuen Pessimismus hinsichtlich der Aussichten der europäischen Revolution verstärkt. Der Versuch der Deutschen Kommunistischen Partei, die Offensive zu ergreifen und den Sieg durch einen frontalen Angriff auf die bürgerliche Regierung davonzutragen, hatte katastrophal und unrühmlich geendet. Wo die verhältnismässig grosse und mächtige deutsche Partei versagt hatte, konnte keine kommunistische Partei in einem anderen Land einen Erfolg erwarten. Der Bedeutung der Lehre, die aus dem Märzaufstand zu ziehen war, entsprach die Länge der Diskussionen über diesen Gegen-

stand auf dem dritten Kominternkongress in Moskau vom Juni 1921. Man ging darüber hinweg, welcher Anteil an der Verantwortung für den Aufstand von der Komintern im Allgemeinen oder Sinowjew im Besonderen zu tragen war. Die Tatsache, dass Radek ausgewählt wurde, um den offiziellen Bericht hierüber zu erstatten, war vielsagend. Der Märzaufstand wurde verschwommen als ein «Schritt vorwärts» bezeichnet, im Übrigen aber als eine Verteidigungsmassnahme behandelt, die der Partei durch die Provokation der Reichswehr aufgezwungen worden wäre. Die KPD wurde getadelt, weil sie den defensiven Charakter nicht genügend betont und den Moment als reif für eine revolutionäre Offensive betrachtet habe. Die Atmosphäre des Kongresses verriet nichts mehr von der triumphierenden Begeisterung des vorjährigen Kongresses. Freimütig vermerkten Trotzki und Lenin den Wechsel der Lage und der Stimmung:

«Jetzt sehen und fühlen wir zum erstenmal (sagte Trotzki), dass wir nicht unmittelbar vor dem Ziel stehen, vor der Eroberung der Macht, vor der Weltrevolution ... 1919 sagten wir uns: es ist nur eine Frage von Monaten. Jetzt sagen wir: es ist vielleicht eine Frage von Jahren.»

Und Lenin fügte hinzu:

«Es ist auf den ersten Blick klar, dass es uns nicht gelungen ist, nach dem Friedensschluss eine Revolution in den kapita-



Graf Brockdorff-Rantzau und Litwinow unterzeichnen das deutsch-russische Handelsabkommen von 1925



Die deutsche Botschaft in Moskau

listischen Ländern zu entfesseln... Jetzt ist es wesentlich, die Revolution von den Grundlagen her vorzubereiten und ihre konkrete Entwicklung in den hauptsächlich kapitalistischen Ländern zu studieren.»

Die erste praktische Anwendung dieser pessimistischen Diagnose war die Notwendigkeit, die Massen für sich zu gewinnen. Es genügte nicht mehr für die Kommunistischen Parteien, sich in einen Mantel doktrinärer Reinheit zu hüllen. Sie mussten aktiv als Missionare des Kommunismus in allen Arbeiterorganisationen tätig werden. Einige Monate nach dem Kongress befürwortete das Exekutivkomitee der Komintern die Bildung einer «Einheitsfront» für begrenzte gemeinsame Ziele mit anderen Linksparteien – eine Politik, die, mit vielen Variationen und Einschränkungen, sieben Jahre lang aufrechterhalten wurde. Die zweite Nutzenanwendung war heikler. Wenn man jetzt mit einer Verzögerung in der Ausbreitung der Revolution nicht um Monate, sondern um Jahre rechnen musste, dann war die Notwendigkeit einer Politik des zeitweiligen Kompromisses mit der kapitalistischen Welt, und ganz besonders mit der grossen kapitalistischen Macht in Mitteleuropa, unwiderleglich. Nach dem Scheitern der «Märzaktion» war es klar, dass die deutsche Revolution und die Weltrevolution zu warten haben würden. So fiel das letzte Hindernis. Der Weg nach Rapallo war offen.

Drittes Kapitel

DER WEG NACH RAPALLO

Der Aufbau normaler staatlicher Beziehungen zwischen der deutschen bürgerlichen Republik und der russischen Sowjetrepublik ging langsam und schrittweise vor sich. Gegen Ende 1919, kurz bevor Radek nach Moskau zurückkehrte, traf ein Sowjetdelegierter namens Kopp in Berlin ein. Im Februar 1920 wurde er von der deutschen Regierung für die begrenzte Aufgabe, über einen Austausch von Kriegsgefangenen zu verhandeln, offiziell anerkannt, und zwei Abkommen wurden im Frühjahr 1920 über diese Angelegenheit abgeschlossen. Später wurden Kopp's Funktionen auf wirtschaftliche Fragen ausgedehnt, und er wurde als ein informeller diplomatischer Vertreter der Sowjets in Berlin angesehen. Im Juni 1920 traf Gustav Hilger als erster deutscher Vertreter in Moskau ein und wurde so der deutsche Gegenspieler zu Kopp in Berlin. Hilger war in Moskau geboren und hatte Russland mit dem Stab der deutschen konsularischen Beamten im November 1918 verlassen; später hatte er in Berlin für die Repatriierung der Kriegsgefangenen gearbeitet.

Der Versuch Deutschlands und Russlands, sich über die ideologische Schranke hinweg die Hände zu reichen, war an sich nicht bedeutungsvoll, aber vielversprechend für die Zukunft. Der plötzliche Auftrieb für eine deutsch-sowjetische Freundschaft, den der polnische Krieg mit sich gebracht hatte, sank mit dem Rückzug der Roten Armee und dem Abschluss des Waffenstillstandes wieder in sich zusammen. Erst Anfang 1921, als die meisten Deutschen zum erstenmal überzeugt waren, dass das Sowjetregime in Russland dauern werde, als die Lehren des polnischen Krieges langsam verdaut worden waren und man auf russischer Seite begann, sich mit weniger weitreichenden Vorstellungen als der Weltrevolution zu befassen, erst jetzt wurden die Verhandlungen, die zum Vertrag von Rapallo führten, ernsthaft in Angriff genommen. Sie bewegten sich in drei verschiedenen Kanälen: wirtschaftlichen, militärischen und politischen. Während die Wirtschaftsverhandlungen mehr oder weniger offen vor sich gingen, waren die militärischen und politischen Verhandlungen streng geheim.

Die Wirtschaftsverhandlungen begannen als erste. Seit dem Frieden von Brest-Litowsk waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland niemals formell abgebrochen. Die Sowjetregierung hatte bereits im April 1918 ihr Aussenhandelsmonopol eingeführt, so dass alle kaufmännischen Abschlüsse seitdem mit einer Regierungsbehörde getätigt werden mussten. Trotzdem hörte der Handel nicht völlig auf.

Krasin weilte im Sommer 1918 in Berlin, um die Verschiffung deutscher Kohle nach Russland zu vereinbaren, und einige Ladungen von Flachs und Holz verliessen Petrograd nach deutschen oder skandinavischen Häfen. Durch den Zusammenbruch vom November 1918 kam dieses Rinnsal zum Stillstand. Während des ganzen Jahres 1919 war Sowjetrussland völlig isoliert. Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages verhängten die Alliierten Mächte eine «Blockade» Russlands (obwohl sie es mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Völkerrechtler vermieden, dieses Wort zu benutzen); im Oktober 1919 luden sie Deutschland ein, sich an ihr zu beteiligen. Deutschland lehnte ab; und in der folgenden Reichstagsdebatte wurde diese Entscheidung mit unterschiedlichem Nachdruck durch Sprecher aller Parteien von links nach rechts gutgeheissen. Die Ablehnung erfolgte mit der charakteristischen Begründung, dass Deutschland selbst noch einer alliierten Blockade unterliege und dass die Teilnahme an der Blockade Russlands die Anerkennung der Gleichberechtigung voraussetze. Trotzdem war es nicht weniger bedeutungsvoll, dass die erste Gelegenheit seit Versailles, bei der die deutsche Regierung es gewagt hatte, eine alliierte Forderung offen zurückzuweisen, eine russische Angelegenheit betraf. Die Ablehnung hatte praktisch nichts zu sagen, da es keine Handelsmöglichkeiten gab und Russlands Isolierung sogar nach der ausdrücklichen Aufgabe der Blockade im Januar 1920 fort dauerte. In jener Periode zögerten ausländische Händler, sowjetische Exporte anzunehmen, weil

sie befürchteten, dass ein expropriierter früherer Eigentümer, sei dieser Russe oder Ausländer, vor den Gerichten einen Rechtsanspruch auf diese Lieferungen geltend machen könnte. Selbst sowjetisches Gold wurde nicht zum Weltmarktpreis akzeptiert. Deutsche Firmen waren im Allgemeinen nicht geneigt, auch wenn sie über die Mittel dazu verfügten, den ersten Sprung auf diesen fragwürdigen Markt zu tun. So stieg während des Jahres 1920 der deutsch-sowjetische Handel kaum über den Nullpunkt von 1919. Diese vorsichtige Stimmung beherrschte auch die deutsche amtliche Politik. Die einzige konkrete Antwort auf Lenins Rede vom Dezember 1920, die im letzten Kapitel erwähnt wurde, war eine behutsame Reichstagserklärung des deutschen Außenministers Simons im Januar 1921, dass «Kommunismus keinen Grund darstellt, warum eine republikanische und bürgerliche Regierung nicht mit der Sowjetregierung Handel treiben sollte».

In derselben Debatte zitierte ein kommunistischer Abgeordneter einen amtlichen Bericht, demzufolge Kopp als Vermittler in Handelsabschlüssen zwischen der Sowjetregierung und deutschen Firmen auftrat und «diese inoffizielle Tätigkeit so lange geduldet werden wird, als die Interessen und die Sicherheit des Reiches nicht berührt sind». Tatsächlich wurden Verhandlungen gepflogen. Kopp, der auf einem Urlaub von Berlin nach Moskau kam, erklärte der «Iswestija» am 1. Februar 1921, dass eine Aussicht für die Errichtung von Handelsdelegationen in den beiden

Hauptstädten bestünde. Das deutsch-sowjetische Handelsabkommen wurde am 6. Mai 1921 unterzeichnet, fast zwei Monate, nachdem das anglo-sowjetische Abkommen das Eis gebrochen hatte. Am Vorabend der Unterzeichnung hatten die Alliierten Regierungen eine ultimative Mitteilung über die Gesamtsumme der deutschen Reparationen und die von den Alliierten geforderten Zahlungsfristen nach Berlin geschickt. Dies Zusammentreffen mag zufällig gewesen sein, es kann aber auch ein frühes Beispiel für ein Verfahren bedeuten, das später in der deutschen Aussenpolitik üblich wurde: das Auspielen Sowjetrusslands gegen die westlichen Alliierten. Die bedeutungsvollste Klausel des deutsch-sowjetischen Abkommens betraf den Handel überhaupt nicht; sie enthielt die Verpflichtung der deutschen Regierung, ausschliesslich mit der Sowjetregierung als der Regierung Russlands zu verkehren und keinerlei Beziehungen zu irgendeiner «weissen» Emigrantenorganisation zu unterhalten – das offizielle Ende des antibolschewistischen Kreuzzuges. Von jetzt ab wird die Russlandpolitik der deutschen Regierung, wie sie auch im Einzelnen aussehen mag, darauf gerichtet sein, Beziehungen mit der Sowjetregierung zu pflegen, und nicht darauf, sie zu stürzen. Im Oktober 1921 wurde Krestinski, ein alter Bolschewik, der früher Volkskommissar für die Finanzen gewesen war, zum Sowjetvertreter in Berlin, wenn auch noch nicht als voll akkreditierter diplomatischer Vertreter, ernannt; und eine sowjetische Handelsde-

legation wurde unter Stomonyakow, einem Bulgaren, der Krasins Gehilfe in London gewesen war, in Berlin errichtet. Der entsprechende deutsche Vertreter in Moskau war Wiedenfeld, bisher Leiter der Aussenhandelsabteilung im Auswärtigen Amt.

Die Wichtigkeit der Wiederaufnahme des Handels mit Russland war unbestreitbar. Vor 1914 hatte Russland 47 Prozent seiner gesamten Einfuhr von Deutschland bezogen, obwohl dies nur 8,7 Prozent der deutschen Ausfuhr bedeutete. Nachdem nun der deutsche Zugang nach Westeuropa und den überseeischen Märkten aufs Stärkste eingeschränkt war, wurde der russische Markt von erstrangiger Bedeutung. Jedoch war dieser Markt auf geringfügige Ausmasse zusammengeschrumpft. 1921, im ersten Jahr, in dem der sowjetische Aussenhandel überhaupt aktiv wurde, betrug das gesamte Volumen nur ein Zwölftel von 1913; und von dem begrenzten Volumen der sowjetischen Einfuhr in jenem Jahr kamen 29 Prozent dank des anglo-sowjetischen Abkommens aus Grossbritannien und nur 25 Prozent aus Deutschland. In der zweiten Hälfte von 1921 wurde die Öffnung des russischen Marktes eines der Hauptanliegen der deutschen Politik. Jedoch war sich die deutsche Industrie in einem Punkt nicht einig. Die Schwerindustrie, deren Grundlage Kohle und Eisen an der Ruhr und in Schlesien bildeten, war weitgehend unabhängig von eingeführten Rohstoffen und verfügte über keine wichtigen Märkte im Westen. Sie war deshalb frei von westlichen Einflüssen und begünstigte

das Russengeschäft. Stinnes war der Hauptvertreter dieser Ansicht, und Stresemann war damals sein Sprecher im Reichstag. Als Stinnes zwei Jahre später starb, bezeichnete ihn Stresemann als «die stärkste Kraft im wirtschaftlichen Leben Deutschlands».

Auf der anderen Seite brauchten die verarbeitenden Industrien Übersee-Einfuhren von Rohmaterialien; ihre Märkte lagen ebenso sehr im Westen wie im Osten. Einige von ihnen hatten amerikanische Kredite bekommen oder waren auf andere Weise mit Industrieinteressen Amerikas verknüpft. Sie teilten das Bedürfnis der Schwerindustrie, den russischen Markt zu entwickeln, aber sie hätten es lieber in Übereinstimmung mit dem Westen als in Opposition zu ihm getan. Dieser Teil der deutschen Industrie wurde politisch vertreten durch die Demokratische Partei und Rathenau, der im Ministerium Wirth im Mai 1921 Minister für Wiederaufbau wurde. Das deutschfranzösische Abkommen, das im Oktober 1921 zwischen Rathenau und Loucheur, beide Industrielle und Politiker zugleich, in Wiesbaden ausgehandelt wurde, stellte ein erstes Symptom für diese neue Strömung dar. Nach aussen hin war es die Absicht dieses Vertrages, das Reparationsproblem durch eine Partnerschaft zwischen der französischen und der deutschen Industrie zu lösen. Sein bedeutend weitgehendes Ziel war es, diese Partnerschaft über ein viel breiteres Feld zu entwickeln. Im Dezember 1921 trafen sich Industrielle und Finanzleute der alliierten Länder in Paris, um die Errichtung eines industriellen

Konsortiums für den Wiederaufbau Europas zu erörtern. Seine hauptsächliche Aufgabe sollte die Organisation von Investitionen in Russland in internationalem Massstab und die Ausnützung und Entwicklung russischer Hilfsquellen sein. Rathenau, der nicht mehr Minister, sondern Delegierter für Reparationen war, hatte gerade Lloyd George in London besucht und hielt sich in Paris während des Zusammentreffens auf; obwohl er nicht offiziell an ihm teilnahm, war man sich einig, dass die deutsche Mitarbeit wesentlich zu dem Plan gehörte. Das Projekt war ein Teil der Vorbereitungen für die Konferenz von Genua und erhielt den alliierten Segen bei einem Treffen in Cannes, bei dem die Einladungen zu der Konferenz ausgegeben wurden. Rathenau war in Cannes anwesend, angeblich für Erörterungen über Reparationen. Er schloss eine seiner dortigen Reden mit einer taktvollen Andeutung, dass Deutschland, obwohl ohne Investitionskapital, zum Wiederaufbau Europas durch seine Vertrautheit mit den «technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gewohnheiten des Ostens» beitragen könne.

Die westlichen Projekte waren nicht nach dem Geschmack der Sowjetregierung. Tschitscherin warnte die Welt, dass Sowjetrußland keinen Plan annehmen könnte, der «eine Form wirtschaftlicher Beherrschung bedeutet»; Lenin erklärte, dass alle Pläne, Rußland wie ein erobertes Land zu behandeln, «einfach Unsinn und keiner Antwort würdig» seien. Radek äusserte sich einfallreich dahingehend, dass der ganze Plan darauf abziele, Rußland

die Last der deutschen Reparationen mit aufzubürden, indem es deutsche Waren kaufen und im Austausch dafür den Alliierten Rohstoffe liefern solle. So würde Deutschland eine «industrielle Kolonie» und Russland eine «agrарische Kolonie» des Westens werden. Die deutsche Schwerindustrie betrachtete die Pläne fast mit dem gleichen Missfallen, da sie direkte Beziehungen mit Sowjetrussland ohne Einmischung des Westens wünschte. In einer Reichstagsdebatte im März 1922 griff Stresemann im Namen der Deutschen Volkspartei den Vorschlag des internationalen Konsortiums heftig an.

Während des Winters 1921-1922, als Rathenau mit den Alliierten Fühlung suchte, gingen Verhandlungen zwischen deutschen Industriellen und den Sowjetbehörden über den Ausbau des Handels und die Gewährung von Konzessionen vor sich. Damals wurden die ersten deutsch-sowjetischen «gemischten Gesellschaften» ins Leben gerufen: Derutra für das Transportwesen, Deruluft für Luftverkehr, Derumetall für Eisenhandel. Alle brauchten sie in der einen oder anderen Weise Kredite von den beteiligten deutschen Konzernen. Viele deutsche Firmen unterlagen der Verlockung des Angebots von Konzessionen in Sowjetrussland. Eine Notiz von Lenin an das Politbüro vom Januar 1922, die in den Trotzki-Archiven aufbewahrt ist, besteht auf der Wichtigkeit, mit Krupp ein Abkommen über eine Konzession zu schliessen. Solche Abkommen seien im Hinblick auf die Konferenz von Genua «besonders mit deutschen Firmen» besonders

wertvoll. Als daher die Idee eines internationalen Konsortiums in Genua zusammenbrach, erhielten diese direkten Verhandlungen einen weiteren Auftrieb. Unter den ersten Konzessionen befand sich die Überlassung einer grossen Bodenfläche am Manytsch, einem Nebenfluss des Don, an Krupp für eine Versuchsfarm, die Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen vorführen sollte. Im Dezember 1922 wurde im auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtet, dass Abkommen über Konzessionen mit der Stinnes-Gruppe und zwanzig anderen deutschen Konzernen unterzeichnet worden seien. Tatsächlich wurden verhältnismässig wenig Konzessionen gewährt oder ausgeführt. Aber der Sowjethandel erweiterte sich beträchtlich, und innerhalb des gestiegenen Volumens der sowjetischen Einfuhren stieg der deutsche Anteil von 25 Prozent im Jahr 1921 auf 32,7 Prozent im Jahr 1922, während Grossbritannien mit 18,8 Prozent auf den zweiten Platz zurückgedrängt worden war. Dieser hohe Prozentsatz wurde auf dem sich ausdehnenden Sowjetmarkt der folgenden Jahre nicht durchgehalten. Aber 1922 war ein Jahr deutsch-sowjetischer Annäherung, in der wirtschaftlichen Sphäre wie auch in anderen; und während der zwanziger Jahre waren es russische Aufträge, die der deutschen Industrie halfen, am Leben zu bleiben.

Die militärischen Verhandlungen waren vom tiefsten Geheimnis umgeben. Die deutsche Regierung musste Aufrüstungsmassnahmen verbergen, die ein flagranter Verstoss gegen den Versailler Vertrag waren. Dies war in der Tat der Grund, warum man

die Sowjethilfe brauchte. Die Sowjetregierung würde, sowohl international wie in einigen Parteikreisen, in Verlegenheit gebracht worden sein, wenn sie eine aktive Mittäterschaft an der deutschen Aufrüstung hätte zugeben müssen. Kein sowjetischer Schriftsteller oder Historiker hat sich jemals seit jenen Tagen mit der Angelegenheit befasst. Nur 1938 wurde im Prozess gegen Krestinski und andere das, was mit der vollen Kenntnis des Politbüros und auf seine Weisung hin, die deutsche Aufrüstung zu unterstützen, geschehen war, einer verräterischen Verschwörung durch Trotzki und seiner Gruppe zugeschrieben. Auf deutscher Seite wurden unter der Weimarer Republik einige bruchstückhafte Enthüllungen gemacht. Seeckts Biograph, der 1940 in einem Augenblick schrieb, als es erlaubt war, von der vergangenen deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit offen zu sprechen, gab viele Einzelheiten der Verhandlungen; und die deutschen Memoiren der Nachkriegszeit und Protokolle des Krupp-Prozesses in Nürnberg enthielten weitere Hinweise. Eines Tages werden noch mehr Informationen in den deutschen militärischen und diplomatischen Archiven zu finden sein, die jetzt in den Händen der amerikanischen und britischen Regierung sind. Gegenwärtig kann die Geschichte nicht mit Gewissheit hinter den Beginn des Jahres 1921 zurückverfolgt werden. Die kürzlich veröffentlichten «Documents on British Foreign Policy» enthüllen, dass ein Vertreter von Junkers im Oktober 1919 nach Moskau in einer neuen Junkers-Maschine

startete, die in Litauen landete¹, aber es ist nicht bekannt, ob er schliesslich Moskau erreichte und welche Geschäfte er dort abzuschliessen hoffte. Krestinski sagte im Prozess von 1938 aus, dass die erste Annäherung durch Seeckt 1920 – wahrscheinlich zur Zeit des polnischen Krieges – über Kopp erfolgte. Diese Aussage mag zutreffen, aber bis jetzt ist sie nicht bestätigt. Die Schaffung einer besonderen Abteilung im deutschen Kriegsministerium unter dem Namen Sondergruppe R wird auf den Winter 1920/21 datiert. Das früheste bekannte Dokument befindet sich im unveröffentlichten Trotzki-Archiv. Es ist einigermassen rätselhaft, warum Trotzki dieses und andere Dokumente nicht aus seiner Sammlung zur Zeit des Prozesses von 1938 veröffentlichte. Das Dokument besteht in einem Bericht vom 7. April 1921, den Kopp in Berlin an Trotzki als Vorsitzenden des Militärischen Revolutionären Rates schickte, mit Durchschlägen an Lenin und Tschitscherin. Er bezieht sich auf das, «was wir in Moskau sagten» (also war die Angelegenheit offensichtlich während Kopps dortigem Aufenthalt im Januar und Februar berührt worden), und beschreibt dann den Stand der Verhandlungen über die Errichtung dreier deutscher Rüstungsfirmen auf russischem Boden: die Albatros-Werke sollten Flugzeuge, Blohm & Voss Unterseeboote bauen und Krupp Munition herstellen. Es wurde der Vorschlag ge-

¹ In dem Flugzeug befanden sich zwei Passagiere, die nicht identifizierte Namen angaben. Einer von ihnen war sicherlich Enver; da er sich auf der alliierten Liste von Kriegsverbrechern befand, hatte er jeden Grund, seine Identität zu verbergen.

macht, fünf oder sechs deutsche Techniker nach Moskau zu schicken, um Einzelheiten zu besprechen. Strengste Geheimhaltung wurde eingeschärft. Das Dokument enthält Randbemerkungen von Lenin, der seine Zustimmung ausdrückte, und von Menschinski, dem stellvertretenden Chef der Tscheka, der um Unterrichtung ersuchte, um Sicherheitsvorkehrungen treffen zu können.

Es ist noch immer schwierig, dem genauen Gang der Verhandlungen nachzugehen. Der britische Botschafter vermerkte in der letzten Woche des Mai 1921 die Anwesenheit Krasins in Berlin, der «Verabredungen, Frühstücke und Diners mit verschiedenen deutschen Industriellen» hatte. Im Sommer 1921 ging eine deutsche Militärmission, geführt von Oberst Oskar von Niedermayer, zu Erkundungszwecken nach Moskau. Niedermayer, der sich gern als «deutschen Lawrence» bezeichnet hörte, hatte im Krieg einen Geheimauftrag in Persien und Afghanistan durchgeführt, wo er den Briten an den Grenzen Indiens Schwierigkeiten machte. Jetzt war er Oberst in der Reichswehr und später wurde er Professor für Militärgeographie an der Universität Berlin. Er arbeitete an einem Werk über die Geographie Sowjetrusslands mit, das durch ein Vorwort von K. Haushofer, dem bekannten Führer der geopolitischen Schule, eingeleitet wurde. Weitere Mitglieder der Mission waren Oberst Schubert, früher Militärattaché in Russland, und Major Tschunke, der 1919 von Kowno Bericht

an Seeckt erstattet hatte. Die ersten Ergebnisse waren nicht ermutigend. Am 10. September berichtete bei einem Treffen des Politbüros ein nicht näher bezeichneter Agent, offensichtlich ein Deutscher, über «Zögern in deutschen Wirtschaftskreisen» und über Befürchtungen, dass die Vereinbarungen, wenn sie durchsickerten, die bevorstehende alliierte Entscheidung über Oberschlesien ungünstig belasten könnten. Die Schlussfolgerung war, die «polnische Karte auszuspielen», das heisst mit der Furcht vor Polen zu arbeiten. Lenin bemerkte, dass «die Idee, militärische und wirtschaftliche Verhandlungen zu verbinden, richtig ist»; die Errichtung deutscher Waffenfabriken in Russland sollte unter der Etikette «Konzessionen» getarnt werden. Eine merkwürdige Einzelheit ist, dass zu gleicher Zeit Krasin Munition für Sowjetrußland in den Vereinigten Staaten einkaufte. Damals wurden die Verhandlungen in Berlin eröffnet. Zum grössten Teil fanden sie in Privatwohnungen statt, meistens bei Major von Schleicher. Der Hauptunterhändler der Sowjets war in diesem Stadium Krasin und auf deutscher Seite General von Hasse, der Seeckt als Chef des Truppenamtes nachgefolgt war, General von Thomsen, ein Luftfahrtsachverständiger, und Niedermayer. Seeckt blieb, wie es seiner Gewohnheit entsprach, im Hintergrund. Gegen Ende 1921 besuchte Hasse Moskau an der Spitze einer Mission, der auch ein Admiral angehörte, und hatte Gespräche mit Lebedew, dem sowjetischen Generalstabschef, über ein gemeinsames Vorgehen «im Falle eines polnischen Krieges».

Es war kennzeichnend für die Beziehungen zwischen der Reichswehr und der deutschen Regierung, dass die letztere über diese heiklen Verhandlungen völlig im Unklaren gelassen worden war; aber jetzt beschloss Seeckt, den Kanzler Wirth, der auch Finanzminister war, zu unterrichten. Es mochte notwendig werden, die Unterstützung der zivilen Behörden zu erhalten, und grössere Geldmittel konnten erforderlich werden, als sie die geheimen militärischen Fonds bereitstellen konnten. Wirth erwies sich als ein überzeugter Anhänger des russischen Bündnisses, und in einem fast zwanzig Jahre später an Krupp geschriebenen Brief rühmte er sich der Rolle, die er in der geheimen deutschen Wiederaufrüstung gespielt hat. Etwa zu jener Zeit wurde eine Scheinfirma unter dem Namen GEFU (Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen) gegründet als eine Tarnung für deutsche Firmen, die an diesen Transaktionen beteiligt waren. Ihr Kapital wurde durch die Regierung gestellt und betrug nach dem Ende der Inflation 75 Millionen Reichsmark.

Die Verhandlungen hatten Anfang 1922 offensichtlich den entscheidenden Punkt erreicht. Das Tagebuch des Adjutanten von Seeckt, von Selchow, verzeichnet am 7. Februar den geheimen Besuch «hoher russischer Offiziere im Truppenamt». Nach dem Tagebuch von Hasse wurde Radek am 12. Februar auf sein Drängen hin Gelegenheit zu einem persönlichen Treffen mit Seeckt gegeben, offensichtlich das erste. Er bat um deutsche Hilfe für

den Wiederaufbau der russischen Rüstungsindustrie und die Ausbildung sowjetischer Offiziere. Er beklagte sich über die engen deutschen Beziehungen zum Westen, besonders zu Grossbritannien, worauf Seeckt erwiderte, Deutschland müsse mit England als einem Gegengewicht Frankreichs flirten. Es heisst, dass die sowjetischen Unterhändler in Aussicht stellten, dass Sowjetrussland, ausgerüstet mit deutscher Hilfe, im Frühjahr einen Krieg gegen Polen führen werde. Wenn dies zutrifft, so kann es doch kaum eine ernsthafte Absicht der Sowjetregierung dargestellt haben.

Die Unterhändler folgten lediglich der Einschärfung Lenins, «die polnische Karte auszuspielen».

Ein Brief von Seeckt an Hasse vom Mai 1922 zeigt klar, dass kein Abkommen über militärische Massnahmen erzielt worden war, obwohl Seeckt ein solches Abkommen heiss wünschte und hoffte, dass «der Feind» glauben würde, es bestünde bereits. Die ersten deutschen Offiziere und Ingenieure gingen offenbar Anfang 1922 nach Sowjetrussland. Nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages im April bewegten sich die Ereignisse noch schneller. Krestinski, der sowjetische Botschafter, verhandelte direkt mit Hasse. Im Juli wurde ein sowjetischer Agent namens Rosenblatt von Seeckt empfangen. Und am 29. Juli 1922 wurde ein Abkommen streng geheim unterzeichnet, das unter dem Namen eines «vorläufigen Handelsvertrages» lief. Sein Text ist bis heute noch nicht ans Licht gelangt. Krasin schrieb im September 1922

an seine Frau, als er durch Smolensk reiste: «Ich schreibe dies in einem kleinen Haus in der Nähe des Flugplatzes, der voll von deutschen Fliegern ist.» Junkers hatte eine Fabrik bei Moskau. Granaten und wahrscheinlich auch Gewehre wurden durch Krupp in verschiedenen russischen Fabriken hergestellt und nach Deutschland exportiert. Eine Panzerfabrik wurde bei Kasan errichtet, die Ausbildungsmöglichkeiten für deutsche Offiziere bot. Andererseits scheint der Plan, in Russland Unterseeboote zu bauen, zusammengebrochen zu sein. Man hörte hierüber nichts mehr; und 1922 wurde eine holländische Firma im Haag, gefördert und finanziert durch das deutsche Marineministerium, gegründet, die Aufträge aus Holland, Schweden, Finnland und Spanien für Unterseeboote erhielt, die unter der Überwachung deutscher Seeoffiziere gebaut und durch deutsche Mannschaften erprobt wurden. Einige von diesen Unterseebooten scheinen für die Sowjetmarine gebaut worden zu sein. Ein russischer Chemiker hat die Bemühungen beschrieben, eine Giftgasfabrik zu errichten, dreissig Meilen von Samara entfernt. Aber diese Pläne scheiterten, zum Teil infolge russischer Unfähigkeit, zum Teil durch die Mangelhaftigkeit der Methoden, die die deutsche Firma, Hugo Stolzenberg in Hamburg, anwandte.

Die politischen Verhandlungen begannen später als die wirtschaftlichen und militärischen. Nachdem die Sowjetregierung die Politik der normalen Beziehungen mit kapitalistischen Ländern aufgenommen hatte, konnte sie von einem politischen Abkom-

men mit Deutschland nur gewinnen. Es würde ihre Isolierung gegenüber den europäischen Mächten beenden oder abmildern. Die deutsche Diplomatie war aber viel stärker als die deutsche Armee oder Industrie westlich orientiert. Sie fürchtete die Rückwirkungen einer Verstrickung im Osten auf die Haltung der Westmächte. Berendt, damals Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, war als bitterer Antibolschewist bekannt. Von Wiedenfeld in Moskau heisst es, dass er jeder weiteren Entwicklung der Beziehungen mit der Sowjetunion feindselig gegenüberstand. Diese Hemmungen wurden beseitigt oder abgeschwächt, als der Völkerbund am 12. Oktober 1921 die Teilung Oberschlesiens beschloss. Nun wandten sich die Gefühle in Deutschland, wo die Entscheidung allgemein abgelehnt wurde, gegen den Westen. Unmittelbar danach wurde Baron Ago von Maltzan, der durch Heirat mit der Schwerindustrie verknüpft war und als ein überzeugter Ostanhänger galt, zum Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes ernannt. Die «Times» berichtete am 13. Oktober 1921 aus Berlin, dass die deutsch-sowjetischen Handelsverhandlungen «beabsichtigten, den Weg zu einer politischen Verständigung zu bahnen». Maltzan sagte dem englischen Botschafter d'Abernon viele Jahre später, dass «der Wortlaut eines Vertrages mit den Russen praktisch bereits Weihnachten 1921 beschlossen war». Das war zweifellos unzutreffend, aber es mag sein, dass Verhandlungen zu jenem Zeitpunkt begannen. Radek war jedenfalls im

Januar 1922 in Berlin und wieder im Februar mit Rakowski und Krasin. In diesem Monat wird von einem Gespräch Radeks mit Rathenau berichtet, der am 31. Januar 1922 erneut in Wirths Regierung eingetreten war, dieses Mal als Aussenminister. Die Spaltung im Auswärtigen Amt zwischen Ost- und Westanhängern – wobei Rathenau selbst stark westlich orientiert war – schien zu jener Zeit besonders akut gewesen zu sein. Wenige Mitglieder des Aussenministeriums wussten genau, was im Gange war.

Der Rest der Geschichte ist oft dargestellt worden. Die Sowjetdelegation auf der Konferenz von Genua, die sich aus Tschitscherin, Litwinow, Joffe, Rakowski und Radek zusammensetzte, machte auf der Durchreise nach Genua halt in Berlin und drängte auf den Abschluss eines sofortigen sowjetisch-deutschen Vertrages. Man verhandelte im Auswärtigen Amt und einigte sich bis auf zwei Einzelpunkte auf einen Vertragsentwurf. Rathenau aber, der sich noch immer an die Hoffnung eines Abkommens mit den Alliierten klammerte und vielleicht klarer als die Russen voraussah, dass die Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Vertrages die Konferenz zugrunde richten würde, hielt sich noch zurück; und beide Delegationen fuhren nach Genua, während der Vertrag noch nicht unterzeichnet, sein Entwurf unvollkommen und seine Existenz ausserhalb des engsten Kreises des Auswärtigen Amtes und der Sowjetdelegation unbekannt war.

Nach Eröffnung der Konferenz löste Tschitscherin klugerwei-

se eine Auseinandersetzung zwischen Lloyd George und Barthou über die Frage der Abrüstung aus und trat in private Verhandlungen mit der englischen Delegation über eine Schuldenregelung ein. Die von Reichskanzler Wirth und Rathenau geführte deutsche Delegation war von diesen Anzeichen anglo-sowjetischer Freundschaft stark alarmiert. Maltzan erschreckte seine Kollegen noch mehr, indem er ihnen versicherte, einer der Köder, der der Sowjetregierung angeboten worden sei, bestünde in der Wiedererweckung des russischen Reparationsanspruchs gegen Deutschland, der im Versailler Vertrag ausdrücklich offengelassen worden war. Die Behauptung war unwahr, hatte aber ihre Wirkung. Die deutsche Delegation befand sich in einer gedrückten Stimmung, als eine Stunde nach Mitternacht am Ostersonntag, dem 16. April 1922, Joffe ihr telefonisch ein Zusammentreffen später am Tag in dem Nachbarort Rapallo vorschlug, um den unvollendeten Vertrag zu vervollständigen. Rathenaus Biograph hat beschrieben, wie sich die wichtigsten Mitglieder der Delegation in ihren Pyjamas in Rathenaus Schlafzimmer versammelten und die Frage diskutierten, ob sie nach Rapallo gehen sollten oder nicht. Hasse, der Vertreter Seeckts in den militärischen Geheimverhandlungen, befand sich in Genua, aber es ist nicht bekannt, ob er an dieser berühmten Schlafzimmerszene teilnahm. Der Widerstand Rathenaus wurde jetzt durch Wirth und Maltzan endgültig überwunden. Am nächsten Morgen nahm man die Sowjeteinladung an – nach

zwei vergeblichen Versuchen, mit dem Russlandberater von Lloyd George, E. F. Wise, zu telefonieren, der beim ersten Male noch im Bett war und beim zweiten bereits auf dem Wege zu einem Picknick. Der Tag wurde benutzt, um die Lücken in dem Entwurf zu füllen. Um fünf Uhr nachmittags war der Vertrag von Rapallo unterzeichnet.

Die Tatsache der Unterzeichnung war wichtiger als der formale Inhalt. Dieser sah eine Wiederaufnahme voller diplomatischer und konsularischer Beziehungen vor. Deutschland verzichtete auf alle Ansprüche gegen Sowjetrußland, die sich aus der Verstaatlichung deutscher Unternehmungen ableiteten, «unter der Bedingung, dass die Regierung der RSFSR analoge Ansprüche anderer Staaten nicht befriedigt». Die wirtschaftlichen Klauseln waren so formuliert, dass sie jede Teilnahme Deutschlands in einem internationalen Konsortium, das geschlossen mit Rußland verhandeln sollte, ausschlossen. Dies war die Hauptabsicht des Abkommens auf der sowjetischen Seite. Das schwankende Gebäude der Konferenz von Genua wurde durch den Abschluss des Vertrages zum Einsturz gebracht. Nach vergeblichen Bemühungen, einiges von dem Wrack zu retten, wurde sie ohne ein Ergebnis abgebrochen. Der Ärger, mit dem der Rapallo-Vertrag von den Alliierten aufgenommen wurde, war zugleich der Schlüssel zu seiner Bedeutung. Bis jetzt hatten die Alliierten mit Deutschland und Sowjetrußland getrennt verhandeln können. Die ideologische Schranke hatte sie verhindert, aus ihrer Selbstverteidigung

eine gemeinsame Sache zu machen. Jetzt hatten sich die beiden aus dem Versailler System Ausgestossenen die Hände gereicht. Die Wirkung für die diplomatische Landkarte Europas war unermesslich. Sowjetrussland hatte einen Halt in der kapitalistischen Welt gewonnen und erhob den Anspruch auf Rang und Status einer Grossmacht. «Die Politik der Erdrosselung Deutschlands», sagte Radek auf dem vierten Kongress der Komintern im November 1922, «schliesst in der Tat die Zerstörung Russlands als einer Grossmacht ein. Denn, wer auch Russland regiert, es ist immer in seinem Interesse, dass Deutschland besteht... Ein durch den Krieg bis zum Äussersten geschwächtes Russland könnte weder eine Grossmacht geblieben sein, noch die wirtschaftlichen und technischen Mittel für seinen industriellen Wiederaufbau erworben haben, wenn es nicht in dem Bestand Deutschlands ein Gegengewicht gegen die Vormacht der Alliierten gäbe.» Es war ein auffallender Wechsel, als sowjetische Sprecher jetzt die ewigen Interessen Russlands beschworen und sich der traditionellen Argumente der Diplomatie zu bedienen begannen.

Die deutsche Regierung setzte weniger Vertrauen in das Ergebnis ihres Tuns. Ein vielfach geglaubtes Gerücht behauptete, dass Rathenau, beängstigt vom Missfallen der Westmächte, der Sowjetregierung vorgeschlagen habe, den Vertrag wieder rückgängig zu machen. Die Anhänger der Westorientierung im Auswärtigen Amt waren empört und versuchten, sich gegenüber den West-

mächten mit Entschuldigungen zu rechtfertigen. Der Rapallo-Vertrag wurde dem britischen Botschafter als ein plötzlicher, unüberlegter Akt dargestellt. Mit einer Genauigkeit in Einzelheiten, die gerade deshalb an Fälschung grenzte, wurde ihm gesagt, dass nichts in Berlin vor der Abreise der Delegation nach Genua «unterschrieben» worden wäre. Einige Tage später wurden ihm «formelle und ausdrückliche Zusicherungen gegeben, dass das Thema militärischer Vorbereitungen niemals zwischen Deutschen und Russen erörtert worden ist». Dies mag von den Unterhändlern in Rapallo wahr gewesen sein, obwohl Seeckts Biograph verzeichnet, dass Tschitscherin «den Kanzler ganz offen um die Anwesenheit deutscher Offiziere in Russland bat». Einen Monat später unterrichtete Wirth den Reichstag mit gleicher Emphase, dass «der Vertrag von Rapallo kein politisches oder militärisches Geheimabkommen enthält». Diese zwiegesichtige Haltung bezeichnete genau das, was Deutschland durch Rapallo gewonnen hatte. Der Vertrag stellte ein Gleichgewicht her. Die deutsche Regierung konnte frei zwischen Ost und West manövrieren, die beiden Rivalen gegeneinander ausspielen, jedem gegenüber eine feste oder unwiderrufliche Verpflichtung bestreiten, von dem einen Zugeständnisse durch die Drohung erwirken, sonst dem andern in die Arme zu sinken, und dabei immer ihre eigene Handlungsfreiheit bewahren. Dies war die Politik, die Deutschland in den nächsten sieben Jahren gute Dienste erwies.

Viertes Kapitel

DEUTSCHLAND BLICKT IN BEIDE RICHTUNGEN

Der Vertrag von Rapallo war ein aussenpolitischer Wendepunkt sowohl für Deutschland wie für Sowjetrussland und der bedeutendste Markstein der europäischen Diplomatie zwischen Versailles und Locarno. Er erhöhte den Status und das Ansehen beider vertragschliessender Parteien und unterstrich ihren Anspruch, wieder in die auserwählte Gesellschaft der Grossmächte zugelassen zu werden. Zum erstenmal seit 1918 wurden volle diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt. Krestinski wurde Sowjetbotschafter in Berlin und überreichte Ebert am 2. August 1922 sein Beglaubigungsschreiben.

Graf Brockdorff-Rantzau, der drei Monate später als deutscher Botschafter nach Moskau ging, war eine aussergewöhnliche Persönlichkeit. Ein Berufsdiplomate von seltener Geschmeidigkeit und sehr vielseitigen Interessen, soll er von Kaiser Wilhelm II. gelobt worden sein als «der einzige vernünftige Mann unter meinen Diplomaten: er hat es verstanden, sogar mit Sozialdemokra-

ten umzugehen». Diesem Geschick verdankte er seine Ernennung zum Aussenminister durch Ebert im Februar 1919. In Versailles legte er dramatischen und heftigen Protest ein gegen die Friedensbedingungen, deren Annahme von der deutschen Delegation verlangt wurde, kehrte nach Berlin zurück und demissionierte. Er blieb ein überzeugter Antibolschewist und verurteilte die Politik des rapprochement an Sowjetrussland so sehr, dass Seeckt Einwendungen erhob, als er nach drei Jahren ausser Dienst zum Botschafter für Moskau vorgeschlagen wurde. Diese Befürchtungen erwiesen sich als grundlos. Brockdorff-Rantzau kam bald zu der Erkenntnis, dass, in den Worten seines Biographen, das «Übel von Versailles von Moskau aus korrigiert werden kann». Er behandelte das Auswärtige Amt mit der Geringschätzung eines Mannes, der einmal an seiner Spitze gestanden hatte, und er misstraute Stresemann. Mit Krupp, Stinnes, Felix Deutsch und anderen Grossindustriellen hielt er jedoch enge Fühlung. Von Tschitscherin wird erzählt, er habe ihn mit Genugtuung als «den Mann von Versailles» begrüsst; die persönliche Freundschaft, welche zwischen diesen beiden Männern entstand, gegründet auf gemeinsamen musikalischen Neigungen und gemeinsamer Feindschaft gegen den Westen, trug viel dazu bei, den Weg der deutsch-sowjetischen Freundschaft in den nächsten fünf Jahren zu ebnen.

Obwohl die Sowjetregierung eifriger als die deutsche Regierung den Abschluss des Vertrages betrieben hatte, war seine Auf-

nahme nach der Überwindung der anfänglichen Furcht in Deutschland freudiger als in Russland. Allgemein feierte man den Vertrag als die erste unabhängige Handlung der deutschen Politik seit Versailles. Er gab Deutschland die Stellung zurück, die die Geographie ihm zugeschrieben hatte; es wurde wieder fähig, auf beiden Flanken zu manövrieren und abwechselnd die Unterstützung des Westens gegen den Osten und die des Ostens gegen den Westen zu suchen. Er war die Bestätigung einer überlieferten deutschen Politik. Nur die unerschütterlichen «Westlichen» in der Sozialdemokratischen Partei betrachteten den Vertrag mit Misstrauen. Aber sie trieben ihre Opposition nicht so weit, gegen ihn zu stimmen. Generale der alten Schule, wie Ludendorff und Hoffmann, oder der exzentrische Industrielle, der zum Bildhauer und Beschützer der Künste geworden war, Arnold Rechberg, oder Hitler, der gerade anfing, als Führer einer winzigen Gruppe von «Nationalsozialisten» bekannt zu werden, mochten noch den Kreuzzug gegen den Bolschewismus verkünden. Aber diese Männer stellten jetzt kaum mehr dar als eine geistesgestörte Randgruppe der deutschen Aussenpolitik, Meinungsverschiedenheiten gab es nur über das verschiedene Gewicht, das den östlichen und westlichen Aspekten dieser Politik zugebilligt werden sollte. Aber dass Deutschland sich beiden Richtungen, Ost und West, zuwenden müsse, dass Rapallo als Symbol der deutsch-sowjetischen Freundschaft ein wesentlicher Bestandteil der deut-

schen Politik sei, wurde von nun an von allen Parteien, von den extremen Nationalisten bis zu den Kommunisten anerkannt.

Auf der sowjetischen Seite gingen die Meinungsverschiedenheiten tiefer. Der Vertrag von Rapallo wurde in die politischen Verwirrungen hineingezogen, die die Krankheit und den Tod Lenins begleiteten. Für Sowjetrußland schien er einen Einschnitt zu bedeuten, das stillschweigende Aufgeben der Hoffnung auf die Weltrevolution zugunsten des Bündnisses mit einem Ausschnitt aus einer gespaltenen kapitalistischen Welt. Die politischen Folgen dieses Frontwechsels wurden nur schrittweise gesehen, und nur unter vielem Zögern und Schwanken handelte man ihm entsprechend. Das Narkomindel, das Volkskommissariat für Auswärtiges, bekannte sich vorbehaltlos zu dem Vertrag; Tschitscherin wurde zum überzeugtesten Anhänger der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Aber die zwei Jahre nach Rapallo waren Jahre einer scharfen und unaufhörlichen Rivalität zwischen dem Narkomindel und der Komintern. Radek, der in jenen Jahren mehr Zeit in Berlin als in Moskau verbrachte und noch immer der Hauptagent der Komintern in Deutschland war, arbeitete unermüdlich für eine Stärkung der Rapallo-Politik, deren erster Schöpfer er gewesen war. So wurde die Rivalität zwischen Sinowjew und Tschitscherin durch die Meinungsverschiedenheit zwischen Sinowjew und Radek noch verwickelter, die besonders die Beziehung der Rapallo-Politik zur Sache der internationalen Revolution betraf. Als Lenin Ende 1924 starb, war die einzige Kraft,

die diese Gegensätze versöhnen konnte, verschwunden. Wenn auch der Einfluss von Sinowjew in der Komintern in den Jahren 1922/23 nicht mehr so gross war wie in den ersten drei Jahren der Revolution, so war er doch weit davon entfernt, nebensächlich zu sein. Von der Politik des «Sozialismus in einem Land» hörte man vor 1924 noch nichts.

Die Ereignisse von 1923 beleuchteten dramatisch, was Rapallo bedeutete und was es nicht bedeutete. Das Jahr nahm seinen Anfang mit der französischen Besetzung der Ruhr. Zwei Monate vorher stürzte die Koalitionsregierung Wirth. Ihr folgte eine Regierung aus «Geschäftsleuten» unter Cuno, einem Direktor der Hamburg-Amerika-Linie. Cuno und Seeckt waren persönliche Freunde, und das neue Regime verkörperte das Bündnis zwischen Industrie und Reichswehr in unverhülltester Form. Eingeschüchtert durch die französische Zurschaustellung militärischer Stärke an der Ruhr, verkündete die deutsche Regierung den passiven Widerstand. Jeder direkte Appell an die deutsch-sowjetische Solidarität würde ein rotes Tuch für die Franzosen gewesen sein und wurde nicht unternommen. Als jedoch Marschall Foch Warschau im Mai 1923 mit dem offensichtlichen Ziel besuchte, die französisch-polnische Allianz gegen Deutschland zu stärken, gab die Sowjetregierung zu verstehen, dass die Rote Armee im Falle eines polnischen Angriffs auf Deutschland in Polen einrücken würde: dies kann die erste politische Dividende genannt werden, die Deutschland aus dem Vertrag von Rapallo bezog. Radek ging

in seinem Versuch, die logischen Konsequenzen aus Rapallo zu ziehen, noch viel weiter. Die Deutsche Kommunistische Partei verfolgte gegenüber der französischen Besetzung keine eigene Linie. Sie lehnte es ab, die Frage auf dem Parteikongress in Leipzig zu erörtern, der gerade tagte, als der Einmarsch erfolgte. Sie gab sich damit zufrieden, einen Angriff auf die französische Handlung mit einem Angriff auf die deutsche Regierung zu verbinden: «Schlagt Poincaré an der der Ruhr und Cuno an der Spree», war die Schlagzeile der «Roten Fahne» am 23. Januar 1923. Aber Radek erkannte die Schwierigkeit, Rapallo mit einer rein negativen Haltung auf Seiten der KPD und der Komintern zu verbinden. Gemäss den Ideen, die zuerst von einigen seiner Besucher im Moabiter Gefängnis 1919 skizziert worden waren, bemühte er sich nun darum, ein antifranzösisches Bündnis zwischen den deutschen Kommunisten und den extremen Rechtsnationalisten (damals zum erstenmal «Faschisten» genannt) zustande zu bringen. Schlageter, ein junger nationalistischer Abenteurer und früheres Mitglied der Freikorps, war Anfang 1923 von den Franzosen wegen versuchter Sabotage in besetztem Gebiet hingerichtet worden; er wurde zum Helden der deutschen Nationalisten. Die neue Politik wurde als «Schlageterlinie» bekannt. In Deutschland erschienen die Kommunisten mit den Nationalsozialisten auf den gleichen Rednertribünen, um Frankreich und die Westmächte anzuklagen. Bei der Sitzung des Exekutivkomitees

der Komintern im Juni 1923 stimmte Radek einen gefühlvollen Lobgesang auf diesen jungen Abenteurer an und befürwortete eine Verbindung mit den deutschen Nationalisten, die sich im Kampf gegen den alliierten Imperialismus befänden. Die grosse Mehrzahl der national gesinnten Massen gehöre, so erklärte er jetzt, nicht in das Lager der Kapitalisten, sondern der Arbeiter. Die Rede wurde in der «Roten Fahne» abgedruckt und rief zustimmende Artikel von Moeller van den Bruck, dem nationalistischen Intellektuellen, und Graf Reventlow, dem bekannten Journalisten der äussersten Rechten, hervor. Fröhlich, ein Mitglied des Zentralkomitees der KPD, schrieb im selben Sinn in der «Roten Fahne», und die vier Beiträge wurden in einer Broschüre zusammengefasst.

Die Politik von Rapallo verschaffte den deutschen Kommunisten einige seltsame Weggenossen. Die «Schlageterlinie» wurde in der Gefolgschaft der Kommunistischen Partei aber nicht allgemein bejaht. Unter der Führung von Brandler, der zum rechten Flügel der Partei gehörte und an eine «Einheitsfront» mit den Sozialdemokraten und nicht mit den Nationalisten glaubte, rief das Zentralkomitee zu einer öffentlichen Demonstration gegen die Faschisten – zu einem sogenannten «Antifaschistischen Tag» – am Sonntag, dem 29. Juli, auf. Die Polizei antwortete mit dem Verbot von Strassenkundgebungen, und daraufhin erhob sich die Frage, ob diesem Verbot unter der Gefahr eines ernstlichen Zusammenstosses mit der Polizei zuwidergehandelt werden sollte.

An diesem Punkt angelangt, ersuchte die uneinige Partei Moskau um Rat. Die Führer der Komintern befanden sich auf Ferien. Sinowjew und Bucharin antworteten mit einem Telegramm, das die deutsche Partei ermutigte, vorwärts zu gehen. Radek, der um das Schicksal der «Schlageterlinie» und der Rapallo-Politik besorgt war, telegraphierte zurück, dass die Komintern «die Partei zu einer Juli-Niederlage treibe». Er eilte nach Moskau und überredete in Sinowjews Abwesenheit die Leitung des Exekutivkomitees der Komintern am 26. Juli dazu, eine Absage der Kundgebungen anzuraten. Nach einem sechs Monate später von Sinowjew gegebenen Bericht wurde Trotzki befragt, lehnte aber eine Stellungnahme ab; aber «einige unserer Kameraden» unterstützten Radek. Dies bezieht sich auf Stalin, der auf diese Weise zum erstenmal auf der Bühne der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf tritt. Ein Brief von ihm an Sinowjew aus dieser Periode ist erhalten – unglücklicherweise ist seine genaue Datierung unbekannt –, der mit der vorsichtigen Bemerkung endet, dass «die Deutschen im Zaume gehalten und nicht angespornt werden müssen». Es dauerte nicht lange, bis die Auseinandersetzung über den «Antifaschistischen Tag» nur noch wie ein Sturm im Wasserglas wirkte. Anfang August 1923 näherte sich Deutschland offensichtlich einer inneren Krise. Der passive Widerstand an der Ruhr brach zusammen. Die Inflation hatte bisher unvorstellbare Höhen erreicht. Ein Streik der Banknotendrucker traf das wankende Regime an seiner empfindlichsten Stelle und entwickelte sich zu einem Ge-



Marschall Tuchatschewski kurze Zeit vor seinem Sturz (1937)



Generaloberst von Seeckt bei einem Manöver der Reichswehr

neralstreik in Berlin. Am 11. August trat die nunmehr völlig diskreditierte Regierung Cuno zurück. Die KPD war, wie gewöhnlich, in ihrer Haltung zu dem Streik geteilter Meinung. Er versickerte nach und nach, da es an einer wirksamen Zusammenarbeit der Linksparteien fehlte. Trotzdem blieb die Lage äusserst gespannt, und zum erstenmal seit März 1920 schien eine Revolution in Deutschland unmittelbar bevorzustehen. Stresemann wurde aufgefordert, ein Kabinett auf der Basis der «grossen Koalition» zu bilden, die alle bürgerlichen Parteien, ausser der äussersten Rechten, und die Sozialdemokraten umfasste. Sein Programm war, den passiven Widerstand an der Ruhr zu beenden und eine Verständigung mit den Alliierten, besonders mit England, zu suchen. Diese Ereignisse berührten die Führer in Moskau in zweifacher Richtung. In erster Linie ermutigte die Entwicklung in Deutschland, die alle Zeichen einer zugespitzten revolutionären Lage zeigte, diejenigen, die noch immer aktiv auf die Weltrevolution hofften. Zweitens beschwor die Drohung einer Annäherung zwischen der neuen deutschen Regierung und dem Westen aber auch wieder das Schreckgespenst einer Koalition der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrussland und untergrub daher die Fundamente von Rapallo. Unter dem Anstoss dieser beiden Überlegungen fand man, dass die Zeit gekommen sei, die Revolution in Deutschland zu entfachen. Die Führer der Deutschen Kommunistischen Partei wurden nach Moskau befohlen. Zu Sinowjew

gesellte sich jetzt Trotzki in der optimistischen Einschätzung des Reif seins Deutschlands für die langerwartete proletarische Revolution. Der unbeständige Radek wechselte rasch die Haltung und wurde zum Befürworter der revolutionären Aktion. Stalin zog sich in den Hintergrund zurück, wie es damals noch seine Gewohnheit war, wenn kritische internationale Fragen zur Debatte standen.

Die deutschen kommunistischen Führer verbrachten fast den ganzen September und die ersten zehn Tage des Oktober 1923 in Moskau, wo befehlsgemäss Pläne für die Revolution ausgearbeitet wurden. Zu ihnen gehörte die Entsendung einer Anzahl von Sachverständigen der Revolution aus Russland, die mit Geld und Munition reichlich ausgestattet wurden. Die Führer, begleitet von Radek unter den gewohnten falschen Papieren, kehrten dann nach Deutschland zurück, wo in Übereinstimmung mit der verabredeten Strategie Brandler und zwei andere Kommunisten einer Einladung der Sozialdemokraten Folge leisteten, einer Koalitionsregierung in Sachsen beizutreten. Die deutschen Behörden waren jedoch wachsam und handelten rascher. Aus Anlass einiger auf-rührerischer Verlautbarungen von Brandler und seinen Genossen erklärte die Reichsregierung die sächsische Regierung für aufgelöst, wobei sie ihre verfassungsmässigen Befugnisse ein wenig ausdehnte, und übertrug es der Reichswehr, den Beschluss unter Gewaltanwendung durchzuführen. Die Kommunisten waren nicht genügend vorbereitet und leisteten, nach einigen verzwei-

felten Reden, keinen Widerstand. In der Verwirrung des Augenblicks gelangten an die KPD in Hamburg Anweisungen, mit dem Auf stand zu beginnen. Den Anweisungen wurde gehorcht, und erst nach vielem Blutvergiessen in zweitägigen Strassenkämpfen wurde der Aufstand niedergeschlagen. Wieder einmal endete die grosse deutsche Revolution in einem Fiasko. Innerhalb der deutschen Partei war Brandler der gegebene Sündenbock. In Moskau folgten gegenseitige Vorwürfe. Trotzki vertrat den Standpunkt, dass die objektiven Bedingungen für eine Revolution vorhanden gewesen seien und «nur eine revolutionäre Partei gefehlt hat». Sinowjew bemerkte, vielleicht geschickter, dass die deutsche Bourgeoisie nicht von Rasputins geführt werde und die deutschen Sozialdemokraten stärker und tatkräftiger seien als die Menschewiken. Er hatte wenigstens die Befriedigung, dass Radek in Ungnade fiel und ihm nie mehr erlaubt wurde, sich mit den deutschen Angelegenheiten zu befassen.

Paradoxerweise diente der fehlgeschlagene kommunistische Auf stand vom Oktober 1923, der eine Verleugnung der Politik von Rapallo schien, letzten Endes ihrer Stärkung. Dies rührte von zwei Ursachen her, von denen eine deutsch, die andere russisch war. Trotz der Leichtigkeit und Kraft, mit der man der kommunistischen Erhebung im Oktober 1923 zuvorkam, befand sich die Regierung Stresemann in verzweifelter Not. Der Versuch, nach der Einstellung des passiven Widerstands mit dem Westen zu einer Einigung zu gelangen, hing noch immer in der Luft.

Die französischen Truppen blieben weiter an der Ruhr, und die erhofften Kredite aus Grossbritannien waren nicht zu bekommen. Die «Grosse Koalition» der deutschen Parteien bröckelte rasch auseinander, und Deutschland wurde eine Beute innerer Zerrissenheit. Eine Militärdiktatur unter Seeckt wurde ernsthaft erwogen. Schleicher befürwortete diese Lösung, die nur durch Meinungsverschiedenheiten auf der Rechten über die Eignung des Kandidaten aufgehalten wurde. Vierzehn Tage nach der sächsischen Angelegenheit musste die Reichswehr unter sehr viel schwierigeren Umständen in Bayern eingreifen, um den Hitler-Ludendorff-Putsch zu unterdrücken. Angesichts dieser Verwicklungen konnte es sich die Regierung Stresemann kaum leisten, sich mit der Sowjetunion anzulegen. Gegenüber der russischen Unterstützung der deutschen Kommunisten blieb das amtliche Auge blind. Krasin, der am 7. November 1923 bei der Jahresfeier der Sowjetbotschaft in Berlin anwesend war, verzeichnete eine grosse Zahl deutscher Industrieller und Bankiers unter den Gästen. Stresemann, jetzt nicht mehr Kanzler, sondern Aussenminister in einer anderen Koalitionsregierung, schrieb am 1. Dezember an Brockdorff-Rantzau, dass die Finanzierung der deutschen Kommunisten mit russischem Gold zwar «unsere Beziehungen mit Sowjetrussland sehr erschwert», dass es aber trotzdem lebenswichtig sei, jene Beziehungen unversehrt aufrechtzuerhalten. Die Politik von Rapallo bestand die Bewährungsprobe.

Die Wirkung des gescheiterten Aufstandes war positiver auf sowjetischer Seite. Endlich liessen die bolschewistischen Führer das Wunschbild der deutschen Revolution fallen. Niemals mehr wurde es seitdem den Erwartungen einer baldigen Revolution in Deutschland gestattet, die normalen Gesichtspunkte der Aussenpolitik zu verdrängen. Niemals wieder sollte die Komintern eine eigene unabhängige Politik verfolgen. Der Stern Sinowjews war im Sinken. Das wiederholte Scheitern der deutschen Revolution, das so vernichtend für die von Lenin und allen bolschewistischen Führern ursprünglich aufgestellten Thesen war, bildete die mächtigste Ursache für den Frontwechsel, den Stalin 1924 unter dem Schlagwort «Sozialismus in *einem Land*» vornahm. Der Rapallo-Vertrag passte sehr viel besser in diesen neuen Rahmen der Sowjetpolitik als in die Richtung, die zur Zeit seiner Unterzeichnung vorherrschte. Für die nächsten drei oder vier Jahre war er der unbestrittene Eckstein der sowjetischen Politik in Europa.

Die erste Hälfte des Januars 1924 war eine Periode allgemeiner Entspannung in den internationalen Beziehungen. In Grossbritannien kam die Labourregierung unter MacDonald und in Frankreich die Linkskoalition unter Herriot an die Macht. Die Sowjetregierung wurde durch die wichtigsten europäischen Länder formell anerkannt. Das Ruhrabenteuer wurde beendet und der Dawes-Bericht über die deutschen Reparationen verfasst. Für die deutsch-sowjetischen Beziehungen war es eine ereignislose Periode. Die KPD, die unter der Verhängung des Notstandes im Okto-

ber 1923 verboten worden war, nahm am 1. März 1924 wieder ihre legale Existenz auf. Obwohl ihre Kandidaten noch immer eine grosse Zahl von Stimmen erhielten, war die Mitgliederzahl der Partei um mehr als die Hälfte, auf 120'000, gesunken. Im Mai entkamen zwei verhaftete deutsche Kommunisten in Berlin in das Gebäude der sowjetischen Handelsdelegation, wo sie unter Verletzung der diplomatischen Immunität durch die deutsche Polizei wieder festgenommen wurden. Aber obwohl über diesen Zwischenfall scharfe Worte gewechselt wurden, war es doch deutlich, dass keine der beiden Seiten wünschte, das gleichmässige Anhalten der deutsch-sowjetischen Freundschaft zu trüben. Im August 1924 wurden die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder einer Belastungsprobe unterworfen. Damals trafen sich Vertreter der Westmächte und Deutschlands in London, um die Empfehlungen des Dawes-Berichts für eine grosse Anleihe an Deutschland, die in Westeuropa und den Vereinigten Staaten aufgebracht werden sollte, zu billigen. Im Verlauf des Jahres wurde die Dawes-Anleihe zu einem glänzenden Erfolg, und im darauffolgenden Jahr wurden die politischen Konsequenzen in dem berühmten Locarno-Vertrag gezogen. Deutschlands Mittellage zwischen Ost und West stellte die europäische Diplomatie vor eine entscheidende Probe.

Die Gründe für Deutschlands doppelte Abhängigkeit von Ost und West und für seine sich hieraus ergebende doppelte Politik waren vielschichtig. Die Tat der Reichsregierung nach dem Waf-

fenstillstand, als sie zwei Zugladungen sowjetischen Getreides zugunsten der grösseren Segnungen ausschlug, die die Vereinigten Staaten anbieten konnten, war symbolisch für Deutschlands grundlegende Abhängigkeit vom Westen. Zwar war diese Notlage vorübergehend und Deutschland wäre physisch imstande gewesen, sich selbst zu ernähren und eine von ausländischer Hilfe unabhängige Wirtschaft aufzubauen. Aber dies würde eine radikale Neuplanung des gesamten Wirtschaftssystems erfordert haben, die nur mittels einer grösseren sozialen Revolution durchgeführt werden konnte. Und die Haltung der Bevölkerung nach 1918 bewies, dass die Mehrzahl der Arbeiter bereit war, sich mit der Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen Ordnung abzufinden, auch wenn sie sie nicht aktiv unterstützte. Doch war die kapitalistische Ordnung in der Form, in der sie in Deutschland bestand, mit der Industrie und der Armee im Sattel, schon vor 1914 vom Bankrott bedroht. Im ersten Weltkrieg versuchte sie wie ein Spieler mit einem Wurf, sich durch den Erwerb frischer Gebiete der Welt noch einmal lebensfähig zu machen. Nach 1918, als diese Hoffnung zerstört und sogar Deutschlands Vorkriegsgebiete sehr geschmälert waren, blieb der Zustrom fremder Unterstützung und fremder Investitionen auf breiter Grundlage die einzige Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft wiederherzustellen.

Die Weimarer Republik hatte solche Hoffnungen im Sinn, als sie Ende 1921 Wiedfeld, einen Direktor von Krupp, nach Wash-

ington als ihren ersten Botschafter schickte. Die Dawes-Anleihe und die auf sie folgenden Wellen amerikanischer Investitionen waren ein heroischer Versuch, diese Politik durchzuführen. Man erkannte aber nicht, dass keine kurzfristige Aushilfe genügen würde, das «normale» Arbeiten der zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft zu sichern. Die deutsche Wirtschaft konnte unter den Bedingungen der zwanziger Jahre auf ihrer alten Basis nur durch ständig wachsende ausländische Investitionen gehalten werden; da es aber keine ertragreichen überseeischen Märkte gab und die Wirtschaft nicht sozialisiert wurde, was den heimischen Konsum gesteigert hätte, flossen diese Investitionen in die unproduktiven Kanäle von weitgehend überflüssigen «öffentlichen Arbeiten». Kam dieser Strom einmal zum Stillstand – wie es 1929 geschah –, so musste das ganze Gebäude Zusammenstürzen. In den Jahren 1924 und 1925 wurden diese Zusammenhänge aber nicht gesehen. Es schien sich das Wunder einer Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft durch die Gnade Wall Streets ereignet zu haben. Stresemanns Politik einer Stabilisierung durch Auslandshilfe, die das Wesen des Dawes-Plans darstellte, war von allen deutschen Parteien ausser der äussersten Rechten und Linken eifrig gebilligt worden. Die politische Stabilisierung im Westen, die das Wesen von Locarno darstellte, war eine Ergänzung des Dawes-Plans.

Deutschlands Abhängigkeit vom Westen schloss jedoch nicht

Abhängigkeit vom Osten aus. Die deutsche Industrie, besonders die in ihrem Mittelpunkt stehende Schwerindustrie, fand ihr natürliches und einzig verfügbares Ventil im Osten – umso mehr als die ergänzenden überseeischen Märkte von den Alliierten beschlagnahmt worden waren. Auch der andere Hauptfaktor für die Gestaltung der deutschen Politik, die Armee, war nicht willens, sich auf dauernde Regelungen einzulassen, durch die Deutschland dem Osten seinen Rücken zuwandte, um ein zweitrangiger Partner in einem westlichen Bündnis zu werden. Die Armee hatte durch den Westen eine Niederlage erlitten, und ihre Ehre verlangte, dass diese Niederlage gerächt werde. In diesem Punkt dachten alle gleich. Selbst die wenigen deutschen Generale und Offiziere, die alliierte Hilfe für die Vernichtung des Bolschewismus begrüßt haben würden, dachten doch an die Zerstörung des bolschewistischen Regimes nur als Vorspiel einer Wiedererrichtung des deutsch-russischen Bündnisses, das eines Tages Deutschland instandsetzen würde, sich gegen den Westen zu wenden. Der vorsichtige Seeckt, der so streng jede Art militärischen Abenteuers ablehnte, bezeichnete 1919 «einen Krieg gegen den Westen im Bündnis mit dem Osten» als «eine zwingende Notwendigkeit». Die beiden stärksten Kräfte in Deutschland, die Schwerindustrie und die Armee, waren beide aus verschiedenen Gründen noch immer der russischen Allianz verpflichtet. Die deutsche Aussenpolitik konnte in ihrer damaligen Phase nur ein vorsichtiges Gleichgewicht zwischen Ost und West innehalten

und den grössten Vorteil aus beiden Orientierungen zu ziehen suchen. Es war Stresemanns staatsmännisches Verdienst, dass er diese schwierige Politik mit äusserstem Geschick sechs kritische Jahre lang durchhielt.

Die Lage Sowjetrusslands war viel einfacher. Der Alpdruck für die sowjetischen Politiker war die Vorstellung einer Verbindung aller kapitalistischen Länder zum Sturze der Sowjetmacht. Es erschien manchmal unglaublich, dass die Kapitalisten weiterhin zu kurzichtig sein würden, um eine solche Verbindung einzugehen. Die einzige Rettung für Sowjetrussland lag in den Spaltungen innerhalb der kapitalistischen Welt. Die aufkeimenden politischen Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, zwischen England und den Vereinigten Staaten, zwischen England und Frankreich wurden abwechselnd begierig auf ihre Möglichkeiten hin untersucht. Unglücklicherweise entwickelte sich keine dieser Streitigkeiten sehr weit. Mitte der zwanziger Jahre gab es nur eine wirkliche Spaltung in der kapitalistischen Welt, die zwischen den siegreichen Alliierten und dem besiegten Deutschland. Daher hatte Sowjetrussland keine eigentliche Handlungsfreiheit; da die Freundschaft mit den Alliierten um keinen Preis zu haben war, blieb nur die Freundschaft mit Deutschland, die Politik von Rapallo, als Alternative. Die kaum verhüllte Absicht des Dawes-Plans war es, Deutschland in den Bannkreis des Westens, und besonders des amerikanischen Kapitals, zu zie-

hen. Die amerikanische Diplomatie unterstützte unermüdlich die Anstrengungen der amerikanischen Finanz. Während der Plan im Juli und August 1924 erwogen wurde, bereiste der amerikanische Aussenminister Hughes die wichtigsten Hauptstädte Europas, um für ihn zu werben; einige Monate später schrieb Stresemann an den amerikanischen Botschafter, dass die deutsche Regierung den Dawes-Plan «weitgehend auf Grund Ihrer Anregung und Empfehlung» angenommen habe.

So wurde dieser Plan in Moskau als ein erster Schachzug betrachtet, um Deutschland für den Westen zu gewinnen. Die Annahme des Planes, sagte der kommunistische Sprecher im Reichstag, würde die grossen deutschen Kapitalisten an der Macht belassen, Seite an Seite mit den Kapitalisten der Entente; jeder andere, die Arbeiter, die Angestellten, der Mittelstand, würde geopfert werden. Nach einem späteren Bericht in einer französischen Zeitung hatte Tschitscherin bei einem Kuraufenthalt in Wiesbaden zur Zeit, als die Londoner Konferenz über den Dawes-Plan (August 1924) stattfand, ein Zusammentreffen mit Führern der Deutschnationalen Partei, unter ihnen Graf Westarp und Tirpitz. Hierbei sei eine Art von Neutralitätspakt zwischen Deutschland und Sowjetrussland entworfen worden. Ob dies nun zutrifft oder nicht, jedenfalls rief Deutschlands Hinwendung zum Westen in Moskau sofort eine Abkühlung hervor. Tschitscherin erklärte im Oktober 1924 vor dem Exekutivkomitee der Gewerkschaften, dass der Dawes-Plan Deutschland seiner Handlungsfreiheit be-

raubt habe. Stalin prangerte ihn in der «Prawda» als «die finanzielle Versklavung Deutschlands» durch den Westen an. Verhandlungen über einen Handelsvertrag, die seit mehr als einem Jahr zwischen Moskau und Berlin schwebten, verzögerten sich spürbar. Die KPD, die in den Reichstagswahlen vom Mai 1924 3,7 Millionen Stimmen errungen hatte, kam in der Wahl vom Dezember nur auf 2,7 Millionen. Nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch das deutsche Volk schien sich von Osten nach Westen zu wenden. Und die Sowjetführer wurden von der ständigen Furcht gejagt, dass Deutschland aus der Rapallo-Linie ausbrechen und Sowjetrussland hilflos und isoliert lassen könne. Man begriff nicht, dass die deutsch-sowjetische Freundschaft tatsächlich für Deutschland genau so unentbehrlich wie für Russland war und dass keiner der Partner mehr Handlungsfreiheit als der andere hatte. Die Lage war für die Sowjetregierung nicht so gefährlich, wie es ihr schien.

Der Kampf um Deutschland wurde im nächsten Jahr angesichts des Vertrags von Locarno und des deutschen Eintritts in den Völkerbund in schärferer Form ausgetragen. Bei der Londoner Konferenz um den Dawes-Plan hatten unoffizielle Gespräche über die Möglichkeit, dass Deutschland dem Völkerbund beitreten könne, stattgefunden. Im September 1924 ersuchte die Reichsregierung die wichtigsten alliierten Mächte um Mitteilung der Bedingungen. Dieser Schritt rief besorgte Anfragen durch

die Sowjetbotschaft in Berlin hervor. Zufällig oder absichtlich wurde ein Brief Tschitscherins an einen Freund in Berlin veröffentlicht, in dem Deutschlands Vorhaben, dem Völkerbund beizutreten, als möglicherweise mit der Rapallo-Politik in Widerspruch stehend bezeichnet wurde. Stresemann begann den Seiltanz, den er mit vollendeter Gewandtheit in den folgenden achtzehn Monaten fortsetzte. Er erklärte Tschitscherin, dass die deutschen Beratungen mit den Völkerbundsmächten sich ja gerade auf die Frage Russland bezogen. Als unbewaffnetes Land sei Deutschland nicht in der Lage, militärische Verpflichtungen unter dem Sanktionsartikel der Völkerbundssatzung auf sich zu nehmen, und es könne nicht deutsches Gebiet der Gefahr aussetzen, zum Schlachtfeld zu werden. Andererseits würde Deutschlands ständiger Sitz im Völkerbundsrat (der ihm versprochen worden war) ihm praktisch ein Veto hinsichtlich aller Massnahmen unter dem Sanktionsartikel verleihen. Damit war angedeutet, dass Deutschlands Eintritt in den Völkerbund in gewissem Sinn eine Sicherung sowjetischer Interessen darstellen könnte.

Diese Argumente überzeugten nicht. Als in einem deutschen Memorandum an die Westalliierten vom 9. Februar 1925 die Beitrittsfrage zu einem Vorschlag für einen Sicherheitspakt mit dem Westen erweitert wurde, verstärkten sich die sowjetischen Einwände. Sie wurden von Tschitscherin in einer Rede auf dem Allrussischen Sowjetkongress im Mai unmissverständlich formuliert:

«Wenn die Politik des Sicherheitspaktes mit den Westmächten, den die deutsche Regierung auf Anstiftung Englands vorgeschlagen hat, verwirklicht werden sollte, wenn Deutschland in den Völkerbund eintreten würde, dann wird sich die deutsche Regierung entgegen ihren Wünschen durch die Kraft der Umstände in einer Lage befinden, die es kaum mehr möglich macht, wenigstens nicht in dem bisherigen Ausmass, die zwischen uns bestehenden Beziehungen fortzusetzen.»

Die Sowjetregierung äusserte ihr Missfallen in einer Weise, die später zur Gewohnheit wurde. Sie verhaftete zwei reisende deutsche Studenten unter der Anklage der Spionage und beschuldigte ein Mitglied der deutschen Botschaft, sie zu ihrer Tätigkeit angestiftet zu haben. Brockdorff-Rantzau reichte aus Protest gegen das drohende Fallenlassen des russischen Verbündeten seinen Rücktritt ein und konnte nur mit Mühe von Hindenburg bewogen werden zu bleiben. Der Gedanke entsprechender Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland wurde durch Anhänger der Ostorientierung in Berlin befürwortet. Stresemann hielt sich aus einem einigermassen abwegigen Grund zurück. Er war nicht gegen Verhandlungen; aber, so berichtet er selbst, es läge ihm nichts daran, einen Vertrag mit den Russen abzuschliessen, solange die politische Lage Deutschlands in der anderen Richtung nicht geklärt sei. Er wolle in der Lage sein, die eventuelle Frage,

ob Deutschland einen Vertrag mit Russland habe, negativ zu beantworten.

Diese Haltung war kaum geeignet, die Sowjetregierung zu beruhigen. Litwinow, der stellvertretende Kommissar für Auswärtiges, war im Juni in Berlin und dann wieder im September, um gegen Deutschlands bevorstehende Wendung zum Westen zu protestieren. Tschitscherin ging subtiler vor. Im August schloss er mit Polen ein Abkommen über die Beilegung von Grenzzwischenfällen, in denen sich die eingeborene Spannung zwischen den beiden Ländern häufig entlud. Ende September, als das Treffen in Locarno bereits für den 5. Oktober angekündigt worden war, stattete er Warschau einen Freundschaftsbesuch ab, wo er beflissen empfangen wurde. Da alles, was Polen betraf, wie ein Barometer der deutschrussischen Beziehungen wirkte, war der Wink nicht umsonst. Von Warschau begab sich Tschitscherin nach Berlin. Am Abend des 30. September hatte er ein langes Gespräch mit Stresemann, in dem das ganze Gebiet der deutsch-sowjetischen Angelegenheiten behandelt wurde. Der Reichskanzler Luther lud ihn am 1. Oktober zu einem Frühstück ein, an dem auch General von Seeckt teilnahm.

Am 2. Oktober wurde bekanntgegeben, dass die deutsche Regierung endlich den Abschluss eines Handels- und Konsularvertrages mit Sowjetrußland gebilligt habe; und am selben Abend verließen Luther, Stresemann und die deutsche Delegation Berlin, nachdem sie auf diese Weise das heikle Gleichgewicht im

Voraus hergestellt hatten, um sich nach Locarno zu begeben. Es heisst, Stresemann habe sogar noch eine Stunde vor der Abreise mit Tschitscherin hinter verschlossenen Türen verhandelt. Der Handelsvertrag, begleitet von einem Eisenbahn- und Schifffahrtsabkommen und einer Steuervereinbarung, wurde in Moskau am 12. Oktober 1925 unterzeichnet, vier Tage vor der Paraphierung des Locarno-Vertrages und seiner zusätzlichen Abkommen. In den Locarno-Vertrag wurde ein Brief der Alliierten Regierungen an die Reichsregierung aufgenommen, der ausdrücklich bestätigte, dass jede sich für Deutschland aus dem Sanktionsartikel der Völkerbundssatzung ergebende Verpflichtung immer durch die geographischen und anderen Umstände seiner Lage bedingt sein würde. Die Ratifikation des Locarno-Vertrages traf im Reichstag auf den Widerstand derselben Gruppierung, die sich gegen den Dawes-Plan gebildet hatte. Die äusserste Rechte griff ihn als eine freiwillige Bekräftigung der Versailler Grenzziehungen an, und die Kommunisten behaupteten, es handele sich um einen Vorstoss des «englischen Imperialismus, Europa als eine englische Front gegen Sowjetrussland zu organisieren». Der Locarno-Vertrag wurde mit 292 Stimmen gegen 174 gebilligt.

Tschitscherin, der in Berlin geblieben war, solange Luther und Stresemann in Locarno weilten, ging anschliessend nach Paris, wo freundschaftliche Gespräche mit der französischen Regierung stattfanden, denen grosser Widerhall in der Öffentlichkeit verschafft wurde.



Woroschilow, Stalin, Molotow, Kalinin bei der Mai-Parade 1931 auf dem Roten Platz



Litwinow als Gast Brünings am 16. April 1932, dem 10. Jahrestag des Rapallo-Vertrages

Wieder einmal war der Wink nicht umsonst. Nachdem Stresemann durch die Reichstagsabstimmung und die formelle Unterzeichnung des Locarno-Vertrages in London Handlungsfreiheit gewonnen hatte, begannen deutsch-sowjetische Verhandlungen über einen politischen Vertrag im Dezember 1925 in Berlin. Tschitscherin erklärte mit einer leichten Andeutung versöhnlicherer Töne in einem von der deutschen Presse veröffentlichten Interview, dass sich die Befürchtungen Sowjetrusslands über die Folgen von Locarno nicht «auf die Absichten der deutschen Regierung, die nicht in Zweifel stehen» bezögen, sondern nur auf «die objektiven Zustände, die der Locarno-Vertrag für Deutschland schafft». Die Verhandlungen gingen jetzt leichter vonstatten. Ihnen kam vielleicht auch die Störung zugute, die in Genf im März 1926 eintrat, als Deutschlands Einzug in den Völkerbund und seine Wahl zu einem ständigen Ratssitz durch brasilianische und polnische Einsprüche blockiert wurden. Am 24. April 1926 wurde schliesslich ein deutsch-sowjetischer Vertrag in Berlin unterzeichnet. Der Vertrag sah vor, dass wenn eine der beiden Parteien «von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen» würde, die andere «während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität bewahren» wird; und dass, wenn eine der beiden Parteien «einem wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott» durch eine Koalition von Mächten unterworfen würde, die andere einer solchen Koalition nicht beiträte. Litwinow feierte ihn sofort als «eine Erweiterung des Vertrages von Rapallo». Und der

deutsche Reichskanzler Marx stellte, als er den Vertrag einige Wochen später dem Reichstag vorlegte, unmissverständlich fest, dass er die in Rapallo festgelegten deutsch-sowjetischen Beziehungen «der neuen politischen Situation, die durch die Verträge von Locarno geschaffen wurde», anpassen sollte. Mit Befriedigung wurde der Vertrag mit Bismarcks berühmtem Rückversicherungsvertrag von 1887 verglichen, den Wilhelm II. drei Jahre später versäumt hatte zu erneuern – sein erster Schritt auf dem Weg zum Ruin. D'Abernon bemerkte in seinem Tagebuch, dass zum erstenmal in der Geschichte der Weimarer Republik der Auswärtige Ausschuss des Reichstages einen Vertrag einstimmig bekräftigt habe. Die einzigen Neinstimmen im Reichstag selbst wurden von drei abtrünnigen Kommunisten abgegeben, die der KPD einigermaßen verspätet vorwarfen, «eine Aktionsgemeinschaft zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie auf der internationalen Ebene zu schaffen».

Der Berliner Vertrag vom 24. April 1926 war Stresemanns Antwort auf seine eigene Frage, «ob und wie weit eine loyale deutsche Völkerbundspolitik mit einer freundschaftlichen Regelung der deutsch-russischen Beziehungen vereinbar» sei. Nach seinen eigenen Worten stellte er «die Idee dar, diese Locarno-Politik mit einer Konsolidierung unserer Beziehungen zu Russland zu vereinbaren». Indem Stresemann Bismarcks Politik nach vierzig Jahren wiederbelebte, hatte er gezeigt, dass es für Deutschland sowohl möglich wie notwendig ist, sein Gesicht dem Osten

und dem Westen zuzukehren. Die Wirklichkeit hinter Locarno war Deutschlands finanzielle Abhängigkeit vom Westen, besonders von den Vereinigten Staaten; die Wirklichkeit hinter dem Berliner Vertrag war Deutschlands militärische Abhängigkeit von Sowjetrußland, wie sie sich in den Geheimabkommen über die Munitionsherstellung für Deutschland und die Ausbildung deutscher Offiziere in verbotenen Waffen auf russischem Boden ausgedrückt hatte. Es kam Stresemann gelegen, während seiner Amtszeit hauptsächlich als Verkörperung des westlichen Gesichts der deutschen Aussenpolitik zu erscheinen. Die dreibändige Auswahl seiner Reden und Schriften, die nach seinem Tode erschien, stellt vor allem diese Seite seines Wirkens heraus. Aber es wäre eine Täuschung, zu glauben, dass Stresemann, dessen Partei in erster Linie die deutschen Grossindustriellen und Geschäftskreise vertrat, an den geheimen Abmachungen, unter denen die deutsche Industrie in Sowjetrußland arbeitete, nicht interessiert gewesen war oder gar in Unkenntnis über sie blieb. Wenn der gesamte Nachlass Stresemanns, aus dem jene Auswahl getroffen wurde, einmal veröffentlicht werden wird (die Papiere befinden sich jetzt in englischen und amerikanischen Händen), so werden zweifellos die russischen Aspekte seiner Politik deutlicher hervortreten.

Die Legende von Stresemann als dem Mann von Locarno, dem Mann, der die deutsche Politik auf den Weg der Erfüllung des Versailler Vertrages und einer westlichen Orientierung führte,

war ursprünglich im Westen aufgebaut worden. Sie war ein notwendiger Teil der Propaganda zugunsten der deutschen Anleihen amerikanischer und englischer Kapitalgeber. Die Legende wurde von den Nationalsozialisten und anderen Feinden der Locarno-Politik in Deutschland übernommen, obwohl nach 1933 Stresemanns Gedächtnis Schmähungen und Beleidigungen aller Art ausgesetzt war. Während des zweiten Weltkrieges drehte sich der Wind, und Stresemann wurde sowohl von den Sowjets wie auf westlicher Seite von Schriftstellern heftig angegriffen, die ihn als ein Ungeheuer der Doppelzüngigkeit, einen wilden deutschen Nationalisten und Vorläufer der Nazis schilderten. Beide Darstellungen sind völlig abwegig. Stresemann war ein deutscher Patriot, der die Verbindung mit dem Westen, dem Völkerbund und Locarno, nicht aus gefühlsmässigen oder ideologischen Gründen schätzte, sondern wegen der Vorteile, die sie seinem Lande brachte. Aus dem gleichen Motiv schätzte er die Verbindung nach Osten, so wenig er auch, wie die meisten deutschen Industriellen, Theorie und Praxis der Bolschewiken mochte. Er war sehr sparsam mit der Wahrheit, als er den Alliierten wiederholt versicherte, dass Deutschland seine Verpflichtungen unter den Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages gewissenhaft nachkomme. Aber es ist bei Aussenministern üblich, jede Kenntnis geheimer Operationen anderer Ministerien oder sogar ihres eigenen zu leugnen. Es würde unfair sein, diese amtlichen Täu-

schungsversuche persönlichen Charakterzügen Stresemanns zuzuschreiben. Es gibt kaum Staatsmänner, die nicht im Notfall die Pflicht, für ihr Land zu lügen, anerkennen. Die Politik Stresemanns war in jener Zeit wie die aller andern deutschen Politiker, Zivilisten oder Militärs, durch die «Verschlagenheit» eines schwachen und unbewaffneten Landes gekennzeichnet, das sich zwischen zwei sehr viel mächtigeren Nachbarn befand, beide brauchte und daher gezwungen war, zwischen ihnen zu manövrieren. Wie Stresemann damals schrieb, gab es keine Wahl zwischen Osten und Westen; eine solche Wahl könne nur getroffen werden, wenn man durch militärische Stärke gedeckt sei. Das Drama der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Periode von Locarno war es, dass, während Deutschland Sowjetrußland und die Westalliierten gegeneinander ausspielte, Rußland seinerseits versuchte, wenn auch mit sehr viel geringerem Erfolg, die Westalliierten gegen Deutschland auszuspielen. Die Zeit sollte in den dreissiger Jahren kommen, als Deutschland es sich leisten konnte, die Politik des Gleichgewichts zu verlassen und sich zwischen Ost und West zu entscheiden; in jenem Zeitpunkt war auch Sowjetrußland stark genug geworden, um zwischen Deutschland und den westlichen Alliierten zu wählen. Aber in den zwanziger Jahren waren diese Umstände noch nicht eingetreten. Sowjetrußland war an Deutschland gebunden, weil es mit dem Westen nicht zu einer Verständigung gelangen konnte. Deutschland konnte auf keinen der Vorteile verzichten, die es sowohl vom Westen wie

vom Osten hatte. Es ist wahr, dass es den Erfolgen Stresemanns an Dauer fehlte. Gemeinsam mit den Industriellen und Bankiers aller Länder einschliesslich seines eigenen verstand er nicht, dass die Grundlagen der deutschen Vorkriegswirtschaft unwiderruflich zerstört waren. Und gegen jede Hoffnung hoffte er, dass das Gebäude auf dem Treibsand westlicher Anleihen und Kredite wiedererrichtet werden könnte. Die Dienste, die er seinem Lande erwies, waren trotzdem real. Mit überlegener Meisterschaft trieb er die Politik, die nach zwei Richtungen blickte, die Politik, die für das Deutschland seiner Tage lebensnotwendig war.

Fünftes Kapitel

DAS ENDE DER WEIMARER REPUBLIK

Das Jahr 1926 zeigt die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf ihrem Höhepunkt. Dem Abschluss des Vertrages im April folgte die Gewährung deutscher Bankkredite an Sowjetrußland im Gesamtbetrag von 300 Millionen Mark. Im Juni wurde der Zinssatz für diese Kredite «dank der Mitarbeit der deutschen Regierung» auf 9,4 Prozent per annum festgesetzt. Im Oktober 1926 besuchte eine Gruppe prominenter Reichstagsabgeordneter Moskau. Anfang Dezember, als Tschitscherin aufs Neue Berlin besuchte, äußerte er sich vor der Presse über die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit seinem letzten Besuch, ein Jahr zuvor. Dann aber setzte ein langsamer Abstieg ein, dessen gleichmäßiger Verlauf zwar häufig unterbrochen wurde, sich jedoch mehr oder weniger zielstrebig fortsetzte, bis Hitler die freundlichen Beziehungen einige Monate nach seiner Machtergreifung völlig aufhob. Der Verfall der deutsch-sowjetischen Freundschaft hatte verschiedene Ursachen, sowohl allgemeine wie besondere.

Beide Seiten begannen nach 1926, sich ihrer Stärke und Rolle in der Welt bewusst zu werden. Sie waren nicht mehr die beschimpften und bestürzten Ausgestossenen, die zitternd in Rapallo zusammenkamen. Beide hatten jetzt das Gefühl, dass ihnen andere Verbindungen und Freundschaften offenstanden. Auf sowjetischer Seite war der durch die Dawes- und Locarno-Politik erregte Verdacht niemals völlig erloschen. Man empfand ein gewisses Bedürfnis zu beweisen, dass wenn Deutschland den Westen gegen den Osten ausspielen konnte, Sowjetrußland auch den Westen gegen Deutschland ausspielen konnte. Auf deutscher Seite wurde die Abkühlung durch eine Anzahl kleinerer Episoden beschleunigt, die es Stresemann in wachsendem Masse erschwerten, das Gleichgewicht zwischen Ost und West zu wahren.

Der erste dieser Zwischenfälle war die Entlassung Seeckts. Die Vorwände dafür waren oberflächlich; offensichtlich war der wirkliche Grund persönlicher und nicht politischer Natur. Niemals hatte man Seeckt seine Feindseligkeit gegen die alten Generale verziehen, gegen Ludendorff, von der Goltz, Lüttwitz. In Junkerkreisen war er immer noch «Seeckt der Verräter» und »der rote Seeckt». Hindenburg, der 1925 zum Reichspräsidenten gewählt worden war, unterlag leicht dem Einfluss dieser Kreise und hatte auch seine eigenen Eitelkeiten. Er neigte noch immer dazu, sich als den ersten Soldaten Deutschlands zu betrachten, und nahm das militärische Ansehen, das Seeckt genoss, übel. Seeckt

war auch nicht populär in seinem eigenen Generalstab. Von Schleicher wird gesagt, dass er zu jenen gehörte, die gegen ihn intrigierten. Es ist kennzeichnend für die Macht und Unabhängigkeit der Reichswehr als eines Staates im Staat, dass die Regierung offenbar bei einer so wichtigen Entscheidung gar nicht gefragt worden war. Nach einer von Stresemann herausgegebenen Mitteilung war der Abgang General von Seeckts «lediglich eine Angelegenheit der militärischen Disziplin und wurde ausschliesslich vom Reichswehrminister und dem Reichspräsidenten von Hindenburg ohne Beteiligung des Kabinetts entschieden». Der Vorfall hatte keinen direkten Bezug auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen und bedeutete keinen Wechsel der Politik. Jedoch hatte Seeckt alle Fäden der geheimen deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit in seinen Händen gehalten. Sein Biograph berichtet, dass, als der deutsche Botschafter in Moskau, Brockdorff-Rantzau, 1928 starb, die Russen Seeckt als seinen Nachfolger gewünscht hätten. Wenn dies so war, so wurde die Forderung jedenfalls nicht erfüllt.

Ein sehr viel bedeutenderer Zwischenfall ereignete sich im Dezember 1926. Im Herbst landeten in Stettin drei Schiffe, die Munition für die Reichswehr geladen hatten, aus Leningrad kommend. Es war gewiss nicht die erste solcher Verschiffungen und kann kaum die erste gewesen sein, die der Deutschen Sozialdemokratischen Partei zur Kenntnis kam. Dieses Mal beschloss die Partei, die Information als eine Karte im politischen Spiel zu be-

nutzen, um die Reichswehr zu diskreditieren. Dass hierbei einige Gewissensbisse empfunden wurden, wird durch die Tatsache angedeutet, dass die Enthüllung nicht zuerst einer deutschen Zeitung gemacht wurde, sondern dem Berliner Korrespondenten eines englischen liberalen Blattes. Der «Manchester Guardian» veröffentlichte am 2. Dezember 1926 einen Bericht, in dem aufgedeckt wurde, dass Flugzeuge, Gas und Bomben in Sowjetrussland für die Reichswehr hergestellt würden. Am nächsten Tag wurde diese Information aus der englischen Quelle vom «Vorwärts», dem Blatt der SPD, übernommen. Scheidemann, der frühere sozialdemokratische Kanzler, richtete im Reichstag am 16. Dezember 1926 einen heftigen Angriff gegen die Reichswehr, über die er sagte, sie sei «eine bewaffnete Macht, die ihre eigene Politik in direktem Gegensatz zu der Politik von Demokratie und Frieden durchführt». In einer von lauten Protesten häufig unterbrochenen Rede erklärte er die Funktionen der Sondergruppe R im Reichswehrministerium, die seit 1923 ständig siebenzig Millionen Mark im Jahr zu ihrer Verfügung hatte, und der GEFU, die kürzlich aus Gründen besserer Tarnung durch eine ähnliche Organisation mit dem Namen WIKO (Wirtschaftskontor) ersetzt worden war. Mit einer gewissen Unbestimmtheit im Einzelnen, aber im Wesentlichen zutreffend beschrieb er, wie Reichswehroffiziere zur Ausbildung nach Russland mit falschen Pässen entsandt worden waren und wie aus Russland Kriegsmaterial eingeführt wurde, das dort deutsche Firmen hergestellt hatten. Das Er-

staunlichste an diesen Enthüllungen war ihre geringfügige Wirkung. Tschitscherin bemerkte zu ihnen in einem Interview im «Berliner Tageblatt» lediglich: «Made in England». Die «Prawda» erklärte milde, dass «gewisse deutsche Firmen vor einigen Jahren drei Fabriken für die Herstellung von notwendigem Verteidigungsmaterial einschliesslich Flugzeugen, Gas, Granaten usw. aufgebaut haben». Radek stellte in einem Artikel in der «Iswestija» fest, dass «die UdSSR die Dienste ausländischer Techniker nicht ablehnt, wenn es sich darum handelt, ihre Verteidigung gegen die ausländischen Imperialisten zu stärken». Damit war der Aufbau einer Kriegsindustrie durch deutsche Firmen in Russland zugegeben worden, aber nicht die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Deutschland oder die Ausbildung deutschen Personals. Die Sowjetpresse fiel wieder in das völlige Stillschweigen zurück, das sie vorher immer bewahrt hatte. In Deutschland verbanden sich die Kommunisten und die Rechtsparteien, um den Verrat anzuprangern, den die Sozialdemokraten mit diesen Behauptungen begangen hätten, wobei sie die Frage diskret im Dunkeln liessen, wie weit die Behauptungen wahr seien. Die altbekannte Bitterkeit und Hemmungslosigkeit der parteipolitischen Auseinandersetzung in Deutschland erschwerte die Glaubwürdigkeit eines Angriffs, der dieses eine Mal eher eine zu massvolle als übertriebene Darstellung der Tatsachen war.

Aber die wichtigste Bedeutung der deutschen Passivität gegenüber Scheidemanns Enthüllungen lag darin, dass sie die Wir-

kungslosigkeit parlamentarischer Demokratie unter der Weimarer Republik bewies. Die wirklichen Herrscher Deutschlands waren immer noch die Reichswehr und die Industriellen. Der Reichstag übte seine Funktionen innerhalb der politischen Linie aus, die von ihnen festgelegt wurde. Jeder Versuch der politischen Parteien, die Grenzziehung zu durchbrechen und in lebenswichtigen Fragen wie der sowjetisch-deutschen militärischen Zusammenarbeit mitzusprechen, wurde nicht so sehr zurückgewiesen als ignoriert. Scheidemann hatte seinen Bannfluch gegen die Politik der Reichswehr geschleudert. Das Echo verhallte. Nichts geschah. Die Beschuldigungen wurden nicht untersucht, es erfolgte keine amtliche Antwort. Seeckts Biograph bemerkt, dass der Zwischenfall zu einer Dämpfung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit führte. Aber dies scheint nur Seeckts eigene Verbitterung über seine Entlassung widerzuspiegeln und wird durch andere Quellen kaum bestätigt.

Noch überraschender ist es auf den ersten Blick, dass die Enthüllungen zunächst keine ernstliche Reaktion in alliierten Ländern auslösten. Sie stellte sich in dem Augenblick ein, in dem gerade als eine der erfrischenden Früchte von Locarno der Beschluss gefasst worden war, die alliierte militärische Kontrolle zurückzuziehen, die auf Grund des Versailler Vertrages in Deutschland errichtet worden war. Die Weisheit dieses Beschlusses konnte im Lichte der Enthüllungen Scheidemanns angezwei-

felt werden. Aber inzwischen war die Politik von Locarno, die Entschlossenheit, Deutschlands Unabhängigkeit wiederherzustellen und die deutsche Wirtschaft mit der Finanzhilfe des Westens wieder aufzubauen, so fest verwurzelt und widerspruchlos angenommen, dass keine Gegenargumente sie erschüttern konnten. Scheidemanns Enthüllungen wurden beiseitegeschoben als entweder zu unerheblich oder als etwas, was ausschliesslich der vergessenen Vergangenheit angehört. Am 31. Januar 1927 wurde die Alliierte Militärkontrolle in Deutschland aufgehoben. Die formellen Beschränkungen des Versailler Vertrages blieben bestehen, aber die Zwangsmittel, sie durchzusetzen, wurden aufgegeben. Tatsächlich war Deutschlands militärische Unabhängigkeit wiederhergestellt. Nicht so sehr die Rede Scheidemanns, sondern diese Tatsache mag es gewesen sein, die zu der gewissen Dämpfung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen geführt hatte. Obwohl im englischen Unterhaus im Juni 1927 mitgeteilt worden war, dass der Waffenimport aus Russland nach Deutschland aufgehört habe, so gibt es doch Beweise dafür, dass die Waffenherstellung in Russland für Deutschland und die Entsendung deutschen Personals zur Ausbildung nach Russland bis zum Ende der Weimarer Republik und sogar später noch fortgesetzt wurde. Aber es ist jedenfalls wahrscheinlich, dass seit Anfang 1927 diese Aktivität nicht weiter ausgedehnt wurde. Deutschland war jetzt in der Lage, zu Hause eine geheime Wiederaufrüstung zu betreiben. Und nur wo es um auffallende, weit ausgreifende Operationen

ging, so vielleicht in der Ausbildung für die Flug- und Panzerwaffe, boten die grossen offenen Räume Russlands ernsthaft einen Vorteil. Ein unvorhergesehenes Ergebnis der alliierten Entscheidung, die militärische Kontrolle einzustellen, war die grössere Unabhängigkeit Deutschlands gegenüber Russland. Auf diese Weise stärkte sie der deutschen Aussenpolitik den Rücken.

Für die Sowjets war 1927 ein Jahr zwiespältiger Erfahrungen. Es war das Jahr, in dem die britische Regierung eine Hausdurchsuchung in den Gebäuden der Arcos, der sowjetischen Handelsgesellschaft in London, durchführen liess und die Beziehungen mit der Sowjetregierung abbrach. Aber dieser britische Schritt fand keine Nachahmung und wenig Beifall. Eine merkwürdige Unterhaltung in Genf wird von Stresemann verzeichnet. Sir Austen Chamberlain wurde in ihr durch Stresemann und Briand in die Verteidigung gedrängt, und er bestritt jede Absicht, «irgendein anderes Land in diese Angelegenheit hineinzuziehen» oder «einen Kreuzzug gegen Russland» zu unternehmen. Für die Sowjetpolitik in China war es ein Katastrophenjahr. Dies hatte zwar seine Bedeutung für den inneren Kampf in der Russischen Kommunistischen Partei, der sich einer Entscheidung näherte, aber keinen Einfluss auf den Gang der Dinge in Europa. Vor allem aber war 1927 das Jahr des erstmaligen Auftretens auf der Genfer Bühne. Nachdem nun auch Deutschland im Völkerbund war, konnte es sich die Sowjetregierung kaum mehr erlauben, die einzige von Genf abwesende europäische Macht zu bleiben. Als Si-

nowjew besiegt und die Komintern keinen stärkeren Vorkämpfer in den Organen der Partei hatte als den sanften und gebildeten Bucharin, traf die Politik des Kompromisses und des friedlichen Zusammenlebens mit der kapitalistischen Welt auf keinen Widerstand mehr. Ein weiteres persönliches Element in dem Frontwechsel war die schrittweise Verdrängung Tschitscherins aus der führenden Rolle im Narkomindel durch den ehrgeizigen stellvertretenden Volkskommissar Maxim Litwinow. Tschitscherin war ein kranker Mann und ein persönlicher Feind Stalins. Er trat nach 1927 in der Öffentlichkeit nur noch selten auf, obwohl er den Posten formell bis 1930 bekleidete. 1927 nahm die Sowjetregierung Einladungen zur Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz und der Vorbereitenden Abrüstungskommission an, die beide in Genf im Rahmen des Völkerbundes zusammentraten. Dies war an sich kein antideutscher Schritt. Aber er trug dazu bei, die Isolierung zu beenden, die ein wichtiger Faktor gewesen war, um die Sowjetregierung in die Arme Deutschlands zu treiben und sie dort verharren zu lassen. Jetzt traten die Sowjetvertreter in mehr oder weniger dauernde Berührung mit den Westmächten. Tschitscherin, ein überzeugter Exponent der deutschen Richtung in der Sowjetpolitik, war gegen die Annäherung an Genf. Unter Litwinow gewann die Sowjetdiplomatie neue Verbindungen und eine neue Manöverfreiheit. Zwischen 1927 und 1934, als Sowjetrussland endlich nach Hitlers Machtübernahme dem Völkerbund beitrug,

wurde die Sowjetregierung langsam und oft gegen ihren Willen, aber doch nicht weniger sicher, in engere Bindungen mit den Westmächten hineingezogen.

Die Komintern schien unter der stalinistischen Beurlaubung zu einer zweitrangigen Rolle verurteilt, aber ein von ihr zu diesem Zeitpunkt unternommener Schritt hatte ernste und unvorhergesehene Folgen. Seit 1921 hatten die kommunistischen Parteien im Ausland unter dem Schlagwort «Einheitsfront» gearbeitet, das, obwohl verschieden gedeutet, jedenfalls in der Theorie die Bereitschaft zu einer Art von Zusammenarbeit mit anderen Linksparteien anzeigte. In diesem Sinn hatten die chinesischen Kommunisten mit der Kuomintang zusammengearbeitet; diese Politik, die Stalins Segen hatte, endete in einer Katastrophe, als Tschiang kai-schek seine Partner heraussetzte. Die Britische Kommunistische Partei hatte der Labourpartei ständige Overtüren gemacht, die aber immer schlecht aufgenommen wurden. Ihre Annäherungen an die Gewerkschaften, in denen der kommunistische Einfluss, wenn auch nicht vorherrschend, so doch wesentlich war, blieben weniger erfolglos. Aber der Generalstreik von 1926 und die auf ihn folgende wachsende Feindseligkeit der Gewerkschaften gegenüber Sowjetrußland beendeten alle Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen. So kam es zu gleichzeitigen Vorschlägen, die Politik der Einheitsfront sowohl in China wie in Grossbritannien zu ändern. Und da man immer noch von der Voraussetzung ausging, dass die Taktik der Komintern allgemein

Geltung haben musste, so dass etwas, was für eine Partei richtig war, es automatisch für alle anderen war, bedeutete dies einen durchgreifenden Linienwechsel der Komintern. Stalin kündigte in einer Rede auf dem 15. Kongress der Russischen Kommunistischen Partei im Dezember 1927 das herannahende Ende der «zeitweiligen Stabilisierung» an, die die kapitalistische Welt in den letzten vier oder fünf Jahren zu erzielen vermocht hatte. Dies war, einmal wenigstens, nicht schlecht geraten. Die Moral, die er dieser Voraussage entnahm, war die Notwendigkeit, «den internationalen Kampf gegen den Reformismus zu verstärken». Entsprechende Anweisungen wurden durch das Exekutivkomitee der Komintern nach China und Grossbritannien gegeben. Der 6. Weltkongress der Komintern im Sommer 1928 formulierte die neue Politik. Das von dem Kongress ausgegebene Manifest stellte die Sozialdemokraten mit den Faschisten auf eine Stufe und beschuldigte sie, «auf der Seite der Ausbeuter, der Imperialisten, der imperialistischen Raubstaaten und ihrer Agenten» zu stehen. Die Arbeiter wurden in der ganzen Welt aufgerufen, «gegen Reformismus und Faschismus für die proletarische Revolution» zu kämpfen.

Diese Vorgänge hatten keine besondere Beziehung zu den deutschen Fragen. Es war wahrscheinlich ein zufälliges Zusammentreffen, dass im Mai 1928, drei Monate vor der Entschliessung der Komintern, die Deutsche Sozialdemokratische Partei zum erstenmal für die Dauer von viereinhalb Jahren an der Bildung einer deutschen Regierung mit einem Sozialdemokraten als

Kanzler teilnahm. Die Beziehungen zwischen den deutschen Kommunisten und den deutschen Sozialdemokraten waren niemals anders als bitter gewesen, selbst in jenen Tagen, in denen die Kommunisten theoretisch für eine Einheitsfront eintraten. Aber nach 1928 wurde von kommunistischer Seite eine neue gereizte Note in den Streit getragen. Keine Gelegenheit wurde vorübergelassen, ohne die Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten» und schlimmste Feinde der Arbeiterklasse anzuprangern. In dieser vergifteten Atmosphäre, die durch das Kominternmanifest von 1928 aufgepeitscht, wenn auch nicht erzeugt war, gelang Hitler der Aufstieg zur Macht, ohne dass sich jemals die beiden grössten Parteien der deutschen Linken gegen ihn zusammenschlossen.

Die zwei oder drei nächsten Jahre fügten der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen kaum Bemerkenswertes hinzu. Es gab wenig Signale, und nicht alle von ihnen zeigten in die gleiche Richtung. Im Oktober 1928 wurde der erste sowjetische Fünfjahresplan eingeleitet. Er war eine logische Schlussfolgerung aus der Lehre des «Sozialismus in einem Land» und brachte eine stärkere Konzentration der Sowjetpolitik auf die inneren Angelegenheiten mit sich. Die Beziehungen zu ausländischen Mächten richteten sich nach den Bedürfnissen des Planes. Einige Monate, bevor der Plan eingeführt wurde, fand der erste von mehreren Massenprozessen unter der Anklage der Industriesabotage statt. Angeklagt waren Ingenieure aus den Kohlengru-

ben des Donezbeckens, und unter ihnen befanden sich fünf Deutsche. Es war das erste Mal, dass Ausländer in einen wichtigen Staatsprozess der Sowjetunion verwickelt wurden, und ein grosser Aufschrei ging durch Deutschland. Schliesslich wurden zwei von den fünf Angeklagten vor dem Prozess entlassen, zwei wurden freigesprochen und einer, der geständig war, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, jedoch sofort gegen einen in Deutschland festgesetzten russischen Kommunisten ausgetauscht. Im Dezember 1928 beschuldigte Litwinow ärgerlich die deutsche Regierung, den Rapallo-Vertrag verletzt zu haben, indem sie deutschen Banken gestattete, sich in einem Komitee von Gläubigern Russlands vertreten zu lassen. Auf der anderen Seite wurde aber Ende 1928 ein neues Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, und im Januar 1929 ein Vertrag, der Vorkehrungen für die versöhnliche Schlichtung von Streitigkeiten traf. In der vorbereiteten Kommission in Genf unterstützte die Sowjetdelegation nicht nur alle deutschen Abrüstungsvorschläge, sondern übertraf sie noch mit eigenen Anträgen, zur grossen Genugtuung der sonst isolierten deutschen Abordnung. Hier fühlten sich beide noch als die Ausgestossenen, und der Geist von Rapallo war noch lebendig. Aber im Allgemeinen waren doch der anfängliche Enthusiasmus und die ständige Bemühung um die Pflege der gegenseitigen Beziehungen, die Mitte der zwanziger Jahre geherrscht hatten, vorbei. Übrig blieb eine Vernunftthe, die zum Teil aus Gewohnheit aufrechterhalten wurde, zum Teil, weil ihre Vorteile für beide Seiten

noch immer gross genug waren, um die Anstrengung ihrer Aufrechterhaltung auszugleichen. Dirksen, der korrekte und ziemlich farblose Diplomat, der auf den starken Charakter Brockdorff-Rantzau als Botschafter in Moskau folgte, verkörperte den neuen Geist der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die grosse Wirtschaftskrise, die sich 1930 bemerkbar zu machen begann, hatte eine Stärkung der wirtschaftlichen Bindungen zwischen den beiden Ländern zur Folge. Deutschland brauchte die Sowjetunion mehr denn je als Markt für seine schrumpfende Ausfuhr, und die Sowjetunion hing aufs Stärkste von den Erzeugnissen der deutschen Schwerindustrie ab, um die Politik der Industrialisierung durchzuführen. Der deutsch-sowjetische Handel sank bedeutend weniger scharf während der Depression ab als der Welthandel im Allgemeinen. Trotzdem bleibt der Eindruck einer langsamen Verschlechterung der Beziehungen, die nur durch ziemlich krampfhaftige Versuche unterbrochen wurde, so zu tun, als ob alles in Ordnung sei. Im Sommer 1930 wurde in Moskau eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, die den Wunsch beider Regierungen unterstrich, «die Schwierigkeiten zu überwinden, die dem Geiste des Vertrages von Rapallo und anderer zwischen ihnen in Kraft befindlichen Verträge begegnet sind». Ungefähr zur gleichen Zeit telegraphierte Litwinow dem deutschen Aussenminister Curtius (Stresemann war im vorangegangenen Herbst gestorben) seine Glückwünsche zur alliierten Räumung

des Rheinlandes; und dies war vielleicht die letzte Gelegenheit für eine amtliche sowjetische Verlautbarung über das einst so populäre Thema der Befreiung Deutschlands aus den Fesseln von Versailles.

Wie es auch immer um die deutsch-sowjetischen Beziehungen bestellt sein mochte, im Jahre 1931 wurde es klar, dass sich die Sowjetregierung nach anderen Freunden umsah. 1926 war ein sowjetischer Versuch, mit Frankreich zu einer Schuldenregelung – immer noch die brennende Frage in diesen Beziehungen – zu gelangen, durch das Eingreifen von Poincaré zunichte gemacht worden, und seitdem waren die Beziehungen schlecht. Noch 1930 konnte Stalin von Frankreich als «dem aggressivsten und militaristischsten aller aggressiven und militaristischen Länder» sprechen. Im März 1931 bekehrte sich Molotow aber dazu, in einer Rede vor dem Allrussischen Sowjetkongress die Bereitwilligkeit auszudrücken, die Beziehungen mit Frankreich zu verbessern. Im Mai begannen Besprechungen in Paris, und eine Art von unoffiziellem Einverständnis war offensichtlich Ende des Jahres erreicht worden. Gleichzeitig wurde bekannt, dass nach einer Unterbrechung von mehreren Jahren zwischen der sowjetischen und polnischen Regierung freundschaftliche Gespräche über den Abschluss eines Nichtangriffspaktes aufgenommen worden waren. Für die deutsch-sowjetischen Beziehungen war Polen ein noch empfindlicherer Punkt als Frankreich; und Moskau wollte nicht

das Risiko laufen, mit der alten Liebe Schluss zu machen, bevor es mit der neuen weitergekommen war. Im Dezember 1931 entschloss Stalin sich zu dem damals ungewöhnlichen Schritt, einem bekannten deutschen Schriftsteller, Emil Ludwig, ein Interview zu geben, als dieser sich in Moskau aufhielt und «ernsthafte Befürchtungen» ausdrückte, dass «die traditionelle Freundschaftspolitik zwischen der Sowjetunion und Deutschland durch die Verhandlungen mit Polen in den Hintergrund gedrängt werden könnte». Aber Stalins mündliche Versicherungen waren vielleicht nicht sehr zufriedenstellend. Er verteidigte den vorgeschlagenen Pakt mit Polen, indem er ihn mit dem Vertrag von Rapallo verglich. So drückte er offensichtlich aus, dass nach seinem Abschluss die Beziehungen mit Deutschland auf keiner andern Grundlage stehen würden als die sowjetischen Beziehungen mit Polen. Immerhin gedieh die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter; im Juni 1932 wurde in Moskau über ein neues Kreditabkommen verhandelt. Das gegenseitige Interesse war noch stark genug, die Ehe trotz Streitigkeiten und Untreue aufrechtzuerhalten. Es nähert sich jetzt der Augenblick der Machtergreifung Hitlers. Für die Nachwelt ist es schwierig, in den Ereignissen des Jahres 1932 etwas anderes als ein Vorspiel zu jener Katastrophe zu sehen. Solche Rückblicke waren den Politikern, die die Ereignisse jenes Jahres gestalteten, natürlicherweise verwehrt. In Genf fanden sich die sowjetischen und die deutschen Delegierten bei den langen

und fruchtlosen Debatten der Abrüstungskonferenz meistens auf der gleichen Seite, wenn auch nicht aus den gleichen Motiven. Aber als Brüning, der neue Reichskanzler, der als erster auf Grund der Vollmachten des Reichspräsidenten regierte, im April 1932 Genf besuchte, zeigte wieder ein Sturm im Wasserglas den nervösen und heiklen Zustand der deutsch-russischen Freundschaft an. Litwinow hatte ein gemeinsames Bankett vorgeschlagen, um den zehnten Jahrestag des Vertrages von Rapallo zu feiern, wobei gegenseitige Glückwunschsprachen ausgetauscht werden sollten. Nach einigem Nachdenken stimmte Brüning dem Bankett zu, lehnte aber die Reden ab; Litwinow schlug zurück, indem er der deutschen Presse ein Interview voll stachlicher Kommentare gab.

Im Juli erzielte die Regierung Papens, der auf Brüning gefolgt war, in Lausanne ein Abkommen mit den westlichen Alliierten, das praktisch die Reparationsschuld löschte. Dies wurde als Anzeichen einer weiteren Annäherung zwischen Deutschland und dem Westen gedeutet. Als im Verlauf des gleichen Monats die deutsche Delegation zum erstenmal zum Protest gegen die Verzögerung der Abrüstungsverhandlungen die Konferenz verliess, die Deutschlands Gleichberechtigung noch immer nicht anerkannte, blieb die Sowjetdelegation am Verhandlungstisch sitzen. Gleichzeitig wurde in Warschau der sowjetisch-polnische Nichtangriffspakt unterzeichnet. Im November kam es zu dem langerwarteten französisch-sowjetischen Nichtangriffspakt, und es hiess, Litwinow verhandele mit dem rumänischen Delegierten in Genf. Über-

all wurden Kriegsbeile begraben und neue Garantien für die sowjetische Sicherheit gesucht, schon einige Zeit, bevor Hitler das Steuer der deutschen Aussenpolitik herumwarf. In den letzten Tagen des Jahres 1932 schrieb der im Ruhestand verbitterte Seeckt eine Broschüre «Deutschland zwischen Ost und West», in der er die deutsche Politik anklagte, Russland in die Arme Frankreichs zu treiben. Diese Schrift enthielt die bemerkenswerte Prophezeiung, dass Deutschland, wenn es Russland die kalte Schulter zeige, eines Tages Polen an der Oder haben werde.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland hatte ihren Höhepunkt erreicht. Der Bankrott der Weimarer Republik war offensichtlich. Aber wenige versuchten zu erkennen, was auf sie folgen würde. Als Hitlers bis dahin bedeutungslose Nationalsozialistische Partei in den Reichstagswahlen vom September 1930 105 Sitze gewann, hatte dies wie ein Schock auf die Welt gewirkt. Als der Partei im Juli 1932 230 Sitze zufielen, war das Erschrecken noch grösser. Aber bemerkenswerter noch war der Wandel in den Anschauungen der Partei. 1930 hatte sie Otto Strasser, der Führer des linken Flügels und Vorkämpfer des sozialistischen Elements in ihrem ursprünglichen Programm, verlassen. Seitdem zielte die Entwicklung der Partei auf einen uneingeschränkten Nationalismus und auf die blosse Macht, unabhängig von Programmen oder Grundsätzen, ab. Ein entsprechender Haltungsverwechsel vollzog sich unter den Anhängern der alten Rechtsparteien. Sie waren nun nicht mehr, wie noch unter Stresemann, bereit, das Spiel der parlamen-

tarischen Demokratie zu spielen, an das sie niemals geglaubt hatten. Sie neigten der einzigen Partei zu, die offen forderte, sie zu zerstören. Die Rechte begann auseinanderzubröckeln; besonders Stresemanns Volkspartei verfiel nach seinem Tode im Oktober 1929. Aus diesen Reserven und aus dem unpolitischen Kleinbürgertum bezog Hitler die meisten seiner neuesten Rekruten. Die Nationalsozialistische Partei verlor den widerspruchsvollen Charakter, der sich in ihrem Namen ausdrückt, und wurde eindeutig eine Rechtspartei. Zwischen Hitler und Hugenberg wurde ein politischer Handel geschlossen; als Industriemagnat und Mitglied der Deutschnationalen Partei, Besitzer grosser Zeitungen und eines Filmsyndikats, hatte Hugenberg einzigartige Möglichkeiten als politischer Drahtzieher. Hitler flossen nun beträchtliche Subventionen industrieller und Finanzkreise zu. Die Umrisse der herannahenden Revolution zeichneten sich ab. Sie wurden nur nicht verstanden, weil Deutschland und die Welt von der Vorstellung besessen waren, dass Revolutionen immer von links her erfolgen.

Während dieser Zeit schienen die anderen Parteien wenig mitgenommen. Das katholische Zentrum behielt seine Stimmenzahl, obwohl es durch Brüning's wirkungslose Führerschaft gelähmt war und auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluss hatte. Die Sozialdemokraten hielten mühsam ihr Terrain, aber selbst im November 1932 wurden noch über sieben Millionen Stimmen für sie abgegeben. Die KPD war die einzige Partei neben den National-

sozialisten, die ihre Stimmenzahl erhöhen konnte. In den viereinhalb Jahren zwischen Mai 1928 und November 1932 hatte sich die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten fast verdoppelt. 1928 gewannen sie gerade über drei Millionen, im Juli 1932 über fünf und im November 1932 fast sechs Millionen Stimmen, nur eine Million weniger als die SPD. Die höchste nationalsozialistische Stimmenzahl betrug im Jahr 1932 13,7 Millionen. Angesichts dieser Zahlen ist oft gesagt worden – zuerst und am schneidendsten von Trotzki –, dass ein Bündnis zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten Hitler hätte fernhalten können, und dass Moskau Hitler zur Macht verhalf, indem es die deutschen Kommunisten zu ihrer intransigenten Haltung gegenüber den Sozialdemokraten anfeuerte. In einer Diskussion wäre dies gewiss ein wirkungsvolles Argument. Es scheint sowohl eine Tragödie wie ein Verbrechen, dass die zwei grössten Parteien der deutschen Linken in dem Jahr vor Hitlers Machtergreifung ihre Kräfte im Kampf gegeneinander erschöpften. Hierfür tragen die deutschen Kommunisten, die sich vom Hauptquartier der Komintern lenken liessen, den Hauptanteil der Schuld. Einige Jahre später, auf dem siebenten Kongress der Komintern, wurden sie nachträglich dafür getadelt, dass sie zu jener Zeit den Faschismus dort zu sehen glaubten, wo er nicht bestand, und versäumten, ihn zu erkennen, wo er in grösster Form vor ihren Augen emporwuchs. Aber wenn man die tatsächlichen Bedingungen des Deutschlands von 1932

bedenkt, erscheint die Beschuldigung, für Hitlers Machtaufstieg verantwortlich zu sein, ziemlich unwirklich. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei hatte längst aufgehört, an revolutionäre Methoden zu glauben. Sie war die einzige Partei, die rückhaltlos die demokratische Verfassung der Weimarer Republik bejahte. Die Kommunistische Partei blieb zwar in der Theorie eine revolutionäre Partei, aber seit 1923 hatte sie sich mit voller Billigung Moskaus dem Glauben verschrieben, dass die Zeit in Deutschland nicht reif für eine Revolution sei und Gewaltanwendung Katastrophen zur Folge haben würde. Sie war zu einer Partei der Opposition und des Protestes geworden, aber nicht der Aktion. In dieser Form hatte sie zahlenmässig Erfolg gehabt. Die entscheidende Tatsache war 1932, dass Hitler selbst bereit war, wenn notwendig, Gewalt anzuwenden, um die Weimarer Republik zu stürzen. Keine Partei, welche nicht darauf vorbereitet war, zur Gewalt zu schreiten, zählte daher noch in der deutschen Politik. Hätten die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten im Land und im Reichstag eine Einheitsfront gebildet, so würden sie vielleicht Hitler früher gezwungen haben, seine Illegalität zu enthüllen. Mehr hätten sie durch die gewaltlosen Methoden, auf die sich beide verpflichtet hatten, wohl nicht erreicht. Sie hätten aber kaum eine vernünftige Hoffnung auf Erfolg gehabt, sogar wenn sie bereit gewesen wären, zur Verteidigung von Weimar Gewalt anzuwenden. Wenn es zu Kämpfen kam, war die Reichswehr der oberste Schiedsrichter. Die Erfahrung hatte gezeigt, dass die

Reichswehr möglicherweise Gewalttätigkeiten der Rechten dulden würde, aber niemals der Linken. Hitler, der der Unterstützung der Industrie und Finanz sicher war, ging vorsichtig vor, solange er nicht grünes Licht durch die Reichswehr bekommen hatte. Hätte die Linke sich in Bewegung gesetzt, würde es ihm sofort gegeben worden sein.

Der Todeskampf Weimars zog sich ungebührlich hin. Nach einer ziemlich zweifelhaften Quelle ist behauptet worden, ein Sprecher der Sozialdemokratischen Partei habe im Herbst 1932 den Sowjetbotschafter in Berlin besucht, um ihn um eine Förderung des Zusammengehens zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu bitten, und er sei abgewiesen worden. In den Novemberwahlen, in denen die kommunistische Vertretung im Reichstag von 89 auf 100 anstieg und die sozialdemokratische von 143 auf 121 sank, sahen die Nationalsozialisten durch das Spiel des Abstimmungszufalls die Zahl ihrer Abgeordnetensitze von 230 auf 196 heruntergehen. Ganz Europa seufzte erleichtert auf: der Nationalsozialismus hatte den Höhepunkt überschritten. Eine Regierung wurde unter General Schleicher gebildet, der endlich seinen Ehrgeiz verwirklichte, eine grosse Rolle auf der politischen Bühne zu spielen. Die Ernennung sollte sowohl die deutsche Linke wie Sowjetrussland beruhigen. Schleicher war ein Erbe der Seecktschen Tradition. Im Innern war er bereit, die parlamentarische Demokratie aufrechtzuerhalten und soziale Reformen durchzuführen, solange Bestand und Ansehen der Reichswehr hierunter

nicht litten. Aussenpolitisch war er kompromisslos für das russische Bündnis. Ein Freund der Nationalsozialisten war er in keiner Hinsicht. Seine Ernennung bedeutete einen Tribut an die beherrschende Position der Reichswehr in der politischen Krise. Aber es sickerte bald durch, dass Schleicher, der weder über Seeckts Persönlichkeit noch sein Prestige verfügte, sich nicht mehr des unbeschränkten Vertrauens der Reichswehr erfreute. Er war nicht in der Lage, der Feindseligkeit der Rechten entgegenzutreten. Im Januar 1933 entliess Hindenburg ihn und übergab Hitler die Führung der Regierung, der ein Koalitionskabinett, in dem sich auch Hugenberg befand, bildete. Diese Entscheidung bedeutete, dass die Reichswehr hinter der neuen Regierung stand und die Massnahmen decken würde, die diese für notwendig hielt.

Für die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen war Hitlers Umkehrung der Weimarer Russlandpolitik die einschneidendste Folge der nationalsozialistischen Revolution. Wie wir gezeigt haben, wurden viele Schritte in dieser Richtung schon lange vor Hitlers Machtergreifung getan. Auch wurde die Umkehr erst ein Jahr nach dem Januar 1933 vollzogen. Es handelte sich also um einen bedeutend weniger plötzlichen und dramatischen Wechsel, als man ihn manchmal darzustellen pflegt. Immerhin wird ein Punkt jetzt offenbar. Seitdem Hitler die Regierung übernommen hatte, war es Deutschland, das den Ton in den deutsch-sowjetischen Beziehungen angab, und von seiner Seite kam der

Anstoss zur Abkühlung. In den ersten Wochen des neuen Regimes bestand auf beiden Seiten eine gewisse Tendenz, so zu tun, als ob nichts Ernstliches vorgefallen sei. Im März 1933 erklärte Göring in einem Interview, dass die Kampagne zur Ausrottung des Kommunismus in Deutschland die deutschrussischen Beziehungen nicht betreffe. Sie würden «ebenso freundlich wie in vergangenen Jahren» bleiben. Diese Haltung bestätigte Hitler in seiner ersten aussenpolitischen Rede am 15. März. Im Mai wurde ein Protokoll, das den halbvergessenen Neutralitätspakt von 1926 formell erneuerte, pflichtgemäss ratifiziert. Dieses Protokoll war bereits im Frühjahr 1931 unterzeichnet, aber seitdem von mehreren deutschen Regierungen unratifiziert gelassen worden. Die «Iswestija» benutzte die Gelegenheit, um zu bemerken, dass «die Völker der UdSSR trotz ihrer Haltung gegenüber dem Faschismus in Frieden mit Deutschland leben möchten und die Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen als ein gemeinsames Interesse beider Länder betrachten».

Diese doppelte Politik wurde jedoch bald sehr schwierig. Als der Reichstagsbrand die erste grobe Explosion von Schmähungen gegen die Kommunisten im Allgemeinen und die Komintern im Besonderen auslöste, soll Litwinow seinen deutschen Kollegen bei der Abrüstungskonferenz in Genf gefragt haben, was diese Anschuldigungen zu bedeuten hätten. Sie könnten doch nur einen Wechsel der deutschen Politik anzeigen. Trotzdem blieben die

sowjetischen Reaktionen auf die wachsende Flut von Beleidigungen in den Äusserungen Hitlers und der nationalsozialistischen Presse ungewöhnlich milde. Noch im September 1933 bemerkte Molotow auf der Tagung des Zentralen Exekutivkomitees der Union vorsichtig, dass «die UdSSR keinen Grund habe, ihre Politik gegenüber Deutschland zu ändern», obwohl in Deutschland «viele Versuche im letzten Jahr gemacht wurden, die Beziehungen mit der Sowjetunion zu revidieren». Litwinow definierte diese Politik durch ein ziemlich grobes Eingeständnis des sowjetischen Opportunismus:

«Natürlich sympathisieren wir mit den Leiden unserer deutschen Genossen, aber wir Marxisten sind die Letzten, denen man vorwerfen kann, ihre Politik von Gefühlen leiten zu lassen. Die ganze Welt weiss, dass wir gute Beziehungen mit kapitalistischen Staaten jeder Gattung, einschliesslich der faschistischen, aufrechterhalten. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, ebensowenig wie in diejenigen anderer Länder, und unsere Beziehungen zu ihm werden nicht durch seine innere, sondern durch seine Aussenpolitik bestimmt.»

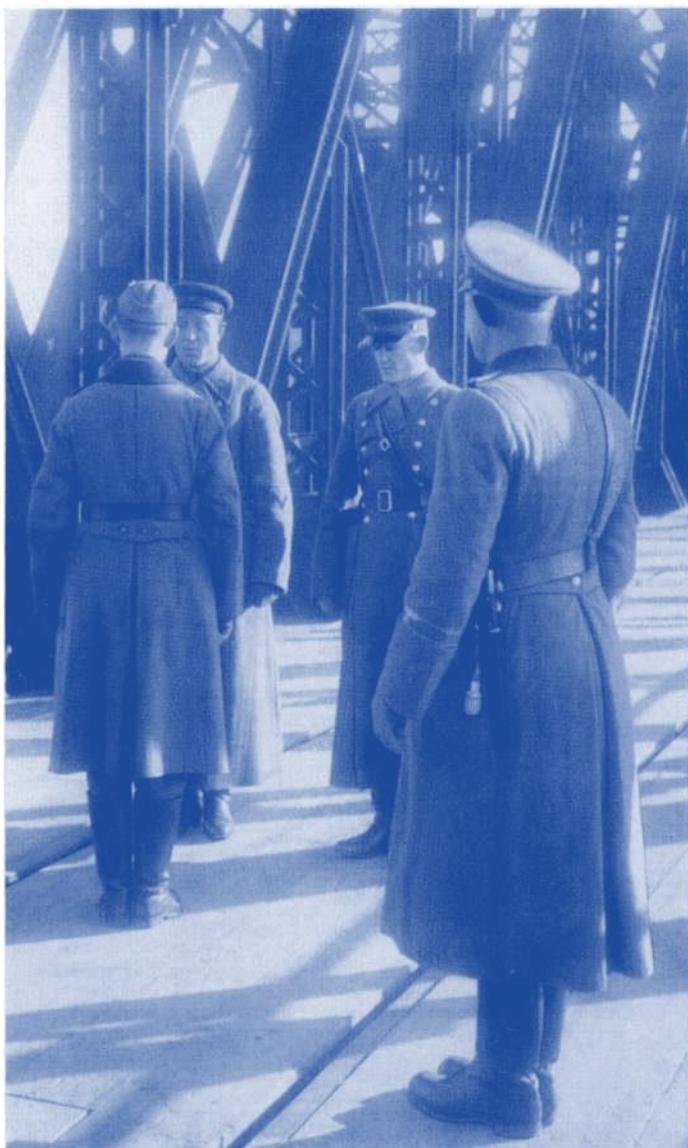
Damals hofften die Sowjetführer gegen alle Wahrscheinlichkeit noch, dass Hitlers Hass gegen den Kommunismus nicht Feindseligkeit gegenüber Sowjetrussland einschliesse. Aber der entscheidende Schlag liess nun nicht mehr lange auf sich warten. Am 26. Januar 1934 bekundeten die deutsche und die polnische

Regierung in einer gemeinsamen Erklärung ihre Entschlossenheit, «eine friedliche Entwicklung ihrer Beziehungen» zu verfolgen und ihre zahllosen Streitpunkte durch unmittelbare Verhandlungen zu regeln. Praktisch bedeutete dies, dass Hitler bereit war, die deutsche Bevölkerung Danzigs und die deutsche Minderheit in Polen für das politische Bündnis mit Warschau zu opfern. Die deutsch-sowjetische Freundschaft war an ihrem ewig empfindlichen Punkt tödlich getroffen worden. Endgültig war damit die Politik von Rapallo, die Diplomatie der Weimarer Republik, aufgegeben.

Hitlers Entscheidung für diesen weitreichenden Frontwechsel ist die rätselhafteste und umstrittenste Massnahme in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Es ist bekannt, dass dieser Wechsel keinen Beifall bei den führenden Reichswehrgeneralen fand, die sich während der ganzen dreissiger Jahre insgeheim nicht damit abfinden konnten. Rauschnig, der nationalsozialistische Senatspräsident der Freistadt Danzig, verzeichnet, dass er in einigen Parteikreisen höchst unpopulär war. Nur Rosenberg war unter den Parteiführern eindeutig antirussisch, aber er hatte bis dahin keine wichtige Stelle in der Rangordnung der Partei eingenommen. Zwar gab es die Ausfälle in «Mein Kampf» und die Bestrebungen, Lebensraum in der Ukraine zu finden. Aber vom ursprünglichen Programm des Nationalsozialismus war so viel schweigend fallengelassen oder auf eine ferne



Botschafter v. Dirksen begrüsst Litwinow bei seiner Ankunft in Berlin



Transportübernahme an der deutsch-russischen Grenze (1940)

Zukunft vertagt worden, dass es kaum als eine bindende Verpflichtung angesehen werden konnte. Die ersten Kundgebungen des Regimes zeigten, dass der Bruch mit Sowjetrussland im Gegensatz zur Ausrottung des Kommunismus im Innern kein beständiges Ziel nach der Machtübernahme war. Der Meinungswandel in der Wirtschaft mag zu der antirussischen Entwicklung beigetragen haben. In Finanzkreisen hatte sich Widerstand gegen die Nachgiebigkeit, die die Weimarer Republik gegenüber Sowjetrussland an den Tag legte, erhoben, seitdem die Reichsregierung 1926 anlässlich der Kreditgewährung an die Sowjets eingegriffen hatte, um die übertriebenen Zinsforderungen der Banken zu mässigen. Nachdem England 1927 seine Beziehungen zu Moskau abbrach, scheinen vertrauliche Besprechungen zwischen einer deutschen Gruppe, der Arnold Rechberg und Kühlmann, der ehemalige deutsche Aussenminister und Trotzki's Gegenspieler in Brest-Litowsk, angehörten, und prominenten Persönlichkeiten in Grossbritannien stattgefunden zu haben. Der Leitgedanke hierbei war, dass Deutschland einige seiner früheren Kolonien zurückerhalten und dafür die Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrussland abbrechen sollte. Die Einführung des ersten sowjetischen Fünfjahresplans im Oktober 1928 erweckte aber neue Zweifel. Die Politik der grosszügigen Industrialisierung Russlands versprach grosse Aufträge für die deutsche Schwerindustrie, was besonders während der Jahre der akuten Wirtschaftskrise wertvoll erschien. An-

dererseits begannen immer mehr deutsche Industrielle im zukünftigen Russland nicht mehr einen unbegrenzten Markt oder eine reiche Rohstoffquelle zu sehen, sondern einen möglichen industriellen Rivalen. Die Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach Hitlers Machtübernahme drückte sich in einem Memorandum aus, das Hugenberg der Weltwirtschaftskonferenz in London im Sommer 1933 zuleitete, und das in kaum verhüllter Form die alte Idee eines internationalen Konsortiums zur Ausbeutung der natürlichen Hilfskräfte Russlands und der Ukraine wieder zum Leben erweckte. Nach dem gegenwärtigen Stand der Geschichtsquellen ist es nicht möglich, den Frontwechsel der deutschen Aussenpolitik, der seinen Abschluss in dem deutsch-polnischen Abkommen vom Januar 1934 fand, einem einzelnen oder vorherrschenden Motiv zuzuschreiben. Aber dieser Schritt, der die Kriegserklärung gegen Sowjetrussland im Jahre 1941 vorausahnen liess, stellt eine bemerkenswerte Parallele zu der Weigerung Wilhelms II. im Jahre 1890 dar, den deutschrussischen «Rückversicherungsvertrag» von 1887 zu erneuern – dem Vorspiel zum Krieg von 1914. Hitler handelte zweifellos gegen den Rat der Reichswehrgenerale, wie Wilhelm II. gegen den Rat Bismarcks gehandelt hatte. In beiden Fällen wurden in den Wind geschlagene Warnungen derjenigen Deutschen, die freundliche Beziehungen zu Russland als einen dauernden und unentbehrlichen Bestandteil der deutschen Aussenpolitik betrachteten, durch die spätere Entwicklung voll gerechtfertigt.

Sechstes Kapitel

HITLER UND STALIN

Die erste sowjetische Gegenmassnahme, die durch die wachsende Furcht vor Hitlers Haltung hervorgerufen wurde, bestand darin, die vorsichtige Wiederannäherung an den Westen verstärkt fortzusetzen, besonders in Genf. Diese Bewegung war schon vor Hitlers Regierungsübernahme in Gang gekommen. Einige Tage, nachdem Hitler Kanzler geworden war, brachte Litwinow in einer Rede Sympathie für die französischen Sicherheitsforderungen zum Ausdruck. Er trat mit dem Entwurf einer Konvention für die Bestimmung des Angreifers hervor, der stärkere Billigung in Frankreich als in Deutschland oder Grossbritannien fand. Die Unterzeichnung eines Viermächtepaktes in Rom im März 1933 zwischen Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien, in dem sich eine diskrete Anspielung auf die Möglichkeit fand, den Artikel 19 der Völkerbundssatzung zugunsten der Revision der Friedensverträge anzurufen, löste neues Misstrauen in Moskau aus. Man wusste, dass Frankreich nur ein widerwilliger, zögernder Partner dieses Pakts war.

Die französischen Einwände fanden den Beifall sowjetischer Sprecher, die wieder einmal von der Vision einer westeuropäischen Gruppierung, die gegen Sowjetrussland gerichtet sein könnte, bedrängt wurden. Der Ton der Sowjetpresse machte einen langsamen, anfangs kaum wahrnehmbaren Wandel durch. Die «Iswestija» äusserte sich am 20. März 1933 zustimmend zu einer Unterhausrede Churchills gegen Vertragsrevisionen. Im Sommer veröffentlichte das gleiche Blatt eine Artikelreihe Radeks über den Gedanken, Deutschlands Forderung auf Revision des Versailler Vertrages stelle das Vorspiel einer neuen imperialistischen Aufteilung der Welt dar. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Oktober 1933 beschleunigte eine Überprüfung der traditionellen sowjetischen Feindseligkeit gegenüber dieser Organisation. Am 25. Dezember 1933 gab Stalin sensationellerweise in einem Interview einem amerikanischen Korrespondenten zu, dass der Völkerbund in gewissen Fällen eine Bremswirkung in der Kriegsgefahr ausüben könne und Sowjetrussland ihm nicht unter allen Umständen uneingeschränkt feindselig gegenüberstehe.

Dies war die Lage, als Hitler im Januar 1934 der deutsch-sowjetischen Freundschaft den letzten, tödlichen Schlag durch das deutsch-polnische Abkommen versetzte. Von diesem Augenblick an wurden die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf beiden Seiten offen unfreundlich. Als Litwinow Berlin – zum letztenmal – im Juni 1934 besuchte, wurde ein russischer Vorschlag, einen

sowjetisch-deutschen Garantiepakt über die Unabhängigkeit der baltischen Staaten abzuschliessen, unmissverständlich zurückgewiesen. Im gleichen Monat legte der kürzlich ernannte deutsche Botschafter in Moskau, Nadolny, ein für sein Eintreten zugunsten der Ostorientierung der deutschen Aussenpolitik seit Langem bekannter Diplomat, aus Protest gegen die neue Linie sein Amt nieder. Im September 1934 trat Russland dem Völkerbund bei und wurde zum ständigen Mitglied des Rates ernannt. Während der nächsten vier Jahre war Sowjetrussland, das in Genf regelmässig durch Litwinow vertreten wurde, der tätigste und loyalste Anhänger des Völkerbundes, indem es mit lauter Stimme jede Verletzung der Heiligkeit der Verträge verurteilte und bei jeder Gelegenheit die strengste Anwendung der in der Satzung vorgesehenen Sanktionen gegen Gesetzesübertreter forderte. «Kollektive Sicherheit» und die «Unteilbarkeit des Friedens» wurden zu den populärsten Schlagworten der sowjetischen Diplomatie und Propaganda.

Es wurde auch nötig, die Tätigkeit der Komintern mit der neuen Linie abzustimmen. Seit 1928, als die Doktrin der Volksfront aufgegeben und Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten» angeprangert worden waren, hatte kein Weltkongress mehr stattgefunden. Noch im Dezember 1933 schleuderte das Exekutivkomitee der Komintern seine Bannflüche gegen Frankreich, und auf dem russischen Parteikongress im Februar 1934 war Manuilsky von Befriedigung über die Isolierung Deutschlands, das keine

Freunde mehr habe, erfüllt. Ein Jahr später hatte sich diese vertrauensvolle Stimmung völlig gewandelt. Auf Glückwünsche an die eigene Adresse folgte die Furcht. Nun wurden die Sozialdemokraten Frankreichs und anderer Länder dringend zur Mitarbeit herbeigerufen. Im März 1935 kündigte Hitler «die Wiederherstellung der deutschen Souveränität» an. Die unbeschränkte Wiederaufrüstung Deutschlands setzte ein. Es folgte Anfang Mai der Abschluss eines französisch-sowjetischen Beistandspaktes und zwei Wochen später eines ähnlichen Vertrages zwischen Sowjetrußland und der Tschechoslowakei, der die Sowjetunion verpflichtete, der Tschechoslowakei im Angriffsfall beizustehen, vorausgesetzt, dass Frankreich dies gleichfalls täte. Nach der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Paktes wurde ein Komunique veröffentlicht, mit dem Stalin der französischen Wiederaufrüstung seinen Segen gab. Dies war ein Signal für die französischen Kommunisten, ihre alte Feindseligkeit gegen die französischen Streitkräfte aufzugeben und gemeinsame Sache mit anderen französischen Linksparteien zu machen. Im Juli 1935 trat der siebente und letzte Kongress der Komintern zusammen, um der in Frankreich ausgearbeiteten neuen Linie die allgemeine Form zu geben. «Angesichts der faschistischen Bedrohung ... ist es die wichtigste und sofortige Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Phase der Geschichte, die vereinigte Kampffront der Arbeiterklasse herzustellen.» Die Arbeiter

aller Länder wurden beschworen, «mit aller ihrer Macht und allen Mitteln die UdSSR zu stärken und den Kampf gegen die Feinde der UdSSR zu unterstützen.» In der politischen Landschaft Frankreichs, Grossbritanniens, selbst der Vereinigten Staaten wurden die Bemühungen der Kommunisten, diese Direktive auszuführen, während der nächsten Jahre zu einem hervortretenden Merkmal.

Die Spannung zwischen Deutschland und Sowjetrußland erreichte in den Jahren 1936 und 1937 ihren höchsten Grad. Es gab kaum mehr normale Beziehungen zwischen den beiden Ländern, und besonders die Reden von Hitler und Goebbels erklimmen neue Höhen der Wut. Die deutsche Kündigung des Locarno-Paktes und die Remilitarisierung des Rheinlandes wurden mit dem französisch-sowjetischen Pakt begründet, der «auf dem Umweg über die Tschechoslowakei die militärische Macht eines grossen Reiches in das Herz Europas trägt». Nachdem Hitler ausgeführt hatte, Sowjetrußland sei der «Exponent eines staatsgewordenen revolutionären politischen und philosophischen Systems», fügte er wie in einem Nebengedanken hinzu:

«Allein aus territorialen Gründen ist Deutschland nicht in der Lage, Rußland anzugreifen; aber Rußland könnte jederzeit einen Konflikt mit Deutschland auf indirektem Wege durch seine vorgeschobenen Positionen hervorrufen.»

Der Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges im Juli 1936 bot neuen Stoff für die Feindschaft der beiden Mächte. Im September brandmarkte Litwinow auf der Völkerbundstagung den Nationalsozialismus und die Rassenlehre als «Todfeinde aller Arbeiter und der Kultur an sich». Im November unterzeichneten Deutschland und Japan den sogenannten Antikomintern-Pakt. Der Kern dieses Vertrages bestand in einem geheimen Zusatz, der Sowjetrussland mit der Komintern gleichsetzte. Ein Jahr später sagte Hitler in der geheimen Ansprache an seine wichtigsten Gefolgsleute, die in dem sogenannten Hossbach-Protokoll niedergelegt ist, dass er auf Japan zähle, um Sowjetrussland davon abzuhalten, Österreich oder der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen.

In dieser Zeit wurden Sowjetrusslands Beziehungen zur Außenwelt überschattet von der rätselhaftesten Episode (oder Reihe von Episoden) der Epoche zwischen den Weltkriegen: den Moskauer politischen Prozessen und Säuberungen. Sie begannen im August 1936 mit dem Prozess gegen Sinowjew, Kamenew und andere Mitglieder des «Trotzkistisch-Sinowjewischen terroristischen Zentrums». Die Anklage bezog sich auf eine Verschwörung gegen das Sowjetregime, während das internationale Element in ihr zweitrangig war. Der folgende Prozess gegen ein «Trotzkistisches antisowjetisches Zentrum», der wohlbekannte Figuren wie Radek und Sokolnikow traf, fand im Januar 1937 statt. Dies war unmittelbar nach der Unterzeichnung des Anti-

komintern-Paktes, und die Anklagen richteten sich zum grossen Teil auf eine angebliche verräterische Verschwörung mit deutschen und japanischen Agenten. Deutschland sei unter anderem die Abtretung der Ukraine versprochen worden. Diese Prozesse wurden öffentlich durchgeführt. Charakteristisch war für sie das umfassende Schuldgeständnis aller Angeklagten. Im Juni 1937 wurde mitgeteilt, dass Tuchatschewski, der Generalstabschef der Roten Armee, und vier andere führende Sowjetgenerale nach einem Geheimverfahren wegen Hochverrats und Spionage zugunsten ausländischer Mächte hingerichtet worden seien. Schliesslich wurden im März 1938 Bucharin, Rykow, Krestinski und andere Mitglieder eines sogenannten «Antisowjetischen Blocks der Rechtsabweichung und des Trotzismus» öffentlich abgeurteilt. Noch immer waren Deutschland und Japan die Länder, auf die sich die Anklagen hauptsächlich bezogen.

Niemand glaubte ausserhalb Sowjetrusslands oder der Kommunistischen Parteien in anderen Ländern, dass alles oder das meiste in diesen Geständnissen auch nur annähernd wahr sei. Unter den ernsthaften Kritikern gab es solche, die sie als gänzlich falsch hinstellten; andere führten aus, dass es zweifellos eine unterirdische Widerstandsbewegung in Sowjetrussland während jener Jahre gab, dass unzweifelhaft Geheimagenten fremder Mächte dort am Werke waren und dass es keinen Grund gebe, der a priori die Verwicklung einiger der Angeklagten in Verschwörungen gegen das Regime, ob mit oder ohne ausländische Hilfe,

ausschlosse. Es ist hier nicht der Ort, um eine allgemeine Bewertung der Prozesse durchzuführen. Aber es seien einige Bemerkungen über ihre Beziehung zum deutsch-sowjetischen Verhältnis erlaubt. Man forderte von Radek während des Verfahrens nicht, über die von ihm in Deutschland in den frühen zwanziger Jahren gespielte Rolle auszusagen. Damals arbeitete er als Agent der Komintern und der Russischen Kommunistischen Partei, und diese Angelegenheiten wurden an keiner Stelle der Prozesse berührt. Die Anklage gegen Radek beschränkte sich auf die Zeit nach 1932 und betraf niemals seinen direkten Kontakt mit der deutschen Regierung. Andererseits wurde Krestinski, wie schon erwähnt, bei dem späteren Prozess genau über die Geheimverhandlungen mit der Reichswehr seit 1921 ausgefragt. Die aus diesen Verhandlungen hervorgegangenen Vereinbarungen wurden als eine trotzkistische Verschwörung behandelt. Auch die nach dem geheimen Prozess vom Juni 1937 hingerichteten Generale, die alle wichtige Posten in den Jahren nach 1920 bekleidet hatten, waren zweifellos an diesen Vereinbarungen beteiligt. Das war möglicherweise die Grundlage der Anklagen gegen sie, wie in Krestinskis Fall, gewesen. Einer der vor 1939 veröffentlichten inhaltsreichsten Berichte hierüber erschien in der deutschen militärischen Zeitschrift «Deutsche Wehr» im Oktober 1938. Nach dieser Version ging Tuchatschewskis Plan eines Staatsstreichs gegen Stalin auf das Jahr 1935 zurück; er sollte im Mai 1937 durchge-

führt werden und sei erst im letzten Augenblick durch Skoblin verraten worden, einen «weissen» russischen General, der in Paris lebte und demnach ein Agent der NKWD gewesen sein müsste.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde man zwar mit widerspruchsvollen Berichten über die Prozesse überschwemmt, aber es fehlt weiter an dokumentarischen Beweisen. Die Führer der Roten Armee, die an eine lange Tradition geistesverwandter Zusammenarbeit mit der Reichswehr gewöhnt waren, sahen wahrscheinlich den Bruch zwischen Deutschland und Russland ebenso ungern wie die führenden Reichswehrgenerale. Es ist vorstellbar, dass die Beziehungen zwischen ihnen auch nach dem offiziellen Abbruch hinter dem Rücken der beiden Diktatoren aufrechterhalten wurden. Elemente in der Reichswehr, die Hitler gern loswerden wollten, haben möglicherweise ihre Gedanken mit Offizieren der Roten Armee ausgetauscht, die ähnliche Ansichten über Stalin hatten. Diese Vermutung, die an sich glaubwürdig ist, stimmt überein mit der Geschichte, die Benesch Winston Churchill 1944 erzählte und die sich in Churchills Memoiren findet. Der tschechische Geheimdienst hatte entdeckt, dass Verbindungen «zwischen wichtigen Persönlichkeiten in Russland und der deutschen Regierung» über Prag gingen; hierbei handelte es sich um «eine kommunistische Verschwörung der alten Garde, die Stalin stürzen und ein neues Regime mit einer prodeutschen Politik einführen wollte». Benesch verlor keine Zeit, diese Information an Stalin weiterzugeben. Ein subtilerer Bericht, der am be-

sten mit dem Grundsatz *oui bono?* übereinzustimmen scheint, schreibt, die für die roten Generale kompromittierenden Dokumente seien von Heydrich den Sowjetbehörden in der Hoffnung übergeben worden, die Generale zu verleumden und zu vernichten – ein Anschlag, der über alle Erwartungen hinaus glückte. Die Vertreter dieser Version unterscheiden sich darin, dass die einen die Dokumente für echte Schriftstücke aus der Zeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Armeen halten, die andern Heydrich bezichtigen, sie für diesen Zweck gefälscht zu haben. Schliesslich wird noch raffinierter behauptet, dass die belastenden Dokumente durch den sowjetischen NKWD gefälscht und so placiert worden seien, dass sie anscheinend aus deutschen Quellen stammten. Der Historiker hat noch immer kein ernsthaftes Beweismaterial, das ihn instandsetzen würde, diese abenteuerlichen und sich widersprechenden Berichte zu bestätigen oder zu bestreiten.

Die wichtigste internationale Folge der Prozesse und der sie begleitenden umfassenden Säuberungen war die Verringerung des Prestiges Sowjetrusslands. Im Ausland wurden jene Kreise, die die Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung als den geeignetsten Weg, der deutschen Aggression entgegenzutreten, gepredigt hatten, in Verwirrung versetzt. Ob nun die Anklagen wahr oder falsch gewesen sein mögen, die blossе Tatsache der Prozesse und der Hinrichtung so vieler militärischer und ziviler Würdenträger schien eine Gesellschaft und eine Armee zu enthüllen, die

so zerrüttet und innerlich gespalten war, dass man sich Sowjet-russland schwerlich mehr als einen wirkungsvollen Verbündeten gegen die deutsche Militärmacht vorstellen konnte. Entsprechend fühlten sich die Kräfte in anderen Ländern, die für eine Verständigung mit Deutschland arbeiteten, gestärkt. Diese Wirkungen traten während des Winters 1937/38 in Erscheinung, als die Bühne bereits für den letzten Akt des Dramas hergerichtet war. Vier Monate vor dem Abschluss der sowjetischen Prozesse, am 5. November 1937, hatte sich Hitler, wie jetzt durch das Hossbach-Protokoll bekannt ist, für den Krieg entschieden. Gleichzeitig trat die Politik des «appeasement» gegenüber Deutschland in die aktive Phase ein. Neville Chamberlain folgte im Sommer 1937 auf Baldwin als Premierminister. Mitte November, zehn Tage nach Hitlers Verkündung seiner Entscheidung an seine Generale, besuchte Lord Halifax Hitler und Ribbentrop in Deutschland. Eden trat im Februar 1938 zurück. Sein Nachfolger im Foreign Office wurde Halifax. Auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen wirkten diese Veränderungen in einer vielschichtigen, unvorhergesehenen und entscheidungsvollen Weise.

Es war Hitler in einem bemerkenswerten Ausmass gelungen, die Generale der Wehrmacht gegeneinander auszuspielen und ihren Einfluss zu schmälern. Paradoxerweise hatten die Generale im Deutschland Hitlers sehr viel weniger politische Macht als in dem erklärterweise demokratischen Deutschland Stresemanns.

Dies war nicht so, weil Brauchitsch, Blomberg und Keitel Männer kleineren Formats als Seeckt und Hindenburg waren, sondern weil Hitler seine Macht auf einer viel breiteren Zustimmung des Volkes gründen konnte, als die Weimarer Republik jemals vermocht hatte. Trotzdem erhöhte die Entscheidung für den Krieg Hitlers Abhängigkeit von den Generalen. Solange die Wehrmacht in diesen Fragen mit einer einheitlichen Stimme sprach, war es schwer, über ihre Meinung hinwegzugehen. Wahrscheinlich zog es die Mehrheit der Generale vor, eher gegen den Westen mit Unterstützung Sowjetrusslands zu kämpfen, als sich mit ihm zu verständigen, um gegen den Osten Krieg zu führen. Aber diese Wahl lag in Hitlers Händen. Nur in ihrer Weigerung, gleichzeitig an beiden Fronten zu kämpfen, konnte die Wehrmacht mit ihrer einstimmigen Stellungnahme Hitler ihren Willen auferlegen. Die Wahl musste in der einen oder anderen Richtung getroffen werden. Hitler sah dies nicht gern. Er fuhr fort, in dieser Frage fast achtzehn Monate nach dem November 1937 zu zögern.

Obwohl die Entscheidung vom November 1937 in Sowjetrussland natürlich unbekannt blieb, war es hier doch seit 1935 zum Glaubenssatz geworden, dass Hitler irgendwo in Europa einen Krieg beginnen werde. Das Schreckgespenst der sowjetischen Staatsmänner war es, dass dieser Krieg zwischen Hitler und Sowjetrussland ausbrechen könnte, während die Westmächte neutral bleiben oder stillschweigend Hitler begünstigen würden. Um die-

ses Schreckgespenst zu bannen, musste eine Hauptalternative in Betracht gezogen werden: entweder einen Krieg gegen Deutschland, in dem Sowjetrussland mit den Westmächten verbündet sein würde, oder ein Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten, in dem Sowjetrussland neutral bleiben oder stillschweigend Deutschland begünstigen würde. Es ist grundlegend wichtig für das Verständnis der damaligen Sowjetpolitik, dass die Sowjetführer einen Angriffskrieg Hitlers für sicher hielten. Sie waren entschlossen, um jeden Preis zu verhindern, dass sie Hitler allein entgegengetreten mussten. Wenn das Bündnis mit dem Westen scheitern sollte, dann gab es nur die Auswege der Neutralität in einem Krieg zwischen Deutschland und dem Westen oder schlimmstenfalls das Bündnis mit Hitler. Die erste Möglichkeit – das Bündnis mit dem Westen gegen Hitler – war den sowjetischen Führern durch Hitlers unversöhnliche Feindschaft aufgedrängt und nicht von ihnen spontan gewählt worden. Aber nachdem diese Linie eingeschlagen war, wurde sie von 1934 bis 1938 beständig fortgesetzt, sowohl mittels des Völkerbundes wie durch Sonderverträge, etwa mit Frankreich und der Tschechoslowakei. Während dieser Zeit, und besonders in der ersten Hälfte des Jahres 1937, als sich die Säuberungen auf ihrem Höhepunkt befanden, tauchten in Abständen Gerüchte auf über die Annäherungsversuche an Hitler durch geheime Emissäre Stalins, durch die man den Bruch zu heilen hoffe. Eine Bestätigung der Gerüchte hat sich in den 1945 erbeuteten deutschen Dokumenten nicht gefunden. Falls

solche Annäherungen erfolgten, so haben sie jedenfalls die Hauptlinie der Sowjetpolitik nicht beeinflusst.

Der atmosphärische Wandel, der im Jahr 1938 einsetzte, wurde durch die wachsenden Zweifel an der Bereitschaft der Westmächte hervorgerufen, mit Sowjetrußland in ein tatsächliches Bündnis einzutreten. Die Schwankungen des Westens angesichts der Aggression Mussolinis gegen Abessinien und Hitlers Handstreich im Rheinland riefen in Moskau genau denselben Eindruck der Schwäche wie in Berlin hervor. Britische Entwicklungen im Winter 1937/38 verstärkten diese Befürchtungen, die ihre vollste Bestätigung in der Sudetenkrise im September 1938 erfuhren. Auf dem Höhepunkt dieser Krise liess ein Leitartikel der «Prawda» – der erste über aussenpolitische Fragen seit vielen Wochen – im letzten Absatz fast zufällig einen neuen Ton anklingen:

«Die Sowjetunion untersucht mit Gelassenheit die Frage, welcher besondere imperialistische Räuber seine Hand nach dieser oder jener Kolonie, diesem oder jenem Vasallenstaat ausstreckt; denn sie sieht keinen Unterschied zwischen deutschen und englischen Räufern. Aber die ‚demokratischen‘ Staaten in Westeuropa können diese Fragen nicht gleichgültig betrachten. England und Frankreich spielen mit dem Feuer, wenn sie der Aufteilung der Tschechoslowakei zustimmen, wenn sie ihr ihren Segen geben.»



Molotow unterzeichnet im Kreml den deutsch-sowjetischen Freundschaftspakt (1939)



Molotow bei seinem Besuch in Berlin (1940)

«Kein Unterschied zwischen englischen und deutschen Räubern», das war die erste Andeutung einer möglichen Verlagerung von einer Politik der Zusammenarbeit mit dem Westen und einer Politik der Neutralität – einer Rückkehr zu der alten Gewohnheit, alle imperialistischen Mächte als gleichermaßen böse zu betrachten. Nachdem diese kaum vernehmbare Anspielung gefallen war, kehrte die Sowjetpresse zu ihrer Befürwortung einer gemeinsamen Front gegen Hitler zurück und zitierte zustimmend Litwintnows Rede vor dem Völkerbund, in der er erklärt hatte, Sowjetrussland werde seine Verpflichtungen «auf allen uns zugänglichen Wegen» erfüllen – womit auf den Widerstand Polens und Rumäniens gegen den Durchmarsch sowjetischer Streitkräfte durch ihr Gebiet angespielt wurde. Als am 29. September 1938 das Münchener Abkommen geschlossen wurde, geschah dies ohne weitere Konsultation der Sowjetregierung. Kein offener Gegenzug erfolgte, aber Moskau verhehlte nicht seinen Kummer und liess die Schlussfolgerungen reifen.

Hitler war zu jener Zeit noch unentschlossen, ob er sich zuerst gegen Osten oder gegen Westen wenden sollte, und daher gezwungen, für den Fall der Entscheidung gegen den Westen die Notwendigkeit in Erwägung zu ziehen, seine abgebrochenen Beziehungen mit Sowjetrussland zusammenzuflicken. Gleichzeitig wurde nun Sowjetrussland dazu getrieben, den offensichtlichen Bankrott seiner westlichen Politik ins Auge zu fassen und sich für den Fall, dass dieser sich bestätigte, mit Hitler zu verständigen.

Dass es so lange dauerte, den Abgrund zwischen beiden Ländern zu überbrücken, beweist, wie tief und zäh das Gefühl der Feindschaft zwischen ihnen war. Die Anprangerung des Bolschewismus in Hitlers Nürnberger Rede vom September 1938 war bedeutend weniger giftig als im vorausgegangenen Jahr. Nach München waren Hitlers zunehmend scharfe Äusserungen über den Westen von einer entsprechenden Verringerung seiner Heftigkeit, sowohl in quantitativer wie qualitativer Beziehung, gegenüber Sowjetrußland begleitet. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, regte offenbar aus eigener Initiative eine Abmachung an, dass die Namen und die Persönlichkeiten Hitlers und Stalins aus der gegenseitigen Pressepolemik herauszulassen seien. Unerwarteterweise stimmten beide Seiten zu.

Eine Rede Stalins auf dem Parteikongress am 10. März 1939 leitete die Ereignisse des Frühjahrs und Sommers ein. Diese Rede war eine ausserordentlich scharfsinnige Übung im politischen Seiltanz, aus der man keine andere zuverlässige Schlussfolgerung ziehen konnte, als dass sich die sowjetische Aussenpolitik jener Tage in einem unklaren und verlegenen Zustand befand. Nur ein Sechstel der ganzen Rede war dem aussenpolitischen Thema gewidmet, aber diese Stelle befand sich gleich am Anfang, um ihre Bedeutung zu unterstreichen. Stalin begann mit der Feststellung, dass ein imperialistischer Krieg bereits im Gange sei, und nannte Japan, Deutschland und Italien als Angreifer:

«Die drei aggressiven Staaten und der imperialistische Krieg, den sie angefangen haben, haben das ganze System der Nachkriegsregelungen umgestürzt... Die Angreiferstaaten führen überall Krieg, wobei sie die Interessen der nichtaggressiven Staaten, vor allem Englands, Frankreichs und der USA, verletzen. Die letzteren geben nach und ziehen sich zurück, indem sie den Aggressoren ein Zugeständnis nach dem andern machen.»

Jedoch war dieser Angriff auf die Aggressoren vorsichtig ausgewogen durch einen Angriff auf England und Frankreich, deren Fallenlassen der kollektiven Sicherheit zugunsten der «Nichtintervention» und «Neutralität» in Stalins Worten gleichbedeutend war mit der Ansicht: «Lasst jedes Land sich gegen den Aggressor verteidigen, wie es will und kann, unser Interesse steht nicht auf dem Spiel, wir werden sowohl mit den Angreifern wie mit ihren Opfern feilschen.» Dies liefe «auf etwas sehr Ähnliches wie eine Ermutigung des Angreifers hinaus» und wäre gleichbedeutend damit, dass man Deutschland sagte: «Beginnt einen Krieg mit den Bolschewiken, und alles wird gut sein.» Stalin schloss den ausenpolitischen Teil seiner Rede ab, indem er vier Aufgaben für die Partei festlegte:

1. Eine Politik des Friedens und der Stärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern.
2. Vorsicht bewahren und nicht erlauben, dass unser Land in

einen Krieg durch Kriegshetzer gezogen wird, die gewohnt sind, andere die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

3. Mit allen Mitteln die Kampfkraft unserer Roten Armee und Roten Flotte stärken.
4. Die internationalen Freundschaftsbande mit den Arbeitern aller Länder, die an Frieden und Freundschaft zwischen den Nationen interessiert sind, stärken.

Der zweite Punkt war offensichtlich ein Echo auf die damalige amerikanische Beschuldigung, dass Grossbritannien von anderen erwarte, dass sie ihm die Kastanien aus dem Feuer holten. Hierin lag die Bedeutung dieses Punktes.

Staatsmänner verraten manchmal, genau wie private Individuen, die unbewussten Vorgänge in ihrem Innern durch die Beweggründe, die sie anderen zuschreiben. Im Rückblick erscheint jener Satz der Rede am auffallendsten, in dem Stalin eine Diagnose der Haltung der Westmächte zusammenfasst: «Lasst jedes Volk sich gegen den Aggressor verteidigen, wie es will und kann, unser Interesse steht nicht auf dem Spiel, wir werden sowohl mit den Angreifern wie mit ihren Opfern feilschen.» Stalins Rede vom 10. März 1939 kündigte keine positive Entscheidung der sowjetischen Politik an. Sie liess alle Optionsmöglichkeiten offen und spielte freimütiger als zuvor darauf an, dass sie tatsächlich offen waren. Fünf Tage danach besetzte Hitler Prag; und am 18. März, zweifellos ermutigt durch die kräftige Reaktion der briti-

schen Öffentlichkeit und (nach zweitägigem Zögern) der britischen Regierung auf diesen Coup, übergab die Sowjetregierung dem deutschen Botschafter eine ausserordentlich scharfe Note, die sie gleichzeitig veröffentlichte. Die Note protestierte gegen das deutsche Vorgehen. Die Sowjetregierung weigerte sich, die Eingliederung tschechischen Gebiets in das Reich anzuerkennen. Zwischen der sowjetischen und der britischen Regierung fand ein vorführender Gedankenaustausch statt, aber der sowjetische Vorschlag einer sofortigen Konferenz der antifaschistischen Mächte in Bukarest, um militärische Massnahmen zu vereinbaren, fand nicht die Zustimmung Grossbritanniens. Der britische Entwurf eines Paktes zwischen Grossbritannien, Frankreich, Sowjetrussland und Polen, der die gegenseitige Konsultation im Falle eines Angriffsaktes vorsah, wurde zwar von Moskau angenommen, aber von Polen abgelehnt. Ein britischer Minister, der sich zu diesem Zeitpunkt in Moskau zu Handelsbesprechungen aufhielt, war nicht zu bewegen, in irgendeine politische Erörterung einzutreten. Am 31. März 1939 gab dann Grossbritannien ohne weitere Verständigung mit der Sowjetregierung Polen eine einseitige Beistandsgarantie. Unter diesen Umständen konnte die Sowjetregierung kaum einen anderen Schluss ziehen, als dass Grossbritannien die polnische der sowjetischen Allianz vorzog und, wie in München, wünschte, Sowjetrussland aus allen wichtigeren Diskussionen, die den Frieden Europas betrafen, auszuschalten.

Der erste formelle Schritt in der Richtung einer sowjetischen Annäherung an Deutschland erfolgte zwei Wochen später, am 17. April, in der Gestalt eines Interviews des Sowjetbotschafters in Berlin, Merekalow, mit dem deutschen Staatssekretär von Weizsäcker. Nachdem sie über eine Routineangelegenheit gesprochen hatten, lenkte Merekalow das Gespräch auf politische Fragen, und nachdem er etwas auf den Busch geklopft hatte, fragte er Weizsäcker unverblümt, was er von den deutsch-russischen Beziehungen hielte. Weizsäcker antwortete vorsichtig, dass die russische Presse sich an der antideutschen Tonart der amerikanischen und einiger englischer Zeitungen nicht in vollem Ausmass beteilige, und spielte auf eine ähnliche Zurückhaltung in der deutschen Presse im Hinblick auf Russland an. Nach dieser Ermütigung gab Merekalow (gemäss dem deutschen Bericht) die folgenden Erklärungen ab:

Die russische Politik habe sich stets gradlinig verhalten. Ideologische Meinungsverschiedenheiten hätten das italienisch-russische Verhältnis kaum beeinflusst, und sie brauchten auch kein Hindernis in den Beziehungen zu Deutschland zu sein. Sowjetrussland habe die gegenwärtigen Reibungen zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien nicht gegen uns ausgenützt, noch beabsichtige es, dies zu tun. Es gäbe für Russland keinen Grund, warum es mit uns nicht auf einer normalen Grundlage verkehren wolle. Und aus normalen Beziehungen könnten immer bessere werden.

Dieser ziemlich plumpen vertraulichen Annäherung folgte ein Austausch öffentlicher Gesten. Das erste Zeichen fand sich in der Rede Hitlers vom 28. April, die einem Angriff gegen Polen gewidmet war; im Gegensatz zur Übung enthielt sie keine Schmähung des Bolschewismus oder Russlands. Die Bedeutung dieser Unterlassung wurde einige Tage später von einem prominenten Nationalsozialisten gegenüber einem Mitglied der französischen Botschaft hervorgehoben. Es scheint naheliegend, dass ein ähnlicher Hinweis bereits auf der Sowjetbotschaft erfolgt war, als Erwiderung auf die Demarche vom 17. April. Das Echo erfolgte prompt. Am 3. Mai legte Litwinow das Amt des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten nieder, das auf Molotow überging. Litwinow, ein Jude, war eng mit der Politik der kollektiven Sicherheit verknüpft. Diese plötzliche Entscheidung bedeutete, wie von amtlicher Seite zutreffend verkündet, als solche keinen Wechsel der Politik. Nachdem Stalins Rede vom 10. März klargestellt hatte, dass zwei Optionen offen waren, war es aber zu einer Anomalie geworden, dass an der Spitze des Narkomindel ein Kommissar stand, der sich so öffentlich und betont einer von beiden verpflichtet hatte. Insofern bedeutete der Wechsel eine freundliche Geste gegenüber Deutschland. Damit seine Bedeutung nicht verpuffte, versuchte Astachow, der sowjetische Geschäftsträger in Berlin, am 5. Mai nach den Worten eines deutschen Berichts, «ohne Fragen zu stellen», vom Auswärtigen Amt

zu erfahren, «ob dieses Ereignis eine Änderung in unserer Stellung gegenüber der Sowjetunion hervorrufen würde».

In den nächsten drei Monaten – Mai, Juni und Juli – war die Vorderseite der politischen Bühne durch die zunehmend schwierigen sowjetischen Verhandlungen mit England und Frankreich besetzt, während sich die Verhandlungen mit Deutschland im zwielichtigen Hintergrund der Geheimdiplomatie vollzogen. Sie gingen mit einer Langsamkeit vonstatten, die die Tiefe gegenseitigen Misstrauens bezeugte. Am 20. Mai empfing der neue Kommissar für auswärtige Angelegenheiten den deutschen Botschafter zum erstenmal. Nach einer Erörterung wirtschaftlicher Fragen bemerkte Molotow, dass «die Sowjetregierung einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen nur zustimmen könnte, wenn die ‚notwendigen politischen Grundlagen‘ für sie hergestellt worden seien». Nachdem Schulenburg vergeblich versucht hatte, zu erforschen, was hinter diesen Worten lag, verabschiedete er sich. «Herr Molotow war offensichtlich entschlossen, genau so viel und nicht mehr zu sagen.» Das Auswärtige Amt antwortete, nachdem es von dieser Unterhaltung Kenntnis erhielt, am nächsten Tag, dass «wir jetzt stillsitzen müssen und warten, um zu sehen, ob die Russen offener sprechen werden». Es wurde aber bald deutlich, dass Molotows Schweigsamkeit die erste Runde in diesem Spiel gewonnen hatte.

Bei einer Besprechung am 23. März, die in den Nürnberger Prozessen an den Tag kam, hatte Hitler seine Absicht angekün-

dig, «Polen bei der ersten günstigen Gelegenheit anzugreifen». In die nächsten Tage fällt eine Episode, die von Gaus, dem Rechtsberater des Auswärtigen Amtes, in seinen Nürnberger Aussagen beschrieben wird. Gaus und Weizsäcker wurden zu Ribbentrop in sein Landhaus gerufen und davon unterrichtet, Hitler wünsche, «erträglichere Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion herzustellen». Ein Vorwand, die Möglichkeit politischer Gespräche zu erforschen, sollte unter den laufenden Angelegenheiten gefunden werden. Man beschloss zu diesem Zwecke, die Frage der konsularischen Vertretungen Russlands in Prag zu benutzen. Instruktionen an Schulenburg wurden entworfen, aber als sie Hitler vorgelegt wurden, fand er sie «zu deutlich». Sein Zaudern ging offensichtlich auf Chamberlains höchst optimistische Feststellung im Unterhaus vom 24. Mai zurück, dass zwischen Sowjetrussland und den Westmächten ein grundsätzliches Übereinkommen erzielt worden sei. Jetzt fürchtete man in Berlin eine Zurückweisung, und es wurde ein behutsameres Vorgehen beschlossen. Am 30. Mai bat Weizsäcker Astachow zu sich, und nachdem er die Frage des Prager Konsulates und der Wirtschaftsverhandlungen berührt hatte, äusserte er seine Übereinstimmung mit «Herrn Molotow», dass «Politik und Wirtschaft in unsern Beziehungen nicht vollständig getrennt werden können». Dann kam er auf die Bemerkung des Sowjetbotschafters im April über die «Normalisierung und sogar weitere Verbesserung der deutsch-russischen politischen Beziehungen» zurück. Rein

gesprächsweise bemerkte er inter alia, dass «die Entwicklung unserer Beziehungen zu Polen ... unsere bisher beschränkte Politik im Osten tatsächlich freier gemacht hat». Nach den Berichten zu urteilen, hatte dieser Annäherungsversuch keinen sichtbaren Erfolg. Einen Monat lang gingen die Diskussionen mit Deutschland über die Wirtschaftsverhandlungen ergebnislos weiter. Am 29. Juni und am 3. Juli kämpfte Schulenburg in Unterredungen mit Molotow vergeblich darum, dem zugeknöpften Kommissar eine Erläuterung seines Satzes vom 20. Mai über die «politischen Grundlagen» zu entlocken. Bei der ersten dieser Unterhaltungen wurde Molotow besonders spitz. Ein Hinweis Schulenburgs auf Deutschlands Nichtangriffsverträge mit den baltischen Staaten forderte die Erwiderung heraus, dass er «an der Dauer solcher Verträge nach der Erfahrung, die Polen gemacht hat, zweifeln müsse». Der Eindruck, den die Berichte hinterlassen, ist sowohl der einer Zurückhaltung aus taktischen Gründen, aber auch der eines tiefen und unausrottbaren Misstrauens gegen die deutsche Politik in den Köpfen der sowjetischen Führer.

Erst Ende Juli begann das Eis zu schmelzen. Diese Entwicklung war, was die sowjetische Seite betrifft, ganz deutlich mit der Sackgasse in den politischen Verhandlungen mit England und Frankreich verknüpft, und ebenso mit dem Londoner Besuch einer deutschen Wirtschaftskommission unter Wohltat. Am 22. Juli wurde bekanntgegeben, dass die sowjetisch-deutschen Handelbe-

sprechungen in Berlin wieder aufgenommen worden seien. Jetzt beschlossen die Deutschen offener zu sprechen, aber durch einen inoffiziellen Kanal. Schnurre, der deutsche Wirtschaftssachverständige, erhielt den Auftrag, Astachow und Babanin, den Leiter der sowjetischen Handelsdelegation, zum Essen einzuladen. Das Gespräch, das am 27. Juli stattfand, erwies sich als weitreichend. Zum erstenmal wurde klar die Alternative gestellt:

«Was kann England Russland bieten? Bestenfalls Teilnahme an einem europäischen Krieg und die Feindschaft Deutschlands, aber nicht ein einziges wünschenswertes Ziel für Russland. Was könnten wir auf der andern Seite bieten? Neutralität und Herausbleiben aus einem möglichen europäischen Konflikt. Wenn Moskau wünsche, so auch ein deutsch-russisches Einverständnis über die gegenseitigen Interessen, das wie in früheren Zeiten sich zum Vorteil beider Länder erweisen würde.»

Drei Tage später wurde Weizsäcker in einer Instruktion an Schulenburg noch deutlicher:

«In jeder Entwicklung der polnischen Frage, entweder in friedlicher Richtung, wie wir sie wünschen, oder in anderer, uns aufgezwungener Weise, würden wir bereit sein, die sowjetischen Interessen zu achten und eine Verständigung mit der Moskauer Regierung zu erreichen. Wenn die Gespräche sich

auch in der baltischen Frage positiv entwickelten, könnte der Gedanke vorgetragen werden, dass wir unsere Stellung hinsichtlich des Baltikums in einer Form anpassen werden, die die vitalen sowjetischen Interessen im Baltikum respektiert.»

Derart ausgerüstet, hatte Schulenburg am 3. August eine Unterredung mit Molotow, der sich offenbar sehr weitschweifig und beredt über Deutschlands Unterstützung «der aggressiven Haltung Japans gegenüber der Sowjetunion» ausliess. Seit Mai 1939 war ein unerklärter Grenzkrieg im Fernen Osten zwischen Sowjetrußland und Japan im Gange. Er hatte einen wesentlichen Einfluss auf die sowjetisch-deutschen Verhandlungen. Ebenso wie die Verhütung eines Zweifrontenkrieges für die Deutschen das massgebende Motiv ihrer Annäherung an Rußland war, so liess dieser Gedanke auch die sowjetischen Unterhändler nie los. Schulenburg fasste die Lage nach der Unterredung folgendermassen zusammen:

«Mein allgemeiner Eindruck ist, dass die Sowjetregierung gegenwärtig entschlossen ist, sich mit England und Frankreich zu einigen, wenn sie alle sowjetischen Wünsche erfüllen. Gewiss können die Verhandlungen noch sehr lange dauern, besonders, da das Misstrauen gegenüber England noch gross ist. Ich glaube, dass meine Mitteilungen auf M. Eindruck machten. Trotzdem wird es noch eine beträchtliche Anstrengung auf unserer

Seite kosten, um die Sowjetregierung zu einer Umkehr zu bewegen.»

Zu dieser Zeit war jedoch das Wettrennen zwischen den beiden Bewerbern um die sowjetische Freundschaft völlig ungleich geworden. Der Eindruck liess sich in Moskau nicht mehr vermeiden, dass die eine Seite sich sehr grosse und die andere gar keine Mühe gab. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch das mitelmässige Aufgebot an Talenten aus den drei Waffengattungen, die die anglo-französische Militärmission bildeten, und ebenso durch ihre Wahl des langsamen Seeweges für die Reise nach Moskau. Auch dies wirkte als eine öffentliche Demonstration der britischen Interesselosigkeit. Die militärischen Besprechungen begannen am 12. August und zogen sich ereignislos hin, bis Woroschilow am dritten Tage durch die Schale zum wahren Kern vorsties, indem er offen die ungelöste Frage – die verborgene Crux der ganzen Verhandlungen – aufwarf, wie es mit dem Durchmarsch sowjetischer Truppen durch polnisches Gebiet im Fall eines deutschen Angriffs stehe. Er fügte hinzu, dass es nutzlos sei, die Besprechungen fortzusetzen, bis diese Frage nicht geregelt wäre. Dieser Schritt war eindeutig als Abbruch gemeint. Am 12. August hatte Astachow in Berlin die Zustimmung der Sowjetregierung zu einer Konferenz in Moskau zur Erörterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen überbracht. Zwei Tage später telegraphierte Ribbentrop seine Bereitschaft, nach Moskau zu kommen.

Die einzige Bedingung war, dass ihm Gelegenheit zu einer ausführlichen Aussprache mit Stalin gegeben werde.

Mit dem Erfolg in der Tasche konnte es sich die Sowjetregierung leisten, die Deutschen hinzuhalten. Die letzten Phasen verriet immer noch ein starkes Misstrauen auf der Seite Moskaus. Nach einer weiteren Zurschaustellung der Verzögerungstaktik, in der Molotow Meister war, stimmte die Sowjetregierung am 19. August einem Besuch «eine Woche nach der Verkündung der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens» zu. Dies war immer noch zu langsam für das militärische Programm der Deutschen. Die Berliner Ungeduld drückte sich in einem Regen von Telegrammen und einer persönlichen Botschaft des Führers an «Herrn Stalin» vom 20. August aus, in der er bat, dass «mein Aussenminister» am 22. August oder spätestens am 23. empfangen werden möge. Derart gedrängt, nahm Stalin das zweite Datum an. Ribbentrop traf in Moskau am 23. August ein, und der Nichtangriffspakt und das Geheimprotokoll wurden am gleichen Abend unterzeichnet. Das Protokoll legte die Aufteilung der sowjetischen und deutschen Einflussphären in den baltischen Staaten längs der Nordgrenze von Litauen «für den Fall einer territorialen und politischen Umwandlung dieser Gebiete» fest. (Molotow betonte besonders das sowjetische Interesse an den eisfreien Häfen von Windau und Libau, und Hitler wurde telephonisch befragt, ehe das Einverständnis erteilt wurde.) In Polen wurde die Linie längs des Narew, der Weichsel und des San gezogen. Die Sowjetregie-

rung bekräftigte ihre Interessen in Bessarabien, die deutsche Regierung ihr «politisches Desinteressement». Am nächsten Tag kehrte Ribbentrop nach Berlin zurück. 36 Stunden später verliesen die englische und die französische Militärmission Moskau, und am 27. August gab Molotow dem französischen Botschafter seinen Nachruf auf die Verhandlungen:

Die Sowjetregierung musste, nachdem sie herausfand, dass trotz der Bemühungen der drei Regierungen die hartnäckige Weigerung Polens einen dreiseitigen Beistandspakt unmöglich machte, die Frage ihrerseits durch den Abschluss eines Nichtangriffspakts mit Deutschland regeln. ... Ein grosses Land wie die Sowjetunion könne Polen nicht bitten, eine Hilfe anzunehmen, die es um keinen Preis haben wolle.

Auch in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. August 1939 gab Molotow polnische Einwände als Hauptursache des Zusammenbruchs der Verhandlungen an. Am nächsten Tage fielen die Deutschen in Polen ein, und damit hatte der zweite Weltkrieg begonnen.

Es bleibt uns noch übrig, einige wenige vorsichtige Schlussfolgerungen zu ziehen. Das wesentliche Ziel der sowjetischen Aussenpolitik war es zu dieser Zeit, die Isolierung zu vermeiden. Die Verständigung mit der einen oder der anderen der rivalisierenden kapitalistischen Gruppen war eine Vorbedingung für die sowjeti-

sche Sicherheit. Bis zum August 1939 hatten sich die sowjetischen Führer endgültig überzeugt, dass die Regierung Chamberlain, deren Haltung auch die französische bestimmte, unbeugsam gegen eine tatkräftige Zusammenarbeit mit Sowjetrußland eingestellt war. Sie wünschte, die weitere Ausdehnung Deutschlands zu verhindern, aber sie sah doch in ihr ein geringeres Übel als in einem Sieg, der die sowjetische Macht erhöhen würde. Sie weigerte sich daher, in ein Bündnis mit Sowjetrußland gegen Deutschland einzutreten. Die Beschwichtigungspolitik in München, die Vorzugsbehandlung Polens im März 1939, die Verspätungen und Verzögerungen des darauffolgenden Sommers wurden in Moskau als Beweise für diese Weigerung angesehen. Die Diagnose der westlichen Politik, die man in Moskau vornahm, besagte, dass Hitler, wenn er nicht durch diplomatische Mittel zurückgehalten werden konnte, ermutigt werden sollte, sich gegen den Osten zu wenden, wobei der Westen sich seine Schonung durch die stillschweigende Unterstützung des Angriffs nach Osten erkaufte hätte. Nur eine Schlussfolgerung konnte die Sowjetregierung hieraus ziehen: Wenn das westliche Bündnis nicht erreicht werden konnte, dann sollte man Hitler unter allen Umständen veranlassen, nach Westen vorzustossen, und Rußland würde seine Schonung durch «Nichtintervention» erkaufen.

Dies war die Konzeption, die in dem Pakt vom 23. August 1939 Gestalt annahm. Als Gegenleistung für seine «Nichtintervention» sicherte sich Stalin eine Atempause gegenüber einem

deutschen Angriff, die deutsche Hilfe für eine Milderung des japanischen Druckes im Fernen Osten und die deutsche Zustimmung zur Errichtung einer vorgeschobenen Verteidigungsbastion jenseits der bestehenden sowjetischen Grenzen in Osteuropa. Es war bedeutsam, dass diese Bastion nichts anderes war und sein konnte als eine Verteidigungslinie gegen einen möglichen deutschen Angriff. Diese Eventualität spielte immer bei den sowjetischen Berechnungen eine Rolle. Vor allem aber erreichte Moskau durch den Pakt die Gewähr dafür, dass, sollte Sowjetrußland schliesslich mit Hitler kämpfen müssen, die Westmächte bereits hineingezogen sein würden und daher sich nicht mehr dadurch in Sicherheit bringen könnten, dass sie den Hauptstoss des deutschen Angriffs nach Rußland ablenkten. Die «Diplomatie Stalins» wird in der amtlichen sowjetischen *Geschichte der Diplomatie* letzten Endes damit gerechtfertigt, dass «die Sowjetunion im Augenblick des schwersten Kampfes mit dem Feind nicht allein stand».

Für Deutschland war die Moral des Paktes vom 23. August und der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den davorliegenden zwanzig Jahren einfacher, weniger doppelsinnig. Der diplomatische und zum Teil auch der militärische Wiederaufstieg Deutschlands nach der Katastrophe von 1918 war erreicht worden durch eine Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, die es ermöglichte, den Osten gegen den Westen auszuspielen. Als Hitler 1934 versuchte, mit Rußland zu brechen,

war Deutschland isoliert, und seine Aussenpolitik geriet in eine Sackgasse, aus der es kein Entkommen gab, bis, nach einer fünfjährigen Verirrung, Hitler aufs Neue zu einer Verständigung mit Sowjetrußland gelangte und seine Handlungsfreiheit gegenüber dem Westen zurückgewann. Hierin lag die Bedeutung des deutsch-sowjetischen Paktes für Deutschland. Prahlerisch sagte Hitler im November zu seinen Generalen: «Was seit 1870 ersehnt und als unmöglich betrachtet worden war, ist eingetreten. Zum erstenmal in der Geschichte brauchen wir nur an einer Front zu kämpfen.»

Solange diese Lage aufrechterhalten wurde, ging für Deutschland alles gut. Aber weniger als zwei Jahre später erlag Hitler der Versuchung und wiederholte den verhängnisvollen Fehler Wilhelms II. Er führte Krieg gegen das Land, von dessen Zusammenarbeit oder wohlwollender Neutralität der militärische Erfolg Deutschlands immer abhängig war. Etwas über zehn Jahre nach dem Abschluss dieses Geschehens sieht sich die Welt der Frage gegenüber, ob die deutschen Staatsmänner, die sich wieder im Besitz der Mittel, eine deutsche Aussenpolitik zu führen, befinden, zum drittenmal bereit wären, die Politik Bismarcks und den Rat des erfolgreichsten ihrer Könige zu verleugnen, «die Freundschaft mit diesen Barbaren zu pflegen».

ANMERKUNGEN ZU DEN QUELLEN

Die beste politische Geschichte Deutschlands unter der Weimarer Republik ist vielleicht immer noch *Arthur Rosenberg: «Geschichte der deutschen Republik 1871-1918»*. Berlin 1928. (Engl. Ausgabe: *A History of the German Republic*, 1936); der Verfasser war zeitweilig Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. *F. Stampfer: «Die ersten vierzehn Jahre der Deutschen Republik»*, Offenbach 1947, ist vom Standpunkt der Deutschen Sozialdemokratischen Partei aus geschrieben. Der Autor war Redakteur des «Vorwärts». *O.K. Flechtheim: «Die KPD in der Weimarer Republik»*, 1948, ist eine sorgfältige Studie, in der sich häufig aufschlussreiche Durchblicke auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen ergeben.

Die Reichstagsdebatten sind eine wichtige Quelle für die Weimarer Zeit. Bisher sind noch keine offiziellen deutschen Dokumente aus dieser Periode veröffentlicht worden; die *«Documents on British Foreign Policy 1919-1939: First Series, Vol. III»*, 1949, enthalten nützliche Berichte über Ereignisse in Deutschland und im Baltikum im Jahr 1919.

Die persönlichen Aufzeichnungen Seeckts und Stresemanns, von denen bisher nur ein Teil veröffentlicht wurde, enthalten aussergewöhnlich wichtiges Material für die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

F. v. Rabenau: «Seeckt: Aus seinem Leben 1918-1936», 1941, ebenso wie ein vorangegangener Band über Anfänge von Seeckts Laufbahn, der 1938 veröffentlicht wurde, beruhen auf Seeckts persönlichem Archiv, und obwohl sie naturgemäss nur eine Auswahl sind, wird in ihnen zum erstenmal die Ge-

schichte der geheimen deutsch-sowjetischen militärischen Abmachungen seit 1921 in Umrissen dargestellt. Einige andere wichtige Dokumente aus dem Seeckt-Archiv wurden in *«Der Monat»*, Band I, Heft 2 (November 1948), veröffentlicht. Einen Bericht über weitere unveröffentlichte Dokumente Seeckts und andere aus deutschen Militärarchiven gibt G.W.F. Hallgarten in *The Journal of Modern History*, Band XXI, Nr. 1 (März 1949).

Gustav Stresemann: «Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden». Hrsg. v. Henry Bernhard. Berlin 1932/33 (Engl. Ausgabe in drei Bänden: Gustav Stresemann: His Diaries, Letters and Papers, 1935 bis 1940) ist eine Hauptquelle für die deutsche Aussenpolitik in den Jahren 1923-1929. Sie beabsichtigen, ein «westliches Bild» von Stresemann zu zeichnen, und sind in ihrer Wiedergabe der Ostpolitik am unbefriedigendsten. Professor Sonntag, der den Hauptteil der unveröffentlichten Stresemann-Papiere gesehen hat, aus dem die Auswahl getroffen wurde, hat bezeugt, dass sie Stresemanns Kenntnis und Billigung der deutsch-sowjetischen geheimen militärischen Abmachungen beweisen (*American Historical Review*, Band LV, Nr. 3 [April 1950] Seite 738).

Harry Graf Kessler: «Walther Rathenau: Sein Leben und sein Werk». Berlin 1928 (Engl. Ausgabe 1930: Walther Rathenau: His Life and Work) ist eine wichtige Quelle für die Geschichte des Vertrags von Rapallo. Er erwähnt Rathenaus Kontakte mit Radek 1919 und die geheimen deutsch-sowjetischen Militärabkommen nicht, von denen er sicher wusste. Die Gedanken, die Rathenau Radek gegenüber äusserte, finden ihre Bestätigung in seinen Aufsätzen: Kritik der dreifachen Revolution, die Neue Wirtschaft und Von kommenden Dingen, ebenso wie in einem Brief von 1912, den Kesslers Biographie auf Seite 266 zitiert.

C.F. Melville: «The Russian Face of Germany», 1932, enthält Einzelheiten über die sozialdemokratischen Enthüllungen der geheimen deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit. *V.N. Ipatieff: «The Life of a Chemist»*, Stanford 1946, beschreibt die Versuche, Giftgas herzustellen.

Viscount D'Abernon, «Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren».

(Engl. Ausgabe: *An Ambassador of Peace*, 3 Bände 1929-1931.) Das Tagebuch des britischen Botschafters aus dieser Periode ist trotz vieler Einzelheiten eine enttäuschende Quelle für die deutsch-sowjetischen Beziehungen, über die D'Abernon schlecht informiert war.

Gelegentliche Informationen kann man in den zahlreichen Memoiren deutscher Generale und Politiker, besonders in jenen von Prinz Max von Baden, Ludendorff, Max Hoffmann, Max Bauer, Emil Barth und Philipp Scheidemann, finden. *Ruth Fischer: «Stalin and German Communism»*, 1948, gibt direkte, aber nicht voreingenommene Informationen über die Beziehungen der Kommunistischen Partei Deutschlands zu Moskau.

Nazi-Soviet Relations 1939-1941 (Department of State, Washington, D.C., 1948) ist eine Auswahl von Dokumenten aus den deutschen Archiven, um die nationalsozialistisch-sowjetische Wiederannäherung im Jahr 1939 und ihre Folgen zu beleuchten. Weder die in Vorbereitung befindliche Sammlung der deutschen noch der britischen amtlichen Dokumente ist bis jetzt für diese Periode verfügbar. Die Bände beider Sammlungen für die Zeit vor München werfen wenig Licht auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Die offiziellen Berichte der Nürnberger Gerichte, einschliesslich des Krupp-Prozesses, enthalten gelegentliche Hinweise auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit vor 1939; infolge ihres grossen Umfangs und der Unzugänglichkeit der späteren Berichte sind sie von der Forschung noch nicht vollständig gesichtet und nutzbar gemacht.

Unter der Flut von Memoiren deutscher Generale und Beamter, die seit 1945 veröffentlicht wurden, sind für diesen Gegenstand zwei am informativsten, die von ehemaligen Angehörigen des deutschen diplomatischen Dienstes geschrieben wurden: *Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit*, 1948, und *Herbert von Dirksen, Moskau-Tokio-London*, 1950.

Von sowjetischen Werken gibt der dritte Band des halboffiziellen *Istoriya Diplomatii* vor, diese Periode zu behandeln; er ist jedoch heute so gut wie nutzlos. 1945 veröffentlicht, als alles Deutsche in Moskau mit dem Bann-

fluch belegt war, zieht er über jeden Aspekt deutsch-sowjetischer Beziehungen einen undurchsichtigen Schleier. Die zeitgenössische Sicht dieser Beziehungen in den zwanziger Jahren vermittelt A. Erusalimsky, *Germaniya, Antanta i SSSR*, 1928.

Der beste allgemeine Bericht über die sowjetische Aussenpolitik bis 1929 ist L. Fischer, *The Soviets in World Affairs* (zwei Bde. 1930). Der Verfasser stand in enger Beziehung zu führenden sowjetischen Persönlichkeiten einschliesslich Tschitscherins. MaxBeloff, *The Foreign Policy of Soviet Russia 1929-1941* (zwei Bde. 1947, 1949), fängt an dem Punkt an, mit dem Fischer schliesst, und vermittelt einen eingehenden, gut dokumentierten Bericht, obwohl er bald bei jener Periode anlangt, bei der die Spekulation nötig wird, um Kenntnisse zu ergänzen.

Der Fachmann wird die russischen Originalquellen heranziehen müssen, einschliesslich der Kongressberichte der Komintern und der Sitzungen seiner Exekutive, der Kongresse der Russischen (später All-russischen) Kommunistischen Partei und der All-Russ. Zentralexekutivkomitees. Reden und Schriften von Lenin, Stalin, Litwinow und Molotow sind in vielen Ausgaben und verschiedenen Sprachen verfügbar. Ein wertvoller Führer zu diesen, ebenso wie zu Sammlungen offizieller Dokumente und wichtigen Zeitschriftenartikeln ist der «*Calendar of Soviet Documents on Foreign Policy*», zusammengestellt von Jane Degras (Royal Institute of International Affairs, 1948). Der erste Band einer umfassenden Auswahl «*Soviet Documents on Foreign Affairs*» von demselben Herausgeber (Oxford University Press, 1951) erschien zu spät, um in der vorliegenden Arbeit benützt zu werden.

Radeks Memoiren, die im Kapitel I zitiert werden, finden sich in *Krasnaya Nov¹*, Oktober (Nr. 10), 1926. Nach einem Artikel von B. Nikolaevsky in *Novyj Zhurnal*, Nr. 1 (N. Y. 1942), Seite 244, wurden diese Memoiren als Broschüre im darauffolgenden Jahr neu herausgegeben unter Auslassung der Stelle, die sich auf Radeks Gespräche mit bedeutenden Deutschen bezog. Nikolaevsky irrt sich jedoch, wenn er den Zeitpunkt des ursprünglichen Erscheinens dieser Erinnerungen als einen solchen der Hochspannung in den

deutsch-sowjetischen Beziehungen bezeichnet. Radek schrieb zwischen 1919 und 1923 auch eine grosse Anzahl politischer Flugschriften, von denen die meisten ursprünglich in deutsch veröffentlicht wurden.

Das in Kapitel III zitierte unveröffentlichte Trotzki-Archiv befindet sich in der Widener Library in Harvard; ich schulde Mr. *Isaac Deutscher*, dem Verfasser von «*Stalin: A Political Biography*», für Hinweise auf dieses Archiv Dank.

Krasins Briefe wurden aus dem Buch von *Lyubov Krasin* «*Leonid Krasin: The Man and his Work*»¹¹ (n. d. 1929) zitiert.

Viele Bücher von Emigranten aus den USSR enthalten sensationelle Berichte über geheime deutsch-sowjetische Beziehungen, besonders in den dreissiger Jahren; aber sie widersprechen sich häufig und sind durch ernsthafte Beweisstücke noch immer nicht bestätigt.

NAMEN- UND SACHREGISTER

- Abrüstungskonferenz: 142
Albatros-Werke: 77
Amerika (amerikanisch)
 s. Vereinigte Staaten
Anglo-sowjetisches Handelsabkommen: 56-58, 63, 70
Antikomintern-Pakt: 152
Astachow: 167, 171

Babanin: 171
Baldwin, Stanley: 157
Barthou, Louis: 85
Bauer, Max: 32, 34, 52
Bela Khun: 60-61
Benesch, Eduard: 155
Berendt: 83
«Berliner Tageblatt»: 123
Berliner Vertrag (1926): 114, 142
Bismarck, Fürst Otto von: 7, 48, 114, 146, 178
Blohm & Voss: 77
Blomberg, General Werner von: 158
Brandler: 95, 98-99
Brasilien: 113
Brauchitsch, General Walter von: 158
Brest-Litowsk, Vertrag von: 8 bis 10, 29, 32, 38, 57, 67

Brockdorff-Rantzau, Graf Ulrich von: 89-90, 100, 110, 121, 132
Brüning, Heinrich: 135, 137
Brussilow, A. A.: 53
Bucharin, Nikolai: 10, 60, 96, 127, 153

Chamberlain, Austen: 126
Chamberlain, Neville: 157, 169, 176
China: 126-129
Churchill, Winston: 148, 155
Clemenceau, Georges: 16-17
Cuno, Hans: 93-94
Curtius, Ernst: 132

D'Abernon, Edgar Vincent, Lord: 27, 78, 83, 88, 114
Danzig: 49, 144
Dawes-Plan: 102, 104, 106, 112, 120
«Deutsche Wehr»: 154
Deutsch, Felix: 32, 90
Deutsch-sowjetisches Handelsabkommen: 70
Dirksen, Herbert von: 132

Ebert, Friedrich: 19, 89
Eden, Anthony: 157
England, s. Grossbritannien

Enver, Pascha: 29, 34, 51-52, 77
 Estland: 23
 Foch, Ferdinand, Marschall: 93
 Frankreich: 72, 81, 93-94, 100, 101, 106, 112, 133, 135, 147, 150-151, 159, 160, 165-167, 172, 175
 Französisch-sowjetischer Vertrag: 135
 Friedrich der Grosse: 7, 178
 Fröhlich, Paul: 95
 Fünfjahresplan: 130, 145
 Gaus, Dr. Friedrich: 169
 Genua, Konferenz von: 73, 75, 84-86
 Goebbels, Josef: 151
 Goltz, Rüdiger Graf von der, General: 23-26, 33-34, 41, 120
 Göring, Hermann: 142
 Grossbritannien: 75, 81, 97, 100, 102, 106, 110, 112, 116, 122, 126, 128, 145, 147, 151, 160, 163-165, 171-172, 175
 Haase, Hugo: 14
 Halifax, Lord: 157
 Harden, Maximilian: 29
 Hasse, General von: 79-81, 85
 Haushofer, Karl: 78
 Heilmann: 33
 Helfferich, Karl: 8
 Herriot, Edouard: 101
 Heydrich, Reinhard: 156
 Hilferding, Rudolf: 14, 29, 37
 Hilger, Gustav: 66
 Hindenburg, Paul von: 19, 120, 141, 158
 Hintze, Paul von, Admiral: 32
 Hitler, Adolf: 7, 17, 91, 100, 119, 127, 130, 136-142, 144-146, 147-149, 151-152, 155, 157 bis 165, 167-169, 174-178
 Hoffmann, Max, General: 52, 91
 House, Edward, Colonel: 16
 Hugenberg, Alfred: 137, 141, 146
 Hughes, Charles, E.: 107
 Ignatow, W. N.: 10
 Italien: 147, 162
 «Iswestija»: 69, 123, 142, 148
 Japan: 106, 152-153, 162, 172, 177
 Joffe, A. F.: 9-11, 84
 Junkers, Hugo: 77, 82
 Kamenew, Leo: 152
 Kapp (Putsch): 43-45
 Kautsky, Karl: 14
 Komintern: s. Kommunistische Internationale
 Kommunistische Internationale (Komintern): 38-39, 47-48, 53, 58-61, 64-65, 87, 92 bis 97, 100, 127-130, 138, 142, 149
 Kommunistische Partei, China: 128
 Kommunistische Partei, England: 128
 Kommunistische Partei, Frankreich: 150
 Kommunistische Partei, Deutschland: 15-18, 27-28, 32, 33, 40 bis 42, 46, 58-64, 92-99, 100 bis 101, 108, 112, 114, 123, 130, 139-141, 153
 Kommunistische Partei, Russland: 15, 36, 54, 126, 129, 149, 154
 Kopp, Viktor: 66, 69, 77
 Kornilow, General L.G.: 44-45
 Krasin, Leonid: 68, 71, 78, 81

Krestinski, Nikolai: 70, 76, 81, 89, 153-154
 Kriegsministerium, deutsches: 28 bis 30, 35, 77
 Kronstadt, Erhebung von: 54, 61
 Friedrich Krupp AG.: 75-77, 80, 82, 90, 104
 Kühlmann, Richard von: 145
 Kuomintang: 128

 Labour Party, britische: 128
 Lausanne-Abkommen (1932): 135
 Lebedew: 79
 Legien, Karl: 20, 42
 Lenin, Wladimir, Iljitsch: 15, 30, 38, 40, 42, 45, 54-57, 60-61, 64-65, 69, 74, 77-78, 81, 92, 101
 Lettland: 23
 Levi, Paul: 32, 59-62
 Liebknecht, Karl: 15, 27
 Linke Sozial-Revolutionäre Partei: 8
 Litauen: 23
 Litwinow, Maxim: 84, 111, 113, 127-128, 131-132, 135, 142 bis 143, 147-148, 161, 167
 Locarno, Vertrag von: 89, 102, 108, 111-117, 120, 125, 151
 Loucheur: 72
 Ludendorff, Erich: 30-32, 33, 41, 91, 100, 120
 Ludwig, Emil: 134
 Luther, Hans: 112
 Lüttwitz, Walter Freiherr von, General: 40, 120
 Luxemburg, Rosa: 15, 27, 59

 MacDonald, Ramsay: 101
 März-Aktion: 58, 62-64
 Maltzahn, Ago von: 85-88
 «Manchester Guardian»: 122

 Manuilsky: 149
 Marineministerium, deutsches: 82
 Marx, Heinrich: 114
 Marx, Karl (Marxismus, Marxisten): 10, 13, 31, 37, 45-46, 143
 Menshinski, W.R.: 78
 Merekalow: 166
 Mirbach, Wilhelm, Graf von: 8
 Moeller van den Bruck, Arthur: 95
 Molotow, WjatscheslawM.: 133, 143, 167-175
 Mussolini, Benito: 160

 Nadolny, Rudolf: 149
 Narkomindel: s. Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten
 Nationalsozialistische Partei, deutsche: 17, 116, 136-140, 142-143, 150, 152
 Neue Wirtschaftspolitik (NEP): 54-58, 63
 Niedermayer, Oskar von: 78-79

 Oberschles. Volksabstimmung: 78-83

 Papen, Franz von: 135
 Philips Price, M.: 29
 Piłsudski, Josef, Marschall: 47, 49, 50
 Poincaré, Raymond: 94, 133
 Polen: 23, 47-55, 58, 67, 77-79, 93, 111, 113, 133, 144, 148, 161, 165-173
 Politbüro: 74-75, 79
 «Prawda»: 10, 108, 123, 160

 Radek, Karl: 10, 11, 15, 27-36, 52, 59, 61, 64, 66, 73, 80, 83 bis 84, 87, 92-96, 98-99, 123, 148, 152-154

Rakowski: 10, 84-85
 Rapallo, Vertrag von: 27, 57, 65 bis 67, 82-96, 99-101, 109, 113-114, 119, 131-132, 134 bis 144
 Rathenau, Walther: 17, 30-31, 73, 84-89
 Rauschnig, Hermann: 144
 Rechberg, Arnold: 91, 145
 Reibnitz, General von: 30, 34
 Reichswehr: 19, 25, 34, 42-44, 62-63, 79-80, 98, 120-124, 139-141, 144-145, 154, 155 bis 158
 Reventlow, Ernst Graf zu: 95
 Ribbentrop, Joachim von: 157, 169
 Rosenberg, Alfred: 144
 Rosenblatt: 81
 Rote Armee: 47, 49-53, 67, 93, 153-156, 164
 «Rote Fahne»: 50, 94-95
 Rumänien: 135, 161
 Rykow, A.J.: 153

 Scheidemann, Philipp: 122-124
 Schlageter, Albert Leo: 94-96
 Schleicher, Kurt von: 19, 44, 79, 100, 121, 140
 Schnurre, Gesandter: 171
 Schubert, Oberst: 78
 Schulenburg, Graf Friedrich Werner von der: 162, 168-173
 Seeckt, Hans von: 19, 25, 34-35, 41-42, 44, 52, 76, 78-79, 80, 81, 85, 88, 90, 100, 105, 111, 120-121, 124, 136, 140, 158
 Selchow, Freiherr von: 80
 Simons, Hans von: 69
 Sinowjew, G.J.: 53, 58-64, 92 bis 99, 127, 152
 Sklianski: 51
 Skoblin: 155

 Sozialdemokratische Partei
 Deutschland: 12-14, 16, 25, 29, 33, 40-43, 45, 89-90, 94 bis 97, 121-123, 129, 136 bis 140, 149
 Sokolnikow, Grigori: 152
 Spanischer Bürgerkrieg: 152
 Spartakusbund: 13, 17, 59
 Stalin, Josef W.: 96, 98, 101, 127 bis 129, 133-134, 147-148, 154, 159, 163-164, 167, 174, 176, 177
 Stinnes, Hugo: 20-21, 72, 75, 90
 Stolzenberg, Hugo: 82
 Stomonyakow: 71
 Strasser, Otto: 136
 Stresemann, Gustav: 17, 41, 72, 74, 90, 97, 99-100, 104-106, 108-118, 121, 126, 132, 137, 157

 Talaat Pascha: 29
 Thomsen, Hermann Christian, General von: 79
 «The Times» (London): 50, 83
 Tirpitz, Alfred von, Admiral: 107
 Trotzki, Leo: 50-52, 61, 64, 74 bis 77, 96, 99, 138, 145
 Tschiang Kai-schek: 128
 Tschechoslowakei: 150-151, 155, 159, 164
 Tschitscherin, B.N.: 39, 72, 77, 84, 88, 90-92, 107-113, 119, 123, 127
 Tschunke, Major: 25, 78
 Türkei: 19, 29, 51
 Tuchatschewski, Marschall: 50, 153, 154

 Ungarn: 60
 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland: 14 bis 16, 29, 58

Vereinigte Staaten von Amerika (Amerika, Amerikaner): 11, 32, 104-107, 151, 163-164	Wiedenfeld, Kurt: 71, 83 Wiedfeld: 103 Wilhelm L, Kaiser: 7 Wilhelm II, Kaiser: 7-9, 89, 114, 146, 178 Wilson, Woodrow: 13, 16 Winnig, August: 25 Wirth, Hans: 80, 84, 85, 88, 93 Wise, E.F.: 86 Wohltat, Helmut: 170 Wrangel, P.N., Baron von, General: 54
Versailler Vertrag: 23, 35, 39, 48- 51, 55-56, 75, 89-90, 112, 116- 117, 125, 133, 148	Zetkin, Klara: 32, 61 «Zukunft, Die»: 29, 35
Volkspartei, Deutsche: 41, 74, 137	
Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (Narkomindel): 39, 48, 92, 127, 167	
«Vorwärts»: 122	
Weizsäcker, Ernst von: 169-170, 171-172	

NACHWEIS DER ABBILDUNGEN

neben Seite 64, 96: Associated Press
neben Seite 48, 49: Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart
neben Seite 112: Historia-Photo
neben Seite 65, 97, 113, 144, 145, 160 und 161: Ullstein-Bilderdienst

INHALT

Vorwort.....	5
ERSTES KAPITEL: Geschichtlicher Hintergrund.....	7
ZWEITES KAPITEL: Russland, Deutschland und die Weltrevolution.....	37
DRITTES KAPITEL: Der Weg nach Rapallo.....	66
VIERTES KAPITEL: Deutschland blickt in beide Richtungen .	89
FÜNFTES KAPITEL: Das Ende der Weimarer Republik ...	119
SECHSTES KAPITEL: Hitler und Stalin	147
Anmerkungen zu den Quellen	179
Namen- und Sachregister	185

«RUSSLAND – WAS IST DAS?»

Die Antwort gibt

MICHAEL PRAWDIN

RUSSLAND

380 Seiten. Mit 4 Karten. Leinen DM 12.80

«Was Frankreich, was England in der europäischen Geschichte bedeuten, weiss jeder, und man rechnet mit ihnen wie mit bekannten Grössen. Bei den Deutschen beginnt die Frage, was sie eigentlich sind, bereits problematisch zu werden – und bei Russland erst! Da zerbrechen sich die Westeuropäer bereits jahrhundertlang den Kopf, und besonders heute, wo es ja um ihren Kopf geht. Das Sonderbare jedoch ist, dass sich auch die Russen selber über ihr Wesen und ihre Bestimmung durchaus nicht klar sind; mehr noch: die ganze russische Geistesentwicklung seit 250 Jahren kreiste ständig um die eine Frage «Russland – was ist das?» Das Buch stellt einen ausgezeichneten Abriss der russischen Geschichte von Rurik bis Peter dem Grossen vor ... Das Buch ist hervorragend, weil es, bei historischer Treue und Plastik, die gleichbleibenden Tendenzen des russischen Geschehens so klar heraushebt, dass deren Nutzen auf das heutige Russland sich in der Phantasie des Lesers von selbst vollzieht.»

Sigismund von Radecki in «Die österreichische Furche»

«Michael Prawdin, der Verfasser des berühmten ‚Tschingis Chan und sein Erbe‘ schildert in packender Weise den Werdegang des russischen Volkes und Staates. In einem grossartigen und erregenden Geschichtsbild ziehen acht Jahrhunderte voll von Intrigen, Leidenschaften und Gewalttaten an dem Leser vorbei, der das Buch mit dem Bewusstsein aus der Hand legt, den Schlüssel zum Wesen des russischen Volkes und Staates und zu seiner Politik gefunden zu haben.» *Westdeutsches Tageblatt, Dortmund*

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTT GART

OSTEUROPA

ZEITSCHRIFT FÜR GEGENWARTSFRAGEN DES OSTENS

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Schriftleiter:
Dr. Klaus Mehnert. Zweimonatlich ein Heft. Preis des Einzelheftes
DM 2.50, Jahresabonnement (6 Hefte) DM 12.–

Noch nie hat die Welt so wenig von den Vorgängen in Osteuropa und insbesondere von Russland gewusst wie heute. Noch nie war es dringender notwendig, viel darüber zu wissen. Die Flut der widerspruchsvollen und oft unklaren Nachrichten über den sowjetisch beherrschten Raum, die auf seinem Boden vor sich gehenden gewaltigen politischen und sozialen Umformungsprozesse bedürften einer sachkundigen und nüchternen Analyse.

Die Zeitschrift «Osteuropa» unterrichtet laufend über die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Vorgänge des heute von Moskau beherrschten oder mit ihm verbundenen Raumes in Europa und Asien. Ihre Mitarbeiter sind Forscher und Publizisten von internationalem Rang. Der Schriftleiter Dr. Klaus Mehnert, der von 1921 bis 1934 das alte «Osteuropa» redigierte, war in den folgenden Jahren bis 1946 in der Sowjetunion, in Amerika und Ostasien und hatte so Gelegenheit, die wichtigsten Machtzentren der Gegenwart aus nächster Nähe zu studieren.

«Der Erfolg dieser Zeitschrift liegt in ihrem Thema. Wir können nicht darauf verzichten, über Osteuropa doch wenigstens so viel zu erfahren, wie trotz des eisernen Vorhangs immer noch möglich ist.» *Das ganze Deutschland*

Ausführlicher Prospekt kostenlos

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART